

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2019

THEMA IM FOKUS

Neue Welt(un)Ordnung

- 4 | **Die internationale Ordnung als politische Ordnung**
Was soll und kann sie leisten?
von Hanns W. Maull
- 11 | **Die Europäische Union vor der Bewährungsprobe**
Kann sich die EU in der aktuellen Weltunordnung behaupten?
von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
- 18 | **Weltmacht auf Abwegen: Die „America First“-Politik der Trump-Administration**
Das Schicksal der liberalen Weltordnung
von Gerlinde Groitl
- 23 | **Russland in der neuen Weltunordnung**
Großmachtpolitik ohne strategisch durchdachte Antwort
von Bruno Schoch
- 28 | **China als eine neue Großmacht**
Aufstieg und Dilemma
von Ying Huang
- 33 | **Die Rolle Afrikas in der globalen Weltordnung**
Aushandlungen zwischen afrikanischen Ordnungsentwürfen und externen Globalisierungsprojekten
von Ulf Engel
- 37 | **Unübersichtlich und komplex**
Welt(un)ordnung im Blick politischer Bildung
von Heidi Grobbauer

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2019

adb.de

Zu diesem Heft

„Die Welt ist aus den Fugen“ titelte im Sommer eine große Tageszeitung: Regionale und überregionale Konflikte, Terror, Wirtschaftskriege, atomare Bedrohung und eine zunehmende Re-Nationalisierung bedrohten die Weltordnung.

Die vorliegende Ausgabe dieser Zeitschrift widmet sich mit dem Schwerpunkt „Neue Welt(un)ordnung“ diesem hoch komplexen Thema. Aus welcher Perspektive man auch immer auf die Weltordnung schaut: Es werden unterschiedliche Vorstellungen und Herausforderungen deutlich. Einige dieser Perspektiven werden in dieser Ausgabe vorgestellt, wohl wissend, dass das nur bruchstückhaft und als kleiner Ausschnitt erfolgen kann.

Was ist überhaupt die „internationale Ordnung“? Wie gestaltet sich das grenzüberschreitende Zusammenspiel? Das fragt der einführende Beitrag. Sein Resümee: Die internationale Ordnung befindet sich in einem Transformations-, wenn nicht gar in einem Auflösungsprozess. Der Beitrag aus Sicht der Europäischen Union greift dies auf und benennt die mit der Gefährdung des Multilateralismus einhergehenden Herausforderungen. Die Antwort, die man derzeit aus den USA vernimmt, macht die Lage nicht einfacher. Sie zeigt, dass sich die Weltordnung in Richtung einer ungezügelter Anarchie verändert. Aber nicht nur das Handeln der USA, auch das Russlands und Chinas ist geprägt durch „nationale Großmachtrivalitäten“, die an die Stelle von Multilateralismus und international verbindlich verabredeter Regeln treten. Und welche Rolle spielt der afrikanische Kontinent in dieser Welt(un)ordnung? Diese Rolle ist hoch komplex und wird geprägt von eigenen Ordnungsvorstellungen sowie von alten und neuen Abhängigkeiten, die in einem veränderten globalen Kontext wirksam werden.

Was bedeutet es für die politische Bildung, vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen die Welt(un)ordnung zum Thema zu machen? Wie kann es gelingen, unterschiedliche Perspektiven zur Diskussion zu stellen, die Komplexität greifbar und die Zusammenhänge sichtbar zu machen? Antworten auf diese und viele weitere Fragen finden Sie in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes: Solidarität – Gelebte Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Thema im Fokus:

Neue Welt(un)Ordnung

- 4 **Die internationale Ordnung als politische Ordnung**
von Hanns W. Maull
- 11 **Die Europäische Union vor der Bewährungsprobe**
von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
- 18 **Weltmacht auf Abwegen: Die „America First“-Politik der Trump-Administration** von Gerlinde Groitl
- 23 **Russland in der neuen Weltunordnung** von Bruno Schoch
- 28 **China als eine neue Großmacht** von Ying Huang
- 33 **Die Rolle Afrikas in der globalen Weltordnung** von Ulf Engel
- 37 **Unübersichtlich und komplex – Welt(un)ordnung im Blick politischer Bildung** von Heidi Grobbauer

Forum

- 45 **citizenship education** von Ulrich Ballhausen

Politische Bildung praktisch

- 51 **Are we always the good guys?** von Martin Kaiser

Jahresthema im AdB

- 56 **„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“**
von Rebecca Arbter und Lea Jaenicke

Rezensionen

- 60 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 71 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 81 **Personalien**
- 82 **Aus Profession und Politik**
- 90 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 91 **Veranstaltungen**
- 92 **Zeitschriftenschau**
- 94 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Die internationale Ordnung als politische Ordnung

Was soll und kann sie leisten?

Was ist das überhaupt: Eine internationale Ordnung? Um dies angemessen zu beantworten, müssen wir „internationale Ordnung“ als eine spezifische Form politischer Ordnung begreifen – oder noch besser: Internationale Ordnung als einen Ausschnitt aus dem gesamten Spektrum der Politik sehen. Aufgabe der Politik ist es, Gesellschaften zu „regieren“, also zu lenken (vgl. Anter 2007). Sie schafft dazu Ordnungen, also Strukturen und Institutionen. Bei „internationalen Ordnungen“ geht es um zwischenstaatliche, grenzüberschreitende Formen des Zusammenlebens. von Hanns W. Maull

Jede politische Ordnung erfüllt mindestens drei wesentliche Aufgaben: Sie begründet und regelt den Umgang mit Macht, sie ermöglicht es, gemeinsame Aufgaben zu definieren und zu lösen und sie entwickelt Formen der Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte. Hinzu kann als vierte Aufgabe die Verwirklichung gesellschaftlich breit geteilter Zukunftsvisionen oder -projekte treten (vgl. Hurrell 2007). Politische Ordnungen setzen also Gesellschaft voraus. Wie sie diese ordnen, kann allerdings sehr unterschiedlich sein – der Umgang mit Macht etwa reicht von brutaler Unterdrückung bis zur Unterordnung der Macht unter das Recht. Die Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte kann durch Massenmord, aber auch durch Tarifverhandlungen erfolgen.

Politische Ordnungen gründen auf Prinzipien und Wertvorstellungen, sie definieren auf dieser Basis Verhaltensregeln und errichten Institutionen, wie etwa absolute Monarchien, Volksversammlungen und Parlamente, stehende Heere und Zentralbanken. Jede Ordnung beinhaltet normative Setzungen, die von den jeweiligen Gesellschaften (oder auch nur ihren Eliten) breit geteilt werden, etwa zu den Rechten und Pflichten unterschiedlicher Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft. Allerdings können diese Prinzipien

und Normen unseren Vorstellungen einer „gerechten“ bzw. „guten“ politischen Ordnung völlig widersprechen: Die Frage nach der Beschaffenheit bestehender politischer Ordnungen und ihrer jeweiligen normativen Begründungen lässt sich empirisch untersuchen; sie unterscheidet sich grundlegend von der Frage, wie sich das Zusammenleben von Menschen politisch am besten ordnen ließe. Letztere Frage – die Frage nach der „guten politischen Ordnung“ – beschäftigt die politische Theorie und die Philosophie seit ihren Anfängen.

Insgesamt erlauben es politische Ordnungen den Menschen also, auch in großer Zahl einigermaßen gedeihlich miteinander auszukommen (vgl. Hoffman 1968, S. 2). Ein wichtiges Charakteristikum ist dabei der jeweilige Umgang mit (organisierter) Gewalt: Unabhängig davon, wie Gewaltanwendung moralisch betrachtet wird, ist sie in hoch verdichteten gesellschaftlichen Zusammenhängen als Mittel der Konfliktaustragung problematisch, weil sie Arbeitsteilung und somit die Entfaltung wirtschaftlicher Potenziale behindert. Zunächst wurde daher im Rahmen politischer Ordnungen versucht, Gewaltanwendung im Inneren von Staaten, inzwischen aber auch in den Beziehungen zwischen Staaten, einzuhegen und zu verregeln

– etwa mit dem Gewaltmonopol des Staates (vgl. Elias 1976). Angesichts der immensen Zerstörungspotenziale moderner Technologien, die durch Atomwaffen versinnbildlicht werden, ist die Gewaltproblematik heute auch eine zentrale Herausforderung für jede internationale Ordnung (vgl. McNeill 1984).

Politische Ordnungen weisen drei miteinander verstränkte, sich gegenseitig bedingende Merkmale auf: Autorität, Effektivität und Effizienz sowie Legitimität. Autorität impliziert die Fähigkeit, in einer Ordnung Weisungen zu erteilen und Gesetze zu erlassen und damit breite Gefolgschaft zu finden; diese kann sowohl freiwillig erbracht wie auch – mittels der Gewaltmittel, die den Herrschenden zur Verfügung stehen – erzwungen werden. Effektivität bemisst die Fähigkeit, mit Entscheidungen die angestrebten Ziele tatsächlich zu erreichen; Effizienz ist dann gegeben, wenn der hierfür erforderliche Ressourceneinsatz in Relation zu den Ergebnissen günstig ausfällt. Legitimität schließlich bezieht sich auf die Anerkennung der Autorität der Herrschenden durch die Gesellschaft und die freiwillige Gefolgschaft, die daraus entspringt.

Internationale Ordnungen der Vergangenheit

Dies ist historisch betrachtet freilich eine recht neue Entwicklung. In der Vergangenheit gehörte die Institution des Krieges zu den elementaren Charakteristiken und Regelmechanismen internationaler Ordnungen (vgl. Bull 1977). Neben dem Handel und der Ausbreitung von Wissen, Ideen und Religionen waren kriegerische Auseinandersetzungen in der Geschichte eine der wesentlichen Formen der Interaktion zwischen Gesellschaften und Staaten (vgl. Morris 2013).

Die internationale Ordnung als die geographisch umfassendste, also globale und universale Ordnung gibt es erst seit dem 19. Jahrhundert als Folge der europäischen Expansion und der weltweiten Ausbreitung der europäischen Kolonialreiche. Bis dahin lassen sich zwar durchaus internationale Ordnungen ausmachen, die allerdings jeweils geographisch begrenzt waren – wie etwa die sinozentrische Ordnung in Ostasien, die vom chinesischen Kaiserreich dominiert wurde, oder die europäische Staatenwelt des Mittelalters, die aus dem Zerfall des römischen Reiches entstand.

In Europa entwickelte sich im Gefolge des 30-jährigen Krieges auch die erste moderne internationale Ordnung. In dieser Ordnung etablierte sich das Modell des Nationalstaates als dominante politische Ordnungsform, die sich im Verlauf der folgenden Jahrhunderte dann weltweit

durchsetzte und alternative Ordnungsformen wie Großreiche oder Stadtstaaten verdrängte. Das wichtigste Prinzip dieser modernen europäischen Staatenordnung war das Souveränitätsprinzip; es hat überlebt und bildet ein zentrales normatives Element auch der gegenwärtigen internationalen Ordnung. Das Souveränitätsprinzip besagt, dass Staaten innerhalb ihrer eigenen Grenzen keiner höheren Autorität unterstehen. In diesem formalen Sinne sind dabei alle Staaten gleich.

Die liberale internationale Ordnung

Von *der*, also einer einzigen, universalen internationalen Ordnung lässt sich, wie bereits erwähnt, erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts sprechen: Erst zu dieser Zeit verdichteten sich die grenzüberschreitenden Aktivitäten im Weltmaßstab in einem Maße, die es zulassen, von einer entstehenden Weltgesellschaft und damit auch einer universalen internationalen Ordnung zu sprechen (vgl. Osterhammel 2010). Diese internationale Ordnung war – im Sinne des „Zeitalters der Revolutionen“ (Hobsbawm 1962; 2017), also der politischen Umbrüche in den USA, in Frankreich und in Großbritannien und der industriellen Revolution – liberal. Dies bedeutete, dass sie sich wirtschaftspolitisch an den Prinzipien des Freihandels und des Goldstandards orientierte, aber auch am Prinzip des Kolonialismus: Die moderne Norm der Souveränität galt demnach nur für einige Gesellschaften.

Diese erste universale, liberale internationale Ordnung (nennen wir sie LIO 1.0), die von Großbritannien dominiert wurde, ermöglichte die Entfaltung der modernen Welt, produzierte aber auch innere Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte, die schließlich zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs und damit zum Zusammenbruch dieser ersten Welle der modernen Globalisierung führten (vgl. James 2009). Die Versuche, nach dem Ende des Krieges eine zweite, politisch neu ausgerichtete liberale internationale Ordnung mit dem Völkerbund als zentraler Instanz aufzubauen (LIO 1.1), scheiterte am amerikanischen Isolationismus der Zwischenkriegszeit, der Weltwirtschaftskrise und dem Aufstieg von Faschismus, Nationalsozialismus und Militarismus in Italien, Deutschland und Japan.

Schon während des Zweiten Weltkriegs begannen die USA und Großbritannien damit, eine neue liberale Nachkriegsordnung zu konzipieren (LIO 2.0). Zu ihren wesentlichen Prinzipien gehörte neben dem Freihandel und einem System fester Wechselkurse auch die Ächtung zwischenstaatlicher Gewalt, die Entkolonialisierung (die in der Praxis allerdings zwischen Amerika und seinen Verbündeten →

in Europa umstritten war), universal gültige Menschenrechte und Demokratie sowie das Institutionengerüst der *Vereinten Nationen* mit dem *Sicherheitsrat* im Mittelpunkt. Dort hatten fünf Mitgliedsstaaten – die Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion sowie Frankreich und das nationalistische China – mit ihrem ständigen Sitz und ihrem Vetorecht eine herausgehobene Rolle als Ordnungsmächte. Innenpolitisch wurde diese LIO 2.0 durch das Bekenntnis zu Wohlfahrtsstaat und Vollbeschäftigung abgesichert. Allerdings zerbrach die Siegerallianz nach Ende des Krieges rasch an den Gegensätzen zwischen dem Westen und der Sowjetunion. Damit war auch die LIO 2.0 als globale Weltordnung am Ende; sie mutierte in der Folge zu einer internationalen Teilordnung des Westens und des Südens und zu einem kollektiven Verteidigungs- und Eindämmungssystem unter Führung der USA. Die neue Weltordnung war somit spätestens seit Ausbruch des Koreakrieges 1950 der „Kalte Krieg“ des Ost-West-Konfliktes. Diese Konfliktformation bestimmte die Weltpolitik bis 1989; wirtschaftlich zerfiel die Welt in eine primär liberal ausgerichtete westliche Sphäre und die Sphäre der sozialistischen Staaten, die sich unter der Führung und dem Druck der Sowjetunion zum „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW bzw. Comecon) zusammenschlossen. Zu den Prinzipien dieser universalen Ordnung des Kalten Krieges gehörten die wechselseitige nukleare Abschreckungsfähigkeit und die dadurch erzwungene friedliche Koexistenz der Staaten und Blöcke (vgl. Gaddis 2005).

Die liberale internationale Ordnung seit 1990

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und dann der Sowjetunion selbst endete auch die internationale Ordnung des Ost-West-Konfliktes, sie wurde nun als Weltordnung abgelöst durch die liberale internationale Ordnung des Westens. Allerdings hatte sich diese zunächst unter dem Einfluss des Kalten Krieges und danach seit den 1970er Jahren infolge des Vordringens des neo-liberalen Gedankengutes gegenüber der ursprünglichen Konzeption (der LIO 2.0) aus den 1940er Jahren erheblich verändert. Diese liberale internationale Weltordnung, die seit 1990 besteht, bezeichnen wir deshalb als LIO 2.1.

Seit 1990 hat die LIO 2.1 eine recht bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen (vgl. Maull 2018). Schon gegen Ende des Kalten Krieges erfuhr sie ihre erste große Bewährungsprobe in Gestalt der irakischen Besetzung und Anexion von Kuwait. Dies widersprach den fundamentalen Prinzipien der Souveränität und der Ächtung militärischer Gewaltanwendung in den Beziehungen zwischen Staaten

(die beiden Ausnahmen von diesem Prinzip bildeten das Selbstverteidigungsrecht und kollektive Zwangsmaßnahmen, die vom Sicherheitsrat der *Vereinten Nationen* verhängt werden können). Mit der Befreiung Kuwaits durch eine von den USA geführte Militärkoalition auf der Grundlage eines Mandats des Sicherheitsrates wurde diese erste Herausforderung der neuen Ordnung bewältigt. Weitere Bewährungsproben folgten, insbesondere die Kriege auf dem Balkan im Gefolge des Zerfalls Jugoslawiens (1991–1999) (vgl. Glaurdić 2011). Bis Mitte der 1990er Jahre konnte sich die LIO 2.1 dann trotz etlicher Fehlschläge konsolidieren (das schwerwiegendste Versagen der Staatengemeinschaft und des VN-Sicherheitsrates war wohl der Völkermord in Ruanda 1994).



Erosionsprozesse manifestieren sich in vielfältigen Krisensymptomen der meisten internationalen Regelwerke und ihrer Organisationen, vorangetrieben u. a. durch die US-amerikanische Antwort auf den 11. September mit dem „globalen Krieg gegen den Terror“. (Hier: 9-11-11 WTC Tribute In Light from Jersey City, NJ) Foto: Kim Carpenter (CC BY 2.0; <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>)

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verzeichnete die LIO 2.1 dann eine bemerkenswerte Fortentwicklung sowohl im Sinne ihrer Erweiterung (in Gestalt der Einbeziehung weiterer Staaten in die Regelwerke dieser Ordnung) wie auch der Vertiefung, also der Regelungsdichte (vgl. Maull 2018; 2019). Es kam in vielen Bereichen zu großen Fortschritten. Exemplarisch sei hier auf die internationale Handelsordnung verwiesen, die mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO einen Quantensprung erfuhr. Dies betraf sowohl die Erweiterung der alten, auf dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT aufbauenden Welthandelsordnung durch die Aufnahme zahlreicher neuer Mitglieder, darunter insbesondere Chinas, als auch die Vertiefung dieser Ordnung durch das neue

Streitschlichtungsverfahren für Handelskonflikte zwischen Mitgliedsstaaten, die nunmehr durch gerichtsförmige Streitschlichtungsverfahren bearbeitet werden konnten. Dies bedeutete in der Praxis erhebliche (freiwillige) Souveränitätsbeschränkungen für die Mitgliedsstaaten der WTO: Die Schlichtungsverfahren können nur durch eine – in der Realität außerordentlich unwahrscheinliche – qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten verhindert werden (vgl. Hoekman 2018).

Jede politische Ordnung erfüllt mindestens drei wesentliche Aufgaben: Sie begründet und regelt den Umgang mit Macht, sie ermöglicht es, gemeinsame Aufgaben zu definieren und zu lösen und sie entwickelt Formen der Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte. Hinzu kann als vierte Aufgabe die Verwirklichung gesellschaftlich breit geteilter Zukunftsvisionen oder -projekte treten.

Den Höhe- und Wendepunkt erreicht dieser Aufschwung der LIO 2.1 um die Jahrtausendwende. Danach beginnt – ausgelöst durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 und dann durch den Zusammenbruch des Bankhauses *Lehman Brothers* und seiner Weiterungen 2008 – ein Erosionsprozess, der sich seit 2009 beschleunigt. Dieser Erosionsprozess wurde ausgelöst und vorangetrieben durch die US-amerikanische Antwort auf den 11. September mit dem „globalen Krieg gegen den Terror“ und den Kriegen in Afghanistan und Irak, sowie durch den wirtschaftlichen und machtpolitischen Aufstieg neuer Mächte, insbesondere der Volksrepublik China. Diese Erosionsprozesse lassen sich ebenfalls in den meisten Bereichen der LIO 2.1 feststellen; sie manifestieren sich in den vielfältigen Krisensymptomen der meisten internationalen Regelwerke und ihrer Organisationen (vgl. Held/Roger 2013; Rittberger/Kruck/Romund 2010). Ob die *Verinten Nationen* oder die WTO, die NATO oder die EU, das Nichtverbreitungsregime für Kernwaffen oder die

Weltgesundheitsordnung der WHO: Es fällt schwer, eine internationale Organisation zu benennen, die sich nicht in einer Krise befände.

Integration und Fragmentierung der internationalen Ordnung

Ehe wir uns möglichen Erklärungen dieser Verlaufsgeschichte der LIO 2.1 seit 1990 zuwenden, gilt es, diese internationale Ordnung genauer zu betrachten. Die LIO 2.1 ist eine komplexe politische Ordnung, die mindestens aus drei Ebenen und vielen regionalen und funktionalen Teilordnungen besteht, die miteinander verkoppelt sind. Basal sind die nationalstaatlichen politischen Ordnungen, auf denen die LIO 2.1 ruht: Nationalstaaten sind nach wie vor die wichtigsten Akteure des Weltregierens, sie dominieren in den Entscheidungsprozessen und bestimmen wesentlich über die Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse, denn sie verfügen über den Löwenanteil der personellen, finanziellen, diplomatisch-politischen und letztlich militärischen Ressourcen, die für die effektive Umsetzung der Beschlüsse erforderlich sind. Gewiss gibt es Bereiche wie die Weltwirtschaft oder die Welt-Gesundheitsordnung, in denen internationale Organisationen wie die *Weltbank* oder der IWF sowie nichtstaatliche Akteure wie die *Bill und Melinda Gates Stiftung* über beachtliche Ressourcen verfügen, aber in aller Regel sind auch sie abhängig von den Beschlüssen und den Ressourcen von Staaten und ihren Regierungen. Dies gilt insbesondere für die Fähigkeit, für Gesellschaften autoritative Entscheidungen zu treffen, also Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die allgemein befolgt werden.

Über der Ebene der nationalstaatlichen Ordnungen finden wir regionale und funktionale Teilordnungen, die bestimmte geographische oder sachliche Bereiche „regieren“. Beispiele für regionale Ordnungen wären die *Europäische Union*, die pan-europäische Sicherheitsordnung, der Nahe und Mittlere Osten oder Ostasien; diese regionalen Ordnungen strukturieren die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Regel wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und sicherheitspolitisch. Funktionale Teilordnungen ordnen bestimmte Aspekte der zwischenstaatlichen Beziehungen mit mehr oder minder breiter (bis hin zu universeller) Mittwirkung von Staaten und/oder nichtstaatlichen Akteuren. Dazu zählen etwa die Welthandels- oder die Weltgesundheitsordnung, das Nichtverbreitungsregime für Kernwaffen oder die internationale Klimaordnung unter dem Dach der *UN-Klimakonvention* (UNFCCC). Die dritte, universale Ebene überwölbt all diese Teilebenen und die →

Nationalstaaten mit ihrem umfassenden Rahmenwerk und umgreift somit das gesamte Spektrum der Politik. Diese universale Ebene manifestiert sich in den Institutionen und Organisationen der *Vereinten Nationen*, dem politischen Gemeinwesen der Menschheit, also der Weltgesellschaft, und zugleich der Gesellschaft der Nationalstaaten, die von dieser zu unterscheiden ist. Allerdings fehlt den *Vereinten Nationen* und der Familie ihrer Organisationen (hierzu zählen u. a. auch die Weltbank, der IWF und die WTO) die Möglichkeit, autoritative Entscheidungen zu treffen – mit einer Ausnahme: Resolutionen des Sicherheitsrates binden alle Mitgliedsstaaten der *Vereinten Nationen*.

Ursachen des Wandels in der LIO 2.1

Als Ursache für die Erosion der LIO 2.1 werden zumeist internationale Machtverschiebungen zulasten des Westens und zugunsten der neuen, aufstrebenden Mächte des Südens, insbesondere der Volksrepublik China benannt. Dies ist zwar nicht falsch, greift aber zu kurz. Denn in den internationalen Beziehungen sind in den letzten Jahrzehnten zwei bedeutsame Phänomene der Machtverschiebungen zu beobachten. Die eine betrifft in der Tat Machtrelationen zwischen Staaten; diese Verschiebungen gehen im Wesentlichen zu Lasten der USA und Europas und begünstigen derzeit vor allem die Volksrepublik China. Daneben beobachten wir aber auch Prozesse der Machtdiffusion, einerseits in der Staatenwelt, andererseits aber auch weg von Nationalstaaten und hin zu internationalen Organisationen und vor allem zu nichtstaatlichen Akteuren aller Art, von großen Unternehmen über Nichtregierungsorganisationen wie *Greenpeace* oder der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Kernwaffen (ICAN) bis hin zu transnational operierenden Terrororganisationen wie *al-Qaida* oder dem *Islamischen Staat* (IS) und der organisierten Kriminalität (vgl. Kissinger 2016). Dabei hat die Zahl der relevanten Akteure, die Einfluss auf den Gang der internationalen Politik nehmen oder doch zumindest politische Entscheidungen als sogenannte Veto-Spieler verhindern können, in allen Bereichen zugenommen, teilweise sogar exponentiell. So hat sich die Zahl der unabhängigen Staaten von 1990 etwa 160 auf derzeit rund 200 erhöht, die Zahl der Nichtregierungsorganisationen ist inzwischen unüberschaubar. Waren auf der 10. Folgekonferenz (COP 10) der *UN-Klimakonvention* (UNFCCC) im Jahr 2004 in Buenos Aires noch 54 internationale Organisationen (IRO) und 662 nichtstaatliche Organisationen (NRO) als Beobachter offiziell registriert, so waren es 2014 auf der COP 20 in Lima 105 internationale Organisationen und 1.732

NROs, also fast doppelt bzw. beinahe dreimal so viele wie zehn Jahre zuvor. Drei Jahre später, bei der COP 23 in Bonn 2017, waren es dann 126 IROs und 2133 NROs (vgl. UNFCCC 2019).



Die Verfassung der gegenwärtigen internationalen Ordnung lässt mit der Lage des globalen Ökosystems vergleichen, das ebenfalls auf einen Zusammenbruch zuzusteuern scheint. Foto: www.nasa.gov/multimedia/imagegallery/image_feature_329.html, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=43894484>

Diese Prozesse der Machtverschiebungen und der Machtdiffusion bewirken insgesamt, dass das Weltregieren schwieriger geworden ist: Es müssen bei den Entscheidungen mehr Akteure einbezogen und deshalb auch größere Interessensunterschiede überbrückt werden. Damit allein lässt sich allerdings der skizzierte Verlauf der LIO 2.1 kaum angemessen verstehen; insbesondere lässt sich die erfolgreiche Konsolidierung und dann die Vertiefung und Erweiterung der LIO 2.1 nicht erfassen. Es müssen also weitere Erklärungen herangezogen werden; zugleich sind die Veränderungen in den Machtrelationen der Weltpolitik ja auch selbst erklärungsbedürftig: Was steckt hinter ihnen? Die Antwort lautet: Technologischer Wandel. Gemeint ist mit Technologie dabei die praktische Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse und Wünsche. Technologische Innovationen ermöglichten in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte in allen Bereichen des Wirtschaftens, der Gesellschaft, der Kultur und der Politik, freilich nur um den Preis ebenso gewaltiger Umbrüche. Zu diesen Umbrüchen gehören auch die Machtverschiebungen in der Weltpolitik, die vor allem auf das dynamische Wirtschaftswachstum in China, Indien und anderen Ländern des Südens zurückzuführen sind. Letztlich waren es auch technologische Umbrüche, die zum Zusammenbruch

des Sowjetimperiums führten: Es war dem Anpassungsdruck des Wetttrüstens mit den technologisch und wirtschaftlich überlegenen USA nicht mehr gewachsen.

Wie das Beispiel des Scheiterns der Sowjetunion zeigt, stellen technologische Innovationen und die mit ihnen verbundenen Umbrüche hohe und tendenziell weiter wachsende Anforderungen an die Steuerung von Wirtschaften und Gesellschaften, also an politische Ordnungen. Gegenüber diesen wachsenden Anforderungen bleibt die Leistungsfähigkeit der Politik tendenziell aber immer mehr zurück, weil in ihr Beharrungskräfte besonders ausgeprägt wirken und Veränderungen häufiger als Brüche denn als kontinuierliche Anpassung stattfinden als etwa in der Wirtschaft.

Die gegenwärtige internationale Ordnung befindet sich also in einem Auflösungs- und Transformationsprozess, der inzwischen eindeutig systemisch ist, also nicht mehr nur einzelne Teile der Ordnung betrifft.

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums stellte einen solchen Bruch dar: Er ermöglichte neue Formen internationaler Zusammenarbeit und damit auch die Konsolidierung und des Ausbaus der LIO 2.1. Doch die Anpassung der Leistungsfähigkeit politischer Ordnungen an wachsende Anforderungen stellt eine permanente Aufgabe der Politik auf allen Ebenen und in allen Segmenten der Weltordnung wie auch der nationalstaatlichen Ordnungen dar. Diese Anpassungen scheinen nicht hinreichend stattzufinden, sodass sich zwischen den Anforderungen an die Politik und ihren Steuerungsleistungen eine Schere öffnet. Dies ist die zweite große Ursache für die Erosion und die Zerfallsprozesse in der internationalen Ordnung seit 2004.

Eine dritte wesentliche Ursache lieferte das Agieren der USA, genauer: Die Außenpolitik der ersten vier Jahre des Präsidenten *George W. Bush*. Der globale Krieg gegen den Terror beruhte auf einer im Nachhinein erkennbar verheerenden Überschätzung der amerikanischen Militärmacht und ihrer internationalen Gestaltungsmöglichkeiten sowie einer Unterschätzung der Schäden, die Amerikas Ansehen in der Welt im Gefolge dieses Krieges und seiner Auswüchse (etwa die Misshandlungen von Gefangenen in den Ge-

fängnislagern von Abu Ghraib und Guantanamo) erlitt (vgl. Pew Research Center 2004). Während die USA bis dahin insgesamt eine konstruktive, stabilisierende und innovierende Rolle in der LIO 2.1 gespielt hatten, begannen sie nun selbst, die Ordnung und die ihr zugrunde liegenden Prinzipien und Normen zu untergraben. Damit zog sich Amerika aus der Position der wichtigsten internationalen Ordnungsmacht zurück, die sie bis dahin eingenommen hatte. Ihre Führungsrolle erwies sich dabei als letztlich unersetzlich: Weder die *Europäische Union* noch die Volksrepublik waren willens und in der Lage, die USA in dieser Führungsrolle zu ersetzen oder auch nur so wirksam zu unterstützen, dass sich die Erosionsprozesse hätten aufhalten lassen. Als die amerikanische Außenpolitik die Gefahr erkannte und seit 2005 – also schon während der zweiten Amtszeit von Präsident *George W. Bush* und danach in den zwei Amtsperioden von *Barack Obama* – versuchte, ihnen entgegenzuwirken, war der Schaden bereits entstanden und so massiv, dass die negativen Auswirkungen nur noch gemildert, aber nicht mehr abgewendet werden konnten.

Zusammenfassung und Ausblick

Die gegenwärtige internationale Ordnung befindet sich also in einem Auflösungs- und Transformationsprozess, der inzwischen eindeutig systemisch ist, also nicht mehr nur einzelne Teile der Ordnung betrifft. Tatsächlich lässt sich ihre Verfassung mit der Lage des globalen Ökosystems vergleichen, das ebenfalls auf einen Zusammenbruch zuzusteuern scheint. Wie das Ökosystem ist auch die internationale Ordnung vielschichtig und komplex: Sie besteht aus einer Vielzahl von regionalen und funktionalen Teilordnungen und ruht auf rund zweihundert nationalstaatlichen Ordnungen, die die wesentlichen Voraussetzungen für ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit erbringen müssen. Diese Nationalstaaten funktionieren als politische Ordnungen mal besser, mal schlechter, und dies gilt ähnlich auch für die vielen internationalen Teilordnungen oberhalb der nationalstaatlichen Ebene. „Die“ internationale Ordnung wird deshalb nicht einfach verschwinden oder einer anderen Ordnung Platz machen. Einzelne Nationalstaaten und Teilbereiche der internationalen Ordnung mögen durchaus noch einige Zeit, gewissermaßen als erfolgreiche Überbleibsel der LIO 2.1, weiter halbwegs funktionieren. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur drastische politische Kurskorrekturen noch in der Lage sind, einen systemischen Kollaps des Ökosystems wie auch der internationalen Ordnung zu verhindern. Die Anstöße hierzu können in beiden Fällen nur aus der Politik →

selbst kommen. Besonderer Bedeutung dürfte in diesem Zusammenhang der innenpolitischen Entwicklung in dem Land zukommen, dass die LIO 2.1 wie kein anderes im Schlechten wie im Guten geprägt und getragen hat: Den Vereinigten Staaten von Amerika.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zum Autor



Dr. Hanns W. Maull war bis 2013 Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Trier. Seither ist er Senior Distinguished Fellow am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik, Senior Fellow am Mercator Institut für Chinastudien (beide Berlin) sowie Professor für Strategie und Internationale Beziehungen am Bologna Center der School for Advanced International Studies (SAIS Europe) der Johns Hopkins University. Neuere Veröffentlichungen: Hanns W. Maull (Hrsg.) (2018): *The Rise and Decline of the Post-Cold War International Order*. Oxford u. a.: Oxford University Press sowie (mit Alexandra Sakaki, Kerstin Lukner, Ellis S. Krauss und Thomas U. Berger): *Reluctant Warriors: Germany, Japan, and their U.S. Alliance Dilemma*. Washington DC (i. E., November 2019).

hanns.maull@swp-berlin.org

Literatur

Anter, Andreas (2007): *Die Macht der Ordnung: Aspekte einer Grundkategorie des Politischen*. Tübingen: Mohr Siebeck Verlag

Bull, Hedley (1977): *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*. Houndmills: Basingstoke

Elias, Norbert (1976): *Über den Prozess der Zivilisation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zwei Bände)

Gaddis, John Lewis (2005): *The Cold War: A New History*. New York: Penguin Books

Glaudić, Josip (2011): *The Hour of Europe. Western Powers and the Breakup of Yugoslavia*. New Haven: Yale University Press

Held, David / Roger, Charles (Hrsg.) (2013): *Global Governance at Risk*. Cambridge: Springer

Hobsbawm, Eric (1962): *The Age of Revolution. Europe 1789–1848*. London: Vintage Books

Hobsbawm, Eric (2017): *Das lange 19. Jahrhundert, Europäische Revolution, Die Blütezeit des Kapitals, Das imperiale Zeitalter*. Stuttgart: Verlag Konrad Theiss (drei Bände)

Hoekman, Bernard (2018): *The International Trade Order – Performance and Challenges*. In: Maull, Hanns W. (Ed.): *The Rise and Decline of the Post-Cold War International Order*. Oxford et al.: Oxford University Press, pp. 25–43

Hoffman, Stanley (Ed.) (1968): *Conditions of World Order*. Boston: Houghton Mifflin

Hurrell, Andrew (2007): *On Global Order*. Oxford: Oxford University Press

James, Harold (2009): *The Creation and Destruction of Value: The Globalization Cycle*. Boston: Houghton Mifflin

Kissinger, Henry A. (2016): *Weltordnung*. München: C. Bertelsmann Verlag

Maull, Hanns W. (2019): *The Once and Future Liberal Order*. In: *Survival* 61:2 (April/May 2019), pp. 7–32

Maull, Hanns W. (Ed.) (2018): *The Rise and Decline of the Post-Cold War International Order*. Oxford et al.: Oxford University Press

McNeill, William H. (1984): *Krieg und Macht: Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute*. München: C.H.Beck

Morris, Ian (2013): *Krieg: Wozu er gut ist*. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Osterhammel, Jürgen (2010): *Die Verwandlung der Welt: Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München: C.H.Beck

Pew Research Center (2004): *The Pew Global Attitudes Project, A Year after Iraq War, Mistrust of US in Europe ever higher, Muslim anger persists* (release March 16, 2004); <http://people-press.org/reports/display.php3?ReportID=206> (Zugriff: 04.09.2019)

Rittberger, Volker / Kruck, Andreas / Romund, Andrea (2010): *Grundzüge der Weltpolitik. Theorie und Empirie des Weltregierens*. Wiesbaden: Springer VS

UNFCCC – United Nations Climate Change (2019): *Statistics of Non-Party Stakeholders*; http://unfccc.int/files/parties_and_observers/ngo/application/pdf/cumulative_admissions_of_observer_organizations.pdf (Zugriff: 04.09.2019)

Die Europäische Union vor der Bewährungsprobe

Kann sich die EU in der aktuellen Weltunordnung behaupten?

Die internationale Ordnung steht vor einem bedrohlichen Umbruch, der den Multilateralismus gefährdet. Dies stellt die EU vor die Herausforderung, mehr als bisher zum Erhalt und zur Erneuerung einer regelbasierten Weltordnung beizutragen. Doch ist die EU dazu in der Lage? Eine knappe Bestandsaufnahme zur aktuellen Verfasstheit der EU nach den Europawahlen vom Mai 2019 weist auf eine Neuausrichtung hin, die der EU die Selbstbehauptung auf der internationalen Ebene ermöglichen könnte.

von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

Die neue Weltunordnung

In den letzten Jahren haben sich abrupt die Hoffnungen zerschlagen, dass nach Ende des Ost-West-Konflikts Anfang der 1990er Jahre unter dem Stichwort *Global Governance* eine bessere, gerechtere und friedlichere Weltordnung aufgebaut werden könnte. Stattdessen wird allenthalben die neue Weltunordnung vermessen und das Ausmaß der Beschädigungen debattiert, die der bisher vorherrschenden internationalen Ordnung derzeit zugefügt werden. Die Strukturen, Regeln und Umgangsformen der internationalen Beziehungen stehen auf dem Spiel.

Veränderungen und Reformbedarfe der bisherigen, stark vom Westen geprägten Weltordnung haben sich seit längerem angedeutet. Dafür steht das Phänomen der *emerging powers*, der aufsteigenden Schwellenländer. Die bedeutendsten unter ihnen wie China und Indien leiten aus ihrem beeindruckenden, langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung zunehmend auch größere politische Mitgestaltungsrechte auf internationaler Ebene ab. Dieses vom globalen Süden vorgetragene Streben nach einer inklusiveren, einer multipolaren Weltordnung ist als legitim und notwendig zu bezeichnen (vgl. Acharya 2014) und hat beispielsweise in der Schaffung und zunehmenden Bedeu-

tung der G20 einen Niederschlag gefunden. Die seit 2008 auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs der 19 wichtigsten Volkswirtschaften der Welt und der EU stattfindenden G20-Gipfel¹ behandeln inzwischen nahezu alle Themen und Probleme der internationalen Politik. Die G20 gilt heutzutage als ein zentrales Element des Multilateralismus (vgl. Tillmann 2018).

Im Gegensatz zu diesen eher konstruktiven Veränderungen der Weltordnung, die in Richtung einer inklusiveren Multipolarität weisen, tragen die derzeitigen Umbrüche die Zeichen von Destruktion, von zunehmender Konfrontation und Erhöhung der Konfliktpotenziale. Dazu haben zum einen die Rückkehr bzw. Verschärfungen von Autoritarismus, von Nationalismus und geopolitischem Machtstreben in einigen *emerging powers* beigetragen, wie die jüngeren Entwicklungen in China, Indien, Brasilien und – obwohl keine *emerging powers* i.e.S. – in Russland und der Türkei zeigen. →

¹ Die G20 steht für 85 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und für 75 % des Welthandels, sie repräsentiert 66 % der Weltbevölkerung.

Zum anderen aber sind es ganz maßgeblich die neuen Weichenstellungen der USA unter Präsident *Donald Trump*, die zur neuen Weltordnung beitragen und die das Potenzial haben, die Welt ins Chaos zu stürzen. Der irrlichternde und provokante außen- und wirtschaftspolitische Kurs des amtierenden US-Präsidenten bricht mit nahezu allen Regeln und Gepflogenheiten der zivilisierten internationalen Beziehungen, indem er einseitig internationale Abkommen aufkündigt, wichtige UN-Gremien verlässt, Zölle zur Bestrafung unliebsamer Handelspartner einführt, einseitige Sanktionen verhängt, langjährige Alliierte verprellt und durch eine *divide et impera*-Politik (teile und herrsche) sich die Welt im Sinne seiner *America-first*-Politik gefügig machen will. Das Verstörendste an den derzeitigen Angriffen auf die tradierte, liberale Weltordnung ist mithin, dass sie „von innen heraus erfolgen“ (Rudolf 2017, S. 51), aus dem (ehemaligen) Mittelpunkt der freien westlichen Welt, aus den USA.



„Auch der diesjährige G7-Gipfel im französischen Biarritz hat die Spannungen in der westlichen Wertegemeinschaft gnadenlos offengelegt.“ Foto: Official White House Photo by Shealah Craighead; CC0; <https://creativecommons.org/publicdomain/mark/1.0>

Damit ist das Konzept des Westens an sich in Frage gestellt. Dies zeigte sich erstmals überdeutlich beim G7-Treffen ² im kanadischen Quebec vom Juni 2018, als US-Präsident *Trump* seine Zustimmung zur gemeinsamen Abschlusserklärung nachträglich zurückzog. Bisher galt die G7 als „Kern der westlichen Welt, ihre Treffen als Familientreffen, man war unter Gleichgesinnten“; doch seit dem Gipfel von La Malbaie markiert die Formel „G6+1“ einen Bruch (Gammelin 2018).

² Nach der Annexion der Krim am 18. März 2014 wurde Russland aus der G8 ausgeschlossen, die seither wieder als G7 zusammenkommt und die wichtigsten Industriestaaten umfasst.

Auch der diesjährige G7-Gipfel im französischen Biarritz hat die Spannungen in der westlichen Wertegemeinschaft gnadenlos offengelegt: So verzichtete Gastgeber *Emmanuel Macron* bereits im Vorfeld des Gipfels auf eine gemeinsame Abschlusserklärung, um zu vermeiden, dass *Donald Trump* den Gipfel erneut sprengt. Dennoch gelang es *Macron* und den anderen Europäern, die G7 zu einem Treffen der *Europäischen Union* „mit Gästen“ zu inszenieren, „Trump alleine, die Europäer weitgehend geeint, Kanada und Japan angeschlossen“ (Gammelin 2019). Dies und der Überraschungscoup von Biarritz, der Besuch des iranischen Außenministers *Mohammad D. Sarif*, veranlassten *Trump*, sich vergleichsweise versöhnlich zu geben, was den Atomstreit mit Teheran etwas entschärfen könnte. Auch kam wider Erwarten eine kurze gemeinsame Abschlusserklärung zustande, ein Erfolg für *Macron* und die EU. Kann die EU also der „Verrohung der Welt“ Einhalt gebieten und den zeitgenössischen Multilateralismus „verteidigen, indem man ihn erneuert“, wie *Macron* es im Gipfelvorfeld formulierte? (Semo 2019)

Zweifelsohne ist zutreffend, dass die EU als eine politische Entität *sui generis* (der eigenen, besonderen Art) mehr noch als „normale“ Nationalstaaten auf den Erhalt und das Funktionieren eines regelbasierten effektiven Multilateralismus angewiesen ist. Darum hat sie ein fundamentales Interesse daran, der grassierenden Weltunordnung Grenzen zu setzen und einen reformierten Multilateralismus zu erhalten. Aber ist es realistisch, dies von der EU bzw. der EU „mit Gästen“ zu erwarten? Ist die EU angesichts der internen und externen Gegebenheiten dazu in der Lage?

Die internen Probleme der EU: Die Polykrise

Seit nun bald einem Jahrzehnt wird die EU von zahlreichen internen Krisen und Konflikten erschüttert, für die der neue Begriff „Polykrise“ steht. „Europe is facing a ‚poly-crisis‘ that includes a number of highly-complex, multi-rooted and deeply interlinked crises“, lautet die Definition (Emmanouilidis/Zuleeg 2016). Die Mehrfachkrise der EU besteht also aus zahlreichen komplexen (Einzel)Krisen in verschiedenen Politikfeldern, die sich gegenseitig befeuern und verstärken und – das ist besonders wichtig – zu einer Erosion des Vertrauens der Bürger*innen in die EU geführt hat. 2011, einem markanten Jahr inmitten der Eurokrise, sahen nur noch 48 % der Befragten die Zukunft der EU optimistisch, 46 % waren pessimistisch gestimmt (vgl. Eurobarometer 2018).

Als Bestandteile der Polykrise lassen sich vorrangig benennen: Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone seit

2009/2010; die Konflikte mit Russland einschließlich der Verhängung von Sanktionen seit 2014; islamistische Terroranschläge in verschiedenen Mitgliedstaaten, vor allem in Frankreich, seit 2015; die Gefährdung der rechtsstaatlichen Ordnung, vorrangig in Ungarn und Polen, seit 2010 bzw. 2015; die massive Migrationskrise seit 2015 sowie das sich anbahnende Endlosdrama um den Brexit seit 2016. All dieses Polykrisengeschehen hat die Akzeptanz der EU erodieren lassen und dazu geführt, dass EU-weit rechtspopulistische/rechtsextreme und damit per se EU-feindliche Parteien zunehmend Erfolge feiern konnten, und zwar nicht nur bei nationalen Wahlen, sondern auch auf EU-Ebene: So erhielten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 die EU-Feinde in Großbritannien, Dänemark und Frankreich über 25 % der Stimmen; auch in weiteren EU-Mitgliedstaaten konnten sie beachtliche Erfolge verzeichnen, so in Österreich (19,5 %), Ungarn (14,7 %) und den Niederlanden (13,4 %).

Fortschritte³ und bleibende Belastungen

Heute lässt sich sagen, dass etliche Teilaspekte der Polykrise angepackt und entschärft, wenn auch nicht überwunden werden konnten. Hierzu einige knappe Hinweise: Die Eurozone hat sehr zahlreiche und tiefgreifende Reformen durchgeführt, zum Beispiel den Fiskalpakt verabschiedet, der eine strenge Haushaltsdisziplin der Euro-Staaten einfordert. Auch der Aufbau einer Bankenunion wurde sehr weit vorangetrieben. Ein *Einheitlicher Aufsichtsmechanismus*⁴ soll die wichtigsten Banken der Eurozone überwachen, während der *Einheitliche Abwicklungsmechanismus*⁵ für marode Banken zuständig ist; dabei soll der Steuerzahler geschont werden. An einem gemeinsamen Einlagensicherungssystem wird noch gearbeitet. Damit ist der Euro zweifelsohne sicherer geworden. Gegen verantwortungslose Haushaltspolitik in großen Euro-Staaten ist er gleichwohl nicht gefeit; so hätten die Haushaltspläne

3 Die wohl beachtlichsten Fortschritte konnte die EU letzthin in ihrer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erzielen, den bisher am wenigsten vergemeinschafteten Politikfeldern. Im Dezember 2017 wurde im Kreise von 25 Mitgliedstaaten die Errichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, im EU-Jargon PESCO (Permanent Structured Cooperation), beschlossen. PESCO soll ihre Mitglieder dazu befähigen, besonders anspruchsvolle Kriseninterventionsmissionen auszuführen. Da dieses Themenfeld nicht zur Polykrise gehört, soll es hier unter dem Stichwort Fortschritte zumindest erwähnt werden.

4 Englischsprachiges Akronym SSM (Single Supervisory Mechanism)

5 Englischsprachiges Akronym SRM (Single Resolution Mechanism)

der inzwischen gescheiterten populistischen italienischen Regierung, die aus der rechtsextremen *Legha* und der schiefernden *Fünf-Sterne-Bewegung* bestand, der Stabilität der Eurozone massiv geschadet. Dies zeigt zugleich, dass die Polykrise auch immer wieder auf neuen Schauplätzen auftreten kann.

Seit nun bald einem Jahrzehnt wird die EU von zahlreichen internen Krisen und Konflikten erschüttert, für die der neue Begriff „Polykrise“ steht.

Bei der Bearbeitung der Flüchtlings- bzw. Migrationskrise konnten ebenfalls etliche Fortschritte erzielt werden (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2018a). Doch bei der Schaffung eines gemeinsamen EU-Asylsystems verbleiben zwei zentrale Streitpunkte: Erstens wurde noch keine Lösung gefunden, wie die *Dublin-Verordnung* reformiert werden könnte.⁶ Zweitens soll die künftige Asylverfahrensverordnung u. a. bei Missbrauch einheitliche Sanktionen verhängen, beispielsweise bei unerlaubten Weiterreisen in andere EU-Staaten. Da sich in beiden Punkten, die letztlich eine gerechte und solidarische Lastenverteilung anstreben, keine Einigung abzeichnet, hat die künftige Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* einen Neustart der EU-Asylpolitik angekündigt; sie will zudem einen Migrationspakt mit wichtigen Herkunftsländern inklusive humanitärer Korridore verwirklichen.

Auch beim Kampf gegen den Abbau der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen hat die EU einiges vorzuweisen. So wurde nach zweijährigen, erfolglosen Gesprächsrunden im „EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips“ am 20.12.2017 ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags gegen Polen eingeleitet.⁷ Für ein solches Verfahren auch gegen Ungarn hat das *Europäische Parlament* am 12.09.2018 votiert. Außerdem hat der EuGH in verschiedenen Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen ebenfalls als Hüter der Rechtsstaatlichkeit gewirkt. Die Artikel 7-Verfahren sind im Vorfeld der Europawahlen von 2019 nicht →

6 Die Dublin-Verordnung legt fest, dass der EU-Mitgliedstaat, in welchem ein Asylsuchender erstmals EU-Boden betritt, für seine (vorläufige) Aufnahme und das Asylverfahren zuständig ist.

7 Ein solches hochkomplexes Verfahren kann letztlich zum Entzug des Stimmrechts des betroffenen Mitgliedstaates im Ministerrat führen.

weiter vorangetrieben worden. *Von der Leyen* kündigte allerdings in ihrer vielbeachteten Rede unmittelbar vor ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin am 16.07.2019 an, dass es „unter ihrer Führung ‚keinen Kompromiss bei der Rechtsstaatlichkeit‘ geben werde“ (Zeiss 2019). Hält sie ihr Versprechen, dann wird *Ursula von der Leyen* sich künftig auch um Rumänien kümmern müssen, dem zunehmend Rechtsstaatsverletzungen vorgeworfen werden.

Weitgehende Einigkeit konnte die EU in der Russland-Frage demonstrieren. Weil die Probleme in der Ostukraine keineswegs gelöst und auch das Minsker Abkommen nicht befriedigend umgesetzt werden konnten, hat sich die EU einhellig an ihren Sanktionskurs gehalten. Auch bei den endlosen Dramen um den Brexit ist die EU 27 geeint geblieben und hat sich nicht – wie von London beabsichtigt – auseinanderdividieren lassen.

Insgesamt mehren sich die Zeichen, dass die EU und ihre Bürger*innen die Notwendigkeit der Selbstbehauptung Europas in der neuen Weltunordnung erkannt haben.

Selbstredend belasten all die zahlreichen Unwägbarkeiten rund um den Brexit die EU auch weiterhin schwer, zumal der neue Premierminister *Boris Johnson* einen klaren No-Deal-Brexit-Kurs eingeschlagen und mit der erzwungenen Parlamentspause eine innenpolitische Krise ausgelöst hat (vgl. von Ondarza 2019). Derzeit ist vollkommen offen, ob, wann, in welcher Form und mit welchen Folgen der Brexit kommt. Das Wichtigste für die EU inmitten dieses unsäglichen Desasters aber ist, dass sie sich nicht von ihrer Hauptaufgabe abhalten lässt: ihre Zukunft zu sichern und so zu gestalten, dass sie sich in der aktuellen Weltunordnung behaupten kann.

Neue Wertschätzung der EU

Insgesamt mehren sich die Zeichen, dass die EU und ihre Bürger*innen die Notwendigkeit der Selbstbehauptung Europas in der neuen Weltunordnung erkannt haben. Nachdem sie letzthin in den Abgrund geschaut und dort die Möglichkeit eines Scheiterns der EU erblickt haben, kann man eine Trendwende erkennen. So steigen seit 2016, dem *annus horribilis* (Müller-Brandeck-Bocquet

2018b, S. 23), die von *Eurobarometer* regelmäßig abgefragten Zustimmungswerte zur EU und haben im Herbst 2018 mit 61 % optimistischen Antworten den höchsten Wert seit 2009 erreicht. Bei der Frage, ob die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache sei, wurde im Herbst 2018 mit 62 % Zustimmung im EU-Durchschnitt der höchste Wert seit 1992 erreicht. Auf die Frage schließlich, ob das eigene Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert habe, antworteten im EU-Schnitt gar 68 % der Befragten mit ja; dies war der höchste Wert seit 1983 (vgl. Eurobarometer 2018).

Auch die Europawahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 haben gezeigt, dass die EU-Bürger*innen den Wert und die Wichtigkeit der EU neu entdeckt haben. Mit fast 51 % lag die Wahlbeteiligung deutlich höher als 2014 mit 43 % und so hoch wie seit 1994 nicht mehr. Damit war die Demokratie eindeutig die Wahlsiegerin (vgl. Pietzko 2019). Auch im Ergebnis sind die Wahlen pro-europäischer ausgefallen als prognostiziert. Zwar konnten EU-feindliche Parteien ihre Wahlergebnisse in 12 Mitgliedstaaten im Vergleich zu 2014 steigern; insgesamt verfügen sie nun über 232 Sitze gegenüber 213 in der vorigen Legislatur. Anders aber als von *Matteo Salvini* und *Marine le Pen* geplant, wird es keine EU-feindliche Superfraktion geben, vielmehr bleiben diese Kräfte in drei Fraktionen aufgeteilt. Die höchsten Zuwächse konnten die *Grünen* mit plus 18 Sitzen sowie die *Liberalen* mit plus 39 Sitzen verbuchen. Erstere waren in Deutschland mit 20,53 % der Stimmen besonders erfolgreich; letztere haben sich in *Renew Europe* umbenannt und beheimaten nun auch die 21 Abgeordneten aus *Macrons La République en Marche-Bewegung*. Die konservative EVP (179 Sitze), die sozialdemokratische S&D (153 Sitze), *Renew Europe* (105 Sitze) sowie die *Grünen* (69 Sitze) verfügen folglich über eine breite Mehrheit, um nicht nur den EU-Feinden die Stirn zu bieten, sondern auch um das vereinte Europa wieder voranzubringen.

Ein neuer Selbstbehauptungswille in der EU?

Wie eingangs ausgeführt, ist die Welt in eine gefährliche Unordnung geraten. Die meisten großen Player der internationalen Beziehungen tragen massiv und aktiv zu diesem besorgniserregenden Zustand bei. Auf sie kann derzeit nicht gezählt werden, um Besserung zu schaffen; dies trifft nicht nur auf bereits genannte Einzelstaaten zu, sondern auch auf die *Vereinten Nationen* (vgl. Rotmann 2018). So bleibt als einziger Akteur von weltweiter Bedeutung die EU übrig, um den Multilateralismus zu erhalten und zu erneuern, die EU und ausgewählte Partner. Daher

wollen Deutschlands und Frankreichs Außenminister, *Heiko Maas* und *Jean-Yves Le Drian*, eine „Allianz für den Multilateralismus“ als Netzwerk von Gleichgesinnten aufbauen, unter dem selbst- oder vielmehr pflichtbewussten Motto: „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?“ (Le Drian/Maas 2019)



Protest gegen Boris Johnson vor dem Balliol College in Oxford, seinem Studienort. Foto: James Claffey / unsplash.com

Weiterhin lässt sich zeigen, dass die EU – allen voran Frankreich, Deutschland und die Kommission – im Begriff steht, sich ein neues Leitbild zu geben, das sich als „eine souveräne EU als die Kraft, die den Multilateralismus stärkt“, beschreiben lässt; dabei ist die Betonung der Souveränität der EU eher französischer Provenienz, während Deutschland die EU vorrangig als Verteidigerin des Multilateralismus ins Spiel bringt (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2019). In diesem neuen Leitbild bündeln sich zahlreiche Vorarbeiten; insbesondere ist hier auf die *Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik* der EU aus dem Jahr 2016 zu verweisen, die „den Anspruch auf strategische Autonomie der Europäischen Union“ erhebt. Weiterhin heißt es hier: „(...) wir wissen, dass (unseren) Prioritäten am besten gedient ist, wenn wir nicht alleine stehen. Am meisten nützt ihnen ein auf Regeln und Multilateralismus beruhendes internationales System“ (Europäische Union 2016, S. 3). Auch Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* ist hier zu zitieren: „Es ist an der Zeit, dass Europa das entwickelt, was ich ‚Weltpolitikfähigkeit‘ nenne – die Fähigkeit, die Geschicke der Welt als Union mitzugestalten. Es ist an der Zeit, dass Europa zum souveränen Akteur auf der Weltbühne wird.“ (Juncker 2018)

Diesen Ansprüchen und Bekundungen müssen nun Taten folgen. Es gilt, die EU so aufzustellen und zu stärken, dass sie sich in der aktuellen Weltunordnung behaupten

kann; nur eine starke EU kann zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des für sie so überlebenswichtigen Multilateralismus wirksam beitragen. Dies ist eine Herkules-Aufgabe, die hier nur angedeutet werden kann. Nötig ist eine weitere Stärkung bzw. Straffung der EU-Institutionen und insbesondere der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik über den Fortschritt hinaus, der mit PESCO erzielt wurde. Wie von Frankreich und Deutschland bei den bilateralen Regierungskonsultationen von Meseberg im Juni 2018 vorgeschlagen, sollten in der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) Mehrheitsentscheide möglich werden; denn die derzeit erforderliche Einstimmigkeit lähmt die EU allzu oft. Weiter müssen die EU und alle ihre Mitgliedstaaten mehr in die Technologien der Zukunft investieren und geeinter agieren. Daher ist eine gemeinsame Industriepolitik anzudenken (vgl. Charrel 2019), nicht zuletzt, um gegen die USA und China bestehen zu können; hier sollten die Erfolge von *Airbus* Vorbild sein. Um sich in der aktuellen Weltunordnung behaupten zu können, sind auch die Überlegungen zu einer Stärkung der internationalen Rolle des Euro zu vertiefen (vgl. European Commission 2018) und vieles mehr.

Besonders wichtig ist, dass die EU bei der größten und wichtigsten aller Zukunftsaufgaben, beim Kampf gegen den Klimawandel, weltpolitische Verantwortung übernimmt, voranschreitet und ihre internationale Vorreiterrolle weiter festigt.

Besonders wichtig ist, dass die EU bei der größten und wichtigsten aller Zukunftsaufgaben, beim Kampf gegen den Klimawandel, weltpolitische Verantwortung übernimmt, voranschreitet und ihre internationale Vorreiterrolle weiter festigt. Nachdem sie schon mit ihren bisherigen CO₂-Reduktionszielen von minus 40 % bis 2030 im Vergleich zum Basisjahr 1990 der weltweit ehrgeizigste Akteur war, muss sie angesichts der sich verschärfenden Klimakrise und um die Pariser Ziele zu erreichen, ihr Engagement dringend erhöhen. Dazu stehen die Chancen nicht schlecht. Denn auch Deutschland – in den letzten Jahren eher ein klimapolitischer Bremsler – hat sich jüngst dem →

Vorstoß anderer Mitgliedstaaten angeschlossen, das CO₂-Reduktionsziel der EU auf minus 55 % zu erhöhen (vgl. Zeit online 2019). Selbst die ehrgeizige Zielsetzung, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen, ist nun in Reichweite. Noch am 21. Juni 2019 war es dem *Europäischen Rat* nicht gelungen, dies einstimmig zu beschließen, da Polen, Ungarn und Tschechien sich verweigerten. So konnte der *Europäische Rat* sich lediglich zu einer „klimaneutralen EU im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris“ bekennen, die Jahreszahl 2050 findet sich in einer Fußnote, die lautet: „Für eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten muss die Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden“ (Europäischer Rat 2019, S. 1).

Eine EU, die die klimapolitische Bewährungsprobe besteht, kann einen wesentlichen Beitrag zu einer besseren Welt leisten. Denn am Klimawandel zeigen und verschärfen sich zahlreiche weitere globale Probleme.

Doch nicht zuletzt unter dem Druck der *Friday for Future*-Bewegung und dem EU-weit guten Abschneiden der *Grünen* bei der Europawahl 2019 haben sich die Dinge verändert. In ihrer fulminanten Rede vor dem *Europäischen Parlament* am 16. Juli 2019 kündigte *Ursula von der Leyen* einen „Green Deal for Europe“ an, den sie innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit vorlegen will. So sollen die CO₂-Emissionen um 50 bis 55 % bis 2030 reduziert werden. Auch die neue Kommissionspräsidentin will Europa zum weltweit ersten klimaneutralen Kontinent machen (vgl. von der Leyen 2019).

Da die EU mit einem CO₂-Ausstoß von 6,8 Tonnen pro Kopf und Jahr bereits heute vergleichsweise gut dasteht und dabei ist, deutlich ehrgeiziger zu werden, geht es vorrangig darum, Vorreiter und Vorbild zu sein bei der Entfaltung einer solidarischen Klimapolitik. Eine EU, die die klimapolitische Bewährungsprobe besteht, kann einen wesentlichen Beitrag zu einer besseren Welt leisten. Denn am Klimawandel zeigen und verschärfen sich zahlreiche weitere globale Probleme: Konflikte um Ressourcen, um Entwicklungschancen und Wohlstand, Umweltvertreibung und Flucht, wachsende Ungleichheit zwischen den Regionen, Kontinenten und den Geschlechtern.

Klimapolitik ist also ein herausragend gut geeignetes Politikfeld, um europäische Leadership bzw. „leadership the European way“ auszuüben. Daraus müssten dann Hebel für die Lösung weiterer globaler Probleme und Herausforderungen entwickelt werden, um die Weltpolitikfähigkeit einer souveränen EU voll zu entfalten. Ob es dazu je kommen wird, muss offenbleiben. Nötig wäre es.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zur Autorin



Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet ist Professorin für Europaforschung und Internationale Beziehungen an der Universität Würzburg. Sie studierte am Institut d'Etudes Politiques in Grenoble/Frankreich, promovierte und habilitierte am Geschwister-Scholl-Institut der LMU München. Seit 2017 hat sie einen Jean Monnet Lehrstuhl inne. Ihre derzeitigen Forschungsschwerpunkte sind: Integrationsprozesse in der Europäischen Union, EU-Außen- und Sicherheitspolitik, deutsch-französische Beziehungen im Dienste Europas

mbb@uni-wuerzburg.de

Literatur

- Acharya, Amitav (2014):** „The End of the American World Order“. Cambridge: Polity Press
- Charrel, Marie (2019):** L'Europe doit mieux défendre ses entreprises. In: Le Monde vom 17.05.2019
- Charrel, Marie (2019):** L'Europe doit mieux défendre ses entreprises. In: Le Monde vom 17.05.2019
- Emmanouilidis, Janis A. / Zuleeg, Fabian (2016):** EU@60 – Countering a regressive & illiberal Europe; www.epc.eu/pub_details.php?cat_id=1&pub_id=7020 (Zugriff: 06.09.2019)
- Eurobarometer 2018:** <https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2215> (Zugriff: 06.09.2019)
- Europäische Union (2016):** Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Luxembourg: Europäische Union
- Europäischer Rat (2019):** Tagung des Europäischen Rates (20.06.2019) – Schlussfolgerungen, EUCO 9/19
- European Commission (2018):** Towards a stronger international role of the euro. 05.12.2018; https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication_-_towards_a_stronger_international_role_of_the_euro.pdf (Zugriff: 06.09.2019)

Gammelin, Cerstin (2018): Frankreich setzt Trump eine letzte Frist. In: Süddeutsche Zeitung vom 03.06.2018

Gammelin, Cerstin (2019): Die sieben Weltwunden. In: Süddeutsche Zeitung vom 26.08.2019

Juncker, Jean-Claude (2018): Die Stunde der Europäischen Souveränität, Rede zur Lage der Union; https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/soteu2018-speech_de.pdf (Zugriff: 06.09.2019)

Le Drian, Jean-Yves / Maas, Heiko (2019): Wer, wenn nicht wir? Gastbeitrag in: Süddeutsche Zeitung vom 14.02.2019

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2018a): Komödie oder Tragödie: Asylstreit kapert das Gipfeltreffen des Europäischen Rats vom 28./29.6.2018 (10.07.2018); <https://maineuropa.de>

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2018b): Schicksalsjahre für die EU: 2017–2018. In: Hiltz, Wolfram / Nötzold, Antje (Hrsg.): Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch. Wiesbaden: Springer VS, S. 23–43

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2019): Zukunftsdebatten in der EU. In: APuZ 04–05/2019, S. 19–25

Pietzko, Manuel (2019): Die Gewinnerin der Wahl ist die Demokratie selbst (29.05.2019); <https://maineuropa.de>

Rotmann, Philipp (2018): UN ohne Ordnung. Vereinte Nationen und globale Sicherheit. In: APuZ 36–37/2018, S. 11–16

Rudolf, Peter (2017): Die USA unter Trump. Mögliche Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen. In: Hauswedell, Corinna / Heinemann-Grüder Andreas / Hippler Jochen / Johannsen, Margret / Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2017. Berlin: LIT Verlag, S. 45–55

Semo, Marc (2019): A Biarritz, le difficile G7 de Macron. In: Le Monde vom 23.08.2019

Tillmann, Christina (2018): Die G20 wird zwanzig. Zeit für eine Bilanz des Multilateralismus. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung; www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_6_2018_Die_G20_wird_20.pdf (Zugriff: 06.09.2019)

von der Leyen, Ursula (2019): Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments (16.07.2019); https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_4230 (Zugriff: 06.09.2019)

von Oндarza, Nicolai (2019): Boris Johnson auf Kurs No-Deal Brexit. Innenpolitische Dynamik in Großbritannien und Optionen für die EU-27, SWP-Aktuell 2019/A 4

Zeiss, Marco (2019): Ursula ex Machina. Wie das Spitzenkandidatensystem beim Kampf um die Macht zu Grabe getragen wurde (17.08.2019); <https://maineuropa.de>

Zeit online (2019): Angela Merkel unterstützt ehrgeizigere EU-Klimaziele bis 2030 (22.08.2019); www.zeit.de/politik/ausland/2019-08/klimawandel-angela-merkel-eu-klimaziele-treibhausgase-verschaerfung (Zugriff: 06.09.2019)

„Die internationale Weltlage ist heute unbeständiger und komplexer als je zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel, Terrorismus oder gescheiterte Staaten stellen auch die Europäische Union auf die Probe. Gleichzeitig befinden wir uns in einer geopolitischen Zeitenwende. Eine neue Konkurrenz der Großmächte bedroht die internationale Ordnung, wie wir sie kannten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die EU ihr Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen muss. Kein EU-Mitgliedstaat kann allein wirksam auf die globalen Herausforderungen der Gegenwart reagieren. Nur gemeinsam kann es gelingen, den Klimaschutz

voranzutreiben, Migration zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen, die digitale Transformation mitzugestalten, fairen Handel zu stärken und auf der Weltbühne entschlossener mit einer Stimme zu sprechen. Nur mit einer gemeinsamen Position sind wir als EU in der Lage, auf die internationale Welt(un)ordnung Einfluss zu nehmen und diese positiv mitzugestalten.“



David McAllister, MdEP

Foto: Europäisches Parlament

Weltmacht auf Abwegen: Die „America First“-Politik der Trump-Administration

Das Schicksal der liberalen Weltordnung

Die „America First“-Agenda von Donald J. Trump rüttelt an den Grundfesten der von den USA in den vergangenen 70 Jahren geprägten Weltordnung. Dieser Beitrag beleuchtet zunächst die Entwicklungslinien amerikanischer Weltordnungspolitik und skizziert anschließend Trumps außenpolitisches Weltbild sowie die politische Praxis seiner Administration. Für Europa ist es eine Zeitenwende, dass der einst engste Partner von geteilten Ordnungsvorstellungen abrückt. Da zugleich autoritäre Mächte wie Russland und China die internationalen Spielregeln ändern wollen, droht die Rückkehr der ungezügelter Anarchie in der Weltpolitik. von Gerlinde Groitl

Kontinuität und Wandel amerikanischer Weltordnungspolitik

Die Strukturen der heutigen Weltordnung sind geprägt von der Macht und den ordnungspolitischen Ideen der USA. Ihre Genese verlief in Etappen. Das Projekt liberaler Ordnungsbildung entstand angesichts der Schrecken des Zweiten Weltkriegs, nahm in der Systemkonkurrenz des Kalten Kriegs Gestalt an und entwickelte sich nach den friedlichen Revolutionen am Ende des Ost-West-Konflikts zur globalen Vision. Es beinhaltete die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, Freihandel und individuellen Freiheitsrechten sowie die Schaffung von internationalen Institutionen, Allianzen und Regelwerken. Die USA traten durchweg als Impulsgeber auf, unterlegten die geschaffenen Ordnungsstrukturen mit der nötigen Durchsetzungskraft und stellten kollektive Güter bereit. Für andere Staaten erwies sich das amerikanische Ordnungsmodell als äußerst attraktiv (vgl. Ikenberry 2011).

Die Geschichte der amerikanischen Weltordnungspolitik seit dem Ende des Kalten Kriegs ist eine von Aufbruch und Krise. In den 1990er Jahren schienen Demokratie, Freiheit, Marktwirtschaft und Menschenrechte weltweit und unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Die Erweiterung von Regio-

nalorganisationen wie der *Europäischen Union* (EU) oder der *Nordatlantischen Vertragsorganisation* (NATO) sowie die Schaffung von Globalorganisationen wie der *Welthandelsorganisation* (WTO) gehörten zu den zentralen Schritten, um den Geltungsbereich der liberalen Weltordnung auszudehnen. Allerdings gab es bereits damals Warnungen, dass die Ära ohne Großmachtrivalen nur eine „strategische Pause“ sei. Zunächst waren es in den 2000er Jahren aber die USA, die die liberale Weltordnung ins Wanken brachten, als die *George W. Bush-Administration* nach dem 11. September 2001 einen Krieg gegen den Terrorismus führte, der das Völkerrecht und die eigenen Ideale verletzte. Zum Verlust von Ansehen und Glaubwürdigkeit kamen die machtpolitischen Kosten: Weder in Afghanistan noch im Irak gelang den USA ein zügiger Regimewechsel. Zugleich gewannen Staaten wie Russland und China an Stärke, ohne eine politische Öffnung zu durchlaufen. 2008 gerieten die USA mit der Finanz- und Wirtschaftskrise auch noch ökonomisch unter Druck.

Das strategische Leitmotiv in der Amtszeit von *Barack Obama* lautete folgerichtig, die amerikanische Handlungsfähigkeit zu sichern und die liberale internationale Ordnung zukunftsfest zu machen. Das war nicht einfach. Mit

Russland und China waren zwei autoritäre Großmächte zurückgekehrt, die die Regeln der Weltpolitik umschreiben wollten. Mit der Verflechtung der Welt war außerdem der Bedarf für gemeinschaftliches Regieren gewachsen, was aber oft an Interessensgegensätzen und Blockaden scheiterte. Der Krieg in Syrien ab 2011 eskalierte vor den Augen eines gelähmten *UN-Sicherheitsrats*. Die Weiterentwicklung der internationalen Handelsordnung stockte seit Jahren in der WTO; Regelbrüche ließen sich nicht ausreichend ahnden. Sogar Allianzen wie die NATO zeigten die Hürden kollektiven Handelns: Die ungleiche Lastenverteilung und Fähigkeitsasymmetrie war Washington schon lange ein Dorn im Auge. Aus amerikanischer Sicht mangelte es den internationalen Ordnungsstrukturen unter den veränderten Rahmenbedingungen an Funktionalität. Zugleich spitzte sich die politische und gesellschaftliche Spaltung in den USA zu und die Bereitschaft der Bevölkerung für globales Engagement sank. Die Weltordnung stand an einem Scheideweg (vgl. Rose 2019).

Donald Trumps populistische Antwort: „America First“

Donald Trumps populistische Wahlbotschaft 2016 lautete, dass die USA am Boden lägen: Die politischen Eliten hätten das Land heruntergewirtschaftet, während Konkurrenten wie China ungehindert Jobs und Wohlstand stehlen würden, Allianzpartner die USA ausnutzten und die Welt über die amerikanische Dummheit lachte. Unter seiner Führung würden die USA mit einer Politik des „America First“ zu alter Größe zurückkehren – eine Phrase, die ausgerechnet an das „America First“-Komitee des Antisemiten *Charles Lindbergh* erinnert, der den Eintritt in der USA in den Zweiten Weltkrieg verhindern wollte. *Trump*s „America First“-Agenda versprach einen neuen Nationalismus, wirtschaftlichen Protektionismus, den Rückzug aus Institutionen und Verträgen, die Abkehr von Bündnispflichten und einer werte- und prinzipiengeleiteten Außenpolitik, die Erhöhung der Militärausgaben und eine brachiale Interessenpolitik. *Trump* insinuierte, dass die von den USA gestaltete Weltordnung ihnen selbst schadete und umgekrempt werden müsse. Damit stellte er den liberal-internationalistischen Grundkonsens der Nachkriegszeit in Frage und stieß die Tür auf für eine grundlegende Veränderung der amerikanischen Weltpolitik.

Es war zugleich ein Weltbild, das auf einer kruden Vermengung von Realität und Fiktion ruhte. Bei *Trump*s Amtsantritt standen die USA nämlich trotz aller Schwierigkeiten insgesamt gut da, sie waren politisch, ökonomisch, militä-

risch und ideell noch immer die stärkste Macht. Doch sein populistischer Politikstil orientiert sich nicht an Fakten und objektiven Kausalzusammenhängen, sondern gefühlten Realitäten und Wahlkalkül. Beispielhaft zeigt sich das an seiner ökonomischen Botschaft. Während die Wirtschaft per se blendend lief, waren die Gewinne höchst ungleich verteilt. Der Politik war es in den Vorjahren nicht gelungen, die Unwucht zu mindern, die Chancen von Arbeitnehmern ohne Hochschulabschluss zu verbessern oder den Strukturwandel in vormaligen Industrieregionen zu bewältigen. *Trump* griff den berechtigten Frust darüber auf, präsentierte aber Sündenböcke statt Lösungen, indem er auf „die Eliten“, „die Globalisierung“ und China schimpfte und verlorene Jobs mit Strafzöllen zurückzuholen versprach. Das war Augenwischerei. Dass er ungeniert lügt und zuvorderst Stimmungslagen bedient, hat sich selbst nach seinem Amtsantritt nicht geändert (zu „America First“ und zum Trumpismus vgl. Thompson 2017; Groitl 2017).

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Trump-Administration in fünf Punkten

Die politische Praxis der vergangenen zweieinhalb Jahre wurde geprägt von *Trump*s Populismus und dem Willen zur Disruption einerseits sowie den Beharrungskräften des politischen Systems und außenpolitischer Interessen andererseits. Sie lässt sich in fünf Punkten umreißen:

Die Strukturen der heutigen Weltordnung sind geprägt von der Macht und den ordnungspolitischen Ideen der USA.

1) Ein Wesenszug der *Trump*-Präsidentschaft ist das Verständnis der internationalen Politik als Wettbewerb und Nullsummenspiel zwischen konkurrierenden Staaten. Kooperation erscheint unattraktiv, weil der Gewinn des einen als der Verlust des anderen interpretiert wird. Von Realisten und Realpolitikern unterscheidet den Präsidenten aber die fehlende Einsicht, dass es im strategischen Wettbewerb Prioritäten und Verbündete braucht. Außerdem betrachtet er zwischenstaatliche Rivalitäten primär ökonomisch, und zwar verzerrt unter der Prämisse, dass die USA nur auf der Gewinnerseite stünden, wenn sie bilateral einen Überschuss im Güterhandel zu verzeichnen hätten. Das ist ökonomisch unsinnig und politisch un-

klug. Zugespitzt formuliert entscheiden nach dieser Lesart nicht Interessen, gegenseitiger Nutzen oder langfristige Ziele darüber, wer Partner oder Widersacher ist, sondern nur die Exportchancen und die Handelsbilanz. Selbst enge Alliierte wie Deutschland oder die EU stilisiert *Trump* so zu Antagonisten, die sich als Trittbrettfahrer verteidigen ließen, ohne die USA im Handel „gewinnen“ zu lassen. Tatsächlich gefährdet sein enges Verständnis des nationalen Interesses den internationalen Einfluss der USA (vgl. Brands 2017/2018).



„Die ‚America First‘-Agenda von Donald J. Trump rüttelt an den Grundfesten der von den USA in den vergangenen 70 Jahren geprägten Weltordnung.“ Foto: Günther Simmermacher / Pixabay; CCO

2) Nationale Souveränität wertet die aktuelle US-Regierung als das höchste Gut. Dabei schwächt sie internationale Institutionen bewusst und pocht auf die eigene Entscheidungsfreiheit. Zwar haben die USA schon immer einen instrumentellen Multilateralismus gepflegt und die Wahrung ihrer Souveränität großgeschrieben. Etlichen Konventionen sind sie nie beigetreten, auch wenn sie sich an die Regeln halten (z. B. UN-Seerechtskonvention). Jedoch verdichtete sich nun die Bereitschaft, Verträge aufzukündigen (z. B. Pariser Klimaabkommen; Atomabkommen mit dem Iran) und Ordnungsstrukturen zu unterminieren (z. B. WTO). Organisationen mit supranationalem Anspruch (z. B. EU) haben in diesem Weltbild ohnehin keinen Platz. *Trump* lobt die Brexit-Befürworter und andere europäische EU-Gegner, obwohl die USA die europäische Integration von Beginn an unterstützt und sich zuvor eine möglichst handlungsfähige EU erhofft hatten.

3) Die *Trump-Administration* verfolgt einen ökonomischen Nationalismus, der die US-Wirtschaftsstärke und das regelbasierte Welthandelssystem gefährdet. 2018 verhängten die USA mit Verweis auf die nationale Sicher-

heit und unter Umgehung der WTO-Regeln Zölle auf Aluminium und Stahl. Davon waren neben China etwa auch die EU, Kanada und Japan betroffen. Seit 2018 haben sie schrittweise die Strafzölle auf chinesische Importe eskaliert. Tatsächlich spielt China nicht fair. Doch das amerikanische Vorgehen bedroht seinerseits den regelbasierten Weltmarkt und erweist sich als kostspielig für die USA, auch wenn *Trump* das Gegenteil behauptet. Potenzielle Partner werden verprellt statt mobilisiert. So kündigte *Trump* die von *Obama* ausgehandelte *Transpazifische Partnerschaft*, ein multilaterales Abkommen zur Weiterentwicklung von Handels- und Investitionsregeln, am ersten Amtstag auf. Was er als Erfolg für die heimischen Arbeiter ausgab, war in Wirklichkeit ein Geschenk für China (zur Handelspolitik vgl. Falke 2019).

Die politische Praxis der vergangenen zweieinhalb Jahre wurde geprägt von Trumps Populismus und dem Willen zur Disruption einerseits sowie den Beharrungskräften des politischen Systems und außenpolitischer Interessen andererseits.

4) *Donald Trump* besitzt kein Verständnis für den Nutzen von werte-, norm- und prinzipiengeleiteter Politik, dafür aber eine besondere Affinität zu Autokraten. Tatsächlich äußert er sich wohlwollender über autokratische Rivalen als über demokratische Freunde. Russlands *Wladimir Putin* schenkte *Trump* mehr Vertrauen als den eigenen Geheimdiensten, als dieser die klar belegte russische Wahleinmischung in den USA von sich wies. Nordkoreas Diktator *Kim Jong-un* hofierte er als talentierten Staatsmann, Chinas Präsident *Xi Jinping* nennt er einen Freund. Statt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit einzutreten, greift er diese Werte selbst an, etwa indem er die freie Presse in den USA als „Volksfeind“ („enemy of the people“) bezeichnet (vgl. Klaas 2019). Seine Nähe zu Autokraten mag auch mit seinem kurzfristig-transaktionalen Politikverständnis und seinem Fokus auf Status und Respekt zu tun haben. Als China dem US-Präsidenten bei dessen Staatsbesuch 2017 einen besonders ehrenvollen Empfang bereitete, lobte er Peking überschwänglich und

stellte trotz der Sachdifferenzen enge bilaterale Beziehungen in Aussicht (vgl. Groitl 2019).

5) Die Substanz der amerikanischen Politik deckt sich oft nicht mit dem, was der Präsident sagt, tut oder twittert. Politische Führung erfordert Detailwissen, Fokus und Durchsetzungsfähigkeit in komplexen Politikprozessen. Trump besitzt diese Qualitäten nicht. Dazu kommen unzählige Personalwechsel und chaotische Zustände im *Weißem Haus* (vgl. z. B. Woodward 2018). Vielfach setzt der außenpolitische Apparat den tradierten Kurs liberaler Ordnungspolitik fort, weil die rhetorischen Querschüsse des Präsidenten ohne eine Operationalisierung im bürokratischen Prozess verpuffen bzw. sich andere Akteure in der Exekutive oder im Kongress als Stützen der Kontinuität erweisen. Beispielsweise hat sich trotz *Trumps* Tiraden gegen die Bündnisverpflichtungen der USA das Engagement in der NATO seit seinem Amtsantritt verstärkt. Seine konziliante Rhetorik gegenüber *Putin* deckt sich wiederum nicht mit der bestimmten Russlandpolitik. Ins Auge sticht die Kluft auch bei der *Nationalen Sicherheitsstrategie* von 2017. Das vom damaligen Sicherheitsberater *H. R. McMaster* verfasste Dokument diagnostiziert russischen und chinesischen Revisionismus als die zentrale Herausforderung. Die USA würden deren repressiven Weltordnungsvisionen systematisch entgegentreten, mit (demokratischen) Partnern zusammenarbeiten und ihre Prinzipien, Werte und Interessen verteidigen. Das spiegelt die Einschätzungen der außenpolitischen Experten in Washington, doch mit *Donald Trumps* Amtsführung hat es wenig zu tun (vgl. Trump 2017).

Konsequenzen für die internationale Ordnung und für Europa

Die amerikanische Weltpolitik ist derzeit geprägt von Widersprüchen: Einerseits versuchen die USA, die von ihnen in mehr als 70 Jahren geschaffene internationale Ordnung gegen revisionistische Konkurrenten zu verteidigen. Andererseits attackiert bzw. unterminiert die *Trump-Administration* eben diese Ordnung selbst, und zwar sowohl mit Absicht als auch durch den strategiefernen Populismus des Präsidenten. Besonders ins Gewicht fällt, dass es Washington heute an politischer Autorität fehlt: Es gibt keine überzeugende ordnungspolitische Vision, der andere folgen wollen. Perspektivisch droht angesichts der neuen geopolitischen Rivalitäten und der Abkehr der USA von ihrer Rolle als liberaler Ordnungsmacht die Rückkehr der ungezügelter Anarchie in der Weltpolitik: Die ohnehin nur rudimentär ausgeprägte Stärke des Rechts würde dann

vom Recht des Stärkeren abgelöst. Wer nicht die machtpolitischen Fähigkeiten besitzt, für sich selbst zu sorgen, hätte das Nachsehen.

Die EU ist politisch gespaltener denn je und nicht in der Lage, sich in der von Machtverschiebungen geprägten Welt ohne die Vereinigten Staaten oder gar gegen sie zu behaupten.

Europa trifft das hart. Sein Wohlergehen ist eng mit der liberalen Ordnung verknüpft, in der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, Freihandel, individuelle Freiheit und Menschenrechte gediehen. In diesem Sinne verletzt der Kurs der US-Regierung die europäischen Interessen. Dennoch sollten sich Entscheidungsträger auf dieser Seite des Atlantiks hüten, das verbreitete Anti-Trump-Sentiment in eine Anti-USA-Politik umschlagen zu lassen. Die EU ist politisch gespaltener denn je und nicht in der Lage, sich in der von Machtverschiebungen geprägten Welt ohne die Vereinigten Staaten oder gar gegen sie zu behaupten. Selbst die europäische Sicherheit wäre ohne amerikanischen Rückhalt derzeit kaum garantiert. Zuletzt dürfen bei aller Irritation über die USA nicht die Maßstäbe verrutschen. Die Interessensparallelen mit Washington sind noch immer hoch, während Russland und China auch für Europa eine ernste Herausforderung darstellen. Die Verbesserung der eigenen Handlungsfähigkeit sollte also zusammen mit der Rettung der transatlantischen Partnerschaft oberste Priorität besitzen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zur Autorin



Dr. Gerlinde Groitl ist Akademische Rätin a. Z. an der Professur für Internationale Politik der Universität Regensburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die US-amerikanische, deutsche und europäische Sicherheitspolitik, die transatlantischen Beziehungen und Weltordnungsfragen.

gerlinde.groitl@ur.de



Literatur

Brands, Hal (2017/2018): The Unexceptional Superpower. American Grand Strategy in the Age of Trump. In: *Survival* 59.6, 2017–2018, S. 7–40

Falke, Andreas (2019): Trade Realism oder Handelskrieg an allen Fronten? Die Trump'sche Handelspolitik im zweiten Amtsjahr. In: Herr, Lukas et al. (Hrsg.): *Weltmacht im Abseits. Amerikanische Außenpolitik in der Ära Donald Trump*. Baden-Baden: Nomos, S. 187–213

Groitzl, Gerlinde (2017): „Make America Great Again“? Die strategische Handlungs(un)fähigkeit der USA vom Ende des Kalten Kriegs bis zu Präsident Donald Trump. In: *SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen* 1.3, 2017, S. 221–232

Groitzl, Gerlinde (2019): Selbstschwächung versus Konfrontation. Die Außenpolitik der USA gegenüber der Volksrepublik China in der Ära Donald Trump. In: Herr, Lukas et al. (Hrsg.): *Weltmacht im Abseits. Amerikanische Außenpolitik in der Ära Donald Trump*. Baden-Baden: Nomos, S. 125–152

Ikenberry, G. John (2011): *Liberal Leviathan. The Origins, Crisis, and Transformation of the American World Order*. Princeton/Oxford: Princeton UP

Klaas, Brian (2019): For two years, Trump has been undermining American democracy. Here's a damage report (Opinion). In: *Washington Post*, 23.01.2019

Rose, Gideon (2019): The Fourth Founding. The United States and the Liberal Order. In: *Foreign Affairs* 98.1, 2019, S. 10–21

Thompson, Jack (2017): Den Trumpismus verstehen. Die Außenpolitik des neuen amerikanischen Präsidenten. In: *SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen* 1.2, 2017, S. 109–115

Trump, Donald (2017): National Security Strategy of the United States of America, Dezember 2017; www.whitehouse.gov/articles/new-national-security-strategy-new-era (Zugriff: 30.08.2019)

Woodward, Bob (2018): *Fear: Trump in the White House*. New York: Simon & Schuster

„Die aktuelle Weltlage ist geprägt vom Rückzug der USA aus ihrer Rolle als globaler Ordnungsmacht und wertorientierter Führungsmacht. In der Folge dessen erleben wir eine Erosion multilateraler Institutionen wie der Vereinten Nationen, welche seit ihrer Gründung maßgeblich von den USA aufgebaut, finanziert und politisch getragen wurden. Wir erleben gleichzeitig eine Erosion weltweiter Regelwerke, von der globalen Handelsordnung über die Rüstungskontrolle bis hin zu den Menschenrechten.“

An die Stelle des Multilateralismus treten zwischenstaatliche Beziehungen, die ausschließlich vom gegenseitigen Machtverhältnis geprägt sind. Das ist besonders problematisch für kleinere und mittelgroße Staaten, aber auch für die Europäische Union als einem Staatenverbund, der für transnationale Zusam-

menarbeit und für die Stärke des Rechts anstelle des Rechts des Stärkeren steht.

Das geht einher mit einer Stärkung autoritärer und korrupter Regime, welche in das Machtvakuum vorstoßen, das die USA hinterlassen. Das ist besorgniserregend in einer Zeit, in der die Welt vernetzter ist als je zuvor, und in der viele Herausforderungen, vom Klimawandel über Migration oder die Stabilität des globalen Finanzsystems, nur kooperativ und auf der Basis gemeinsamer Regeln lösbar sind.“



Bastian Hermisson, Executive Director Heinrich Boell Foundation, Washington

Russland in der neuen Weltunordnung

Großmachtpolitik ohne strategisch durchdachte Antwort

Die von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich gestaltete liberale Weltordnung steht derzeit massiv unter Druck. Hatte die bipolare Blocklogik des Kalten Krieges das System souveräner und gleichberechtigter Staaten, wie es die UN-Charta vorgibt, empfindlich eingeschnürt, so hat die UNO den Kalten Krieg immerhin überstanden – und die historische Zäsur von 1989/1991 weckte manche Blümenträume von einer Renaissance der UN-Ordnung. Heute indes spricht vieles dafür, dass wir umgekehrt auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert sind, weshalb das Friedensgutachten 2019 titelte: „Vorwärts in die Vergangenheit?“ von Bruno Schoch

An die Stelle von Multilateralismus und internationalen Regeln, die für alle Staaten verbindlich sind, tritt wieder der *sacro egoismo* der Großmächte. Die Volksrepublik China hat sich im Interesse ihrer inneren Modernisierung unter *Deng Xiaoping* lange außenpolitischer Zurückhaltung befleißigt, greift nun aber unter *Xi Jinping* mit der „neuen Seidenstraße“ geopolitisch weit aus und erhebt den Anspruch einer weltpolitischen Groß- oder gar Führungsmacht. Russland, das sich nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion auf den steinigen Weg der Demokratisierung machte, setzte zunächst auf internationale Kooperation, um dann jedoch seit der dritten Präsidentschaft von *Wladimir Putin* auf einen revisionistischen Kurs umzuschwenken und die Scheu vor militärischer Gewalt abzulegen, die Krim zu annektieren und in der Ostukraine einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen. Die USA, Schöpferin der liberalen Weltordnung und der internationalen Organisationen, haben sich von ihrer bewährten Rolle eines Multilateralismus und freien Welthandel schützenden Hegemons verabschiedet und verfolgen unter Präsident *Donald Trump* eine Politik des „America first“.

So etwas wie eine neue Weltordnung zeichnet sich angesichts dieser Wiederkehr nationaler Großmachtrivalität

nicht ab, nicht einmal in der Gestalt eines Mächtekonzertes. Manche internationalen Institutionen und Verträge der bisherigen Weltordnung bestehen noch fort und werden genutzt, jedenfalls solange es den nationalen Interessen dient, etwa der Sicherheitsrat der UNO oder die NATO. Neue Formate wie die G-7, G-20 oder die Treffen der BRICS-Staaten sind hinzugekommen. Sie folgen der traditionellen Logik staatlicher Interessenwahrnehmung, nicht dem regelbasierten Multilateralismus der UN-Ordnung. Hinzu kommt die Demontage wichtiger Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle, die zur Bildung wechselseitigen Vertrauens unter den Staaten beigetragen haben. Aufgekündigt ist der ABM-Vertrag von 1972, der Abwehrraketen verbot, ebenso der INF-Vertrag von 1987, der die seinerzeit heftig umstrittenen Mittelstreckenraketen abrüstete. Das Abrücken von der Rüstungskontrolle geht einher mit der Rückkehr zu unilateraler Großmachtpolitik und eröffnet brandgefährliche Rüstungswettläufe in bisher unbekannte Dimensionen.

Dass in dem schrecklichen Krieg in Syrien, in dem Russland 2015 militärisch intervenierte, russische Kampfflugzeuge abgeschossen wurden, veranschaulicht das brisante Risiko einer Eskalation. Kriege zwischen Großmächten →

erscheinen weniger ausgeschlossen als noch vor einigen Jahren. Viele Experten sind deshalb der Meinung, dass ein neuer Systemkonflikt zwischen Russland und den westlichen Staaten nicht nur droht, sondern längst begonnen hat. Im Folgenden möchte ich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige Aspekte der internationalen Rolle Russlands beleuchten.

Großrussischer Nationalismus und „traditionelle Werte“

Hatte der Kreml unter Präsident *Dmitry Medvedev* auf Sicherheit durch ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung und technologische Modernisierung gesetzt, so kam es unter dem 2012 ins Präsidentenamt zurückgetretenen *Wladimir Putin* zu einer Kurswende. An die Stelle einer kooperativ ausgerichteten „Modernisierungspartnerschaft“ setzt der Kreml seither zusehends auf scharfe Abgrenzung vom Westen. Legte man zuvor Wert darauf, auch zu Europa zu gehören, so verfolgt Moskau nun mit der *Eurasischen Union* ein der *Europäischen Union* entgegengesetztes Projekt. Generell ist das Bemühen um Kooperation, wie es die Jahre nach der Epochenwende von 1989/1991 kennzeichnete, einer konfrontativen Großmachtstrategie gewichen – auf ideologischer Ebene, aber auch mit militärischen Mitteln.



Wandbild in Tobolsk, Russland Foto: AdB

Mutmaßliche Wahlfälschungen riefen 2012, als Ministerpräsident *Wladimir Putin* wieder ins Präsidentenamt zurückkehrte, breiten Protest im Lande hervor. Das Regime beantwortete sie mit massiver Repression, zugleich griff der Kreml zusehends auf angeblich uralte „traditionelle Werte“ Russlands zurück. Sie dienen der Abgrenzung vom Westen. In seinen ersten beiden Amtszeiten war *Putin* noch für die Demokratie eingetreten, hatte

dafür aber einen eigenen russischen Weg mit eigenem Entwicklungstempo in Anspruch genommen. Jetzt wird die universelle Geltung demokratischer Prinzipien bestritten. Wie einst *Zar Nikolaus* „Orthodoxie, Autokratie und Nation“ beschwor, nimmt nun auch *Putin* offen Zuflucht zum russischen Nationalismus. Demokratie, Freiheitsrechte und individuelle Selbstbestimmung werden gebrandmarkt als Fassade, hinter der in Wahrheit Heuchelei und Lüge, Völkerrechtsbrüche und Sittenverfall stehe – die Ausfälle gegen Homosexualität sind nur die Spitze des Eisbergs. Die USA und ihre Vasallen in Europa schützen Menschenrechte, Demokratie und Völkerrecht vor, in Wirklichkeit jedoch, behauptet der Kreml, gehe es um nichts als um ihre Profitinteressen, ihre Einflussphäre und eben – die Schwächung Russlands.

Was lange undenkbar schien, ist plötzlich real: In Europa tobt ein Krieg, der UN-Angaben zufolge bereits um die 13.000 Todesopfer gefordert hat.

Die präsidialen Philippiken gegen den Liberalismus, von den Staatsmedien endlos und lauthals intoniert, gehen einher mit verschärfter Repression und einer nationalistischen Mobilisierung. Opposition und Kritik werden als innerer Feind verteufelt und ihre Sprecher gelegentlich in Form von Auftragsmorden zum Schweigen gebracht. *Putin* hält der „falsch verstandenen Freiheit“ des Westens die russische Staatsidee, die christlich-orthodoxe Spiritualität und die Traditionen der Zaren und auch *Stalins* entgegen. Der Kreml scheut sich nicht, rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa finanziell unter die Arme zu greifen und mit ihnen sogar Kooperationsverträge zu schließen, teilt man doch mit ihnen das Ziel, die *Europäische Union* zu destabilisieren. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte geriert sich Russland wieder als aggressiver Antipode der Aufklärung und des Liberalismus.

Einflussphäre „nahes Ausland“

Wladimir Putin hat den Zerfall der Sowjetunion einmal als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Er definiert die ehemaligen Republiken der Sowjetunion als „nahes Ausland“ und versucht, dort

nach Möglichkeit den Verlust früheren Einflusses wieder wettzumachen. Das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gilt ihm gleichsam als natürliche Einflussosphäre. Damit gerät Russland in Gegensatz zur *KSZE-Schlussakte* von 1975 und zu jenen Prinzipien „für ein neues Europa“, die alle OSZE-Staaten, auch die damalige Sowjetunion, 1990 in der *Charta von Paris* feierlich beschworen hatten. Sie hatten sich seinerzeit auf ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ verständigt, mit „gleicher Sicherheit für alle unsere Länder“ und mit dem Recht aller auf freie Bündniswahl.

Diese *Charta* skizzierte seinerzeit euphorisch ein „neues Zeitalter“ mit den grundlegenden Prinzipien für eine friedliche europäische Ordnung. Einflussosphären von Großmächten und eingeschränkte Souveränität kleinerer Staaten waren nicht vorgesehen. Der revitalisierte Großmachtanspruch Russlands befindet sich im Gegensatz dazu und öffnet die Tür zum Revisionismus. Dieser kann verschiedene Gestalt annehmen: Das Spektrum reicht von massiven Drohungen, der handfesten Unterstützung von Separatisten – wie in Transnistrien (in Moldawien), Abchasien und Südossetien (in Georgien) – und mit militärischer Macht in der Schwebe gehaltenen *frozen conflicts* zur Destabilisierung von Nachbarstaaten bis hin zum camouflierten Bürgerkrieg in der Ostukraine und der Annexion der Krim. Staaten des „nahen Auslands“, die nicht zur NATO gehören, schon gar mit russischsprechenden Minderheiten, haben Grund, sich vor dem revisionistischen großen Nachbarn zu fürchten.

Annexion der Krim und Krieg im Donbas

Die Annexion der Krim im März 2014 und die verdeckte russische Invasion im Osten der Ukraine – in beiden Fällen wurde die Beteiligung russischer Soldaten erst geleugnet, dann zugegeben – wirft die Prinzipien der *Charta von Paris* vollends über den Haufen. Hieß es dort noch überschwänglich: „Europa befreit sich von seiner Vergangenheit“, so wird es nun umgekehrt von seiner Geschichte eingeholt. Was lange undenkbar schien, ist plötzlich real: In Europa tobt ein Krieg, der UN-Angaben zufolge bereits um die 13.000 Todesopfer gefordert hat. Internationale Vermittlungsbemühungen beschwören zwar nach dem in Minsk von Frankreich, Deutschland und Weißrussland zwischen Russland und der Ukraine vereinbarten Abkommen dessen Umsetzung, doch die beiden Antagonisten interpretieren es ganz und gar entgegengesetzt. Die OSZE-Mission wird regelmäßig behindert, kurz: von einem Friedensprozess kann bislang nicht die Rede sein.

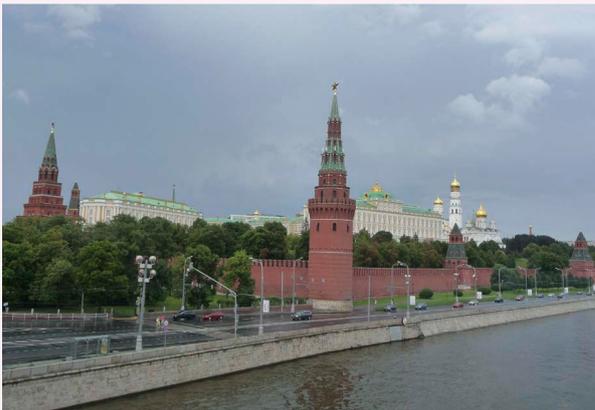
Krim und Kosovo: zwei paar Stiefel

Schon am Ende des letzten Jahrhunderts kehrten im zerfallenden Jugoslawien Völkermord und Massenvertreibungen wieder. Doch gelang es den maßgeblichen Staaten des Westens, nachdem sie lange mit militärischem Eingreifen zögerten, den Furor nationalistischer Gewalt wieder zu bändigen. Es war fraglos mehr als ein Schönheitsfehler, dass die NATO ihren Kosovo-Krieg ohne UN-Mandat führte. Den Finger in die Wunde dieser Selbstermächtigung zu legen, macht indes die Behauptung nicht wahrer, Russlands Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim sei nichts anderes. So verbreitet diese Gleichsetzung ist, so falsch ist sie. Sie ignoriert gewichtige Unterschiede: Ohne den Völkermord in Bosnien wäre das Eingreifen der NATO kaum erfolgt. „Während die Krise im Kosovo eskalierte, war uns das Beispiel Bosniens stets gegenwärtig“, konstatiert der damalige UN-Generalsekretär *Kofi Annan* in seiner Autobiografie lapidar (Annan 2013, S. 114). Am Tag des Waffenstillstandes übernahm die UNO die Verantwortung für das Kosovo, zu der vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Friedenstruppe gehörten anfangs auch 3.500 russische Soldaten. Zudem sind seither die „ethnischen Säuberungen“ auf dem Balkan gestoppt, was gemessen an den Massenvertreibungen nicht wenig ist. Schließlich rang die UNO Jahre lang um eine einvernehmliche Lösung der Statusfrage und erst, als sich all ihre Bemühungen als aussichtslos erwiesen, entschied sich der Generalsekretär für eine international „überwachte Unabhängigkeit“. Nichts dergleichen im Fall der Krim. Die Gleichsetzung verwischt die Differenzen und dient dem propagandistischen Zweck, die mit Hilfe russischer Soldaten erfolgte Annexion der Krim zu bemänteln.

Der Krieg in Syrien und Russlands Großmachtanspruch

Nachdem US-Präsident *Barack Obama* trotz angebotener „roter Linien“ davor zurückschreckte, dem Krieg in Syrien, ein Krieg des Regimes gegen die Bevölkerung und zugleich ein ethnisch-religiöser Bürgerkrieg, ein Ende zu bereiten, nutzte Russland das und griff 2015 in das Kriegsgeschehen ein. Es verfolgte damit mehrere Ziele. Zum einen wollte es das *Assad-Regime*, das kurz vor einer Niederlage stand, stützen und stabilisieren – und damit einen in seinen Augen vom Westen einmal mehr betriebenen *regime change* unterbinden. Russland stieß in das von den USA seit dem „pivot“ Richtung Asien im Mittleren Osten geschaffene Machtvakuum, um sich dort als unentbehrliche Gegen- und Ordnungsmacht zu etablieren. →

Schließlich ging es dem Kreml auch darum, vom eigenen, im Jahr zuvor in der Ostukraine angezettelten Krieg abzulenken, die westlichen Staaten gar dazu zu bringen, als Preis für Kooperation gegen islamistischen Terrorismus die Wirtschaftssanktionen aufzuheben und die Annexion der Krim zu akzeptieren. Mit diesem Ziel ist *Wladimir Putin* bislang gescheitert. Vielmehr wuchs im Westen die Empörung, dass Russland die Kriegsverbrechen des *Assad-Regimes* – Städtebombardierungen, Fassbomben, Einsatz verbotener Chemiewaffen u. a. – billigt und leugnet. So hat die Militärintervention bewirkt, dass die westlichen Staaten die Sanktionen verschärft und ihre Beziehungen zu Russland weiter verschlechtert haben. Und trotz massiver Propaganda, die das Eingreifen in Syrien zum neuen *Großen Vaterländischen Krieg* zu stilisieren sucht, scheint die Zustimmung der Bevölkerung für den Krieg gering.



Blick auf den Kreml in Moskau Foto: AdB

Russlands Politik in Syrien fügt sich ein in seine Präntention, eine Großmacht auf Augenhöhe mit den USA zu sein. Das alte Motiv aus der russischen Ideologie, andere wollten Russland einkreisen und klein halten, mischt sich mit der Aversion des Kremls gegen die „bunten Revolutionen“, die einzig und allein als das Werk der USA perzipiert werden, mittels *regime change* bestehende legitime Regierungen umzustürzen, was in Wirklichkeit nur dem Ausbau der eigenen Macht diene. So wurde bezeichnenderweise im Januar 2012 der syrische Präsident *Baschar al-Assad* vom russischen Schriftstellerverband und orthodox-christlichen Vereinen für seinen „Widerstand gegen die westliche Expansion“ ausgezeichnet. Der Anspruch, eine gleiche Großmacht zu sein, krankt an derselben Asymmetrie, die schon die Breschnew-Ära kennzeichnete: Da Russlands Wirtschaft insgesamt weit hinter westlichen Staaten hinterherhinkt, kann es den Anspruch, eine gleichberechtig-

te und als Widersacher der USA agierende Großmacht zu sein, nur mit anderen Mitteln geltend machen – mit militärischen.

Russlands Politik in Syrien fügt sich ein in seine Präntention, eine Großmacht auf Augenhöhe mit den USA zu sein.

Russland setzt innenpolitisch auf Nationalismus und Autoritarismus, hält das „nahe Ausland“ für seine Einfluss-sphäre, fällt mit der Annexion der Krim hinter die KSZE-Schlussakte von 1975 zurück und führt einen camouflierten Krieg im Osten der Ukraine und seit 2015 einen unverbrämten in Syrien. Mangels ökonomischer Kapazitäten recurriert es auf Drohungen und Militärgewalt. Und der Kreml greift mit Hilfe von Fernsehen, Internet und *social media* in die Innenpolitik westlicher Länder ein, um Misstrauen zu schüren, Verschwörungstheorien und Hassreden populistischer Agitatoren zu stärken. Russland besitzt eine beachtliche Chaosmacht, doch einen konstruktiven Beitrag zur Weltordnung sucht man vergebens.

Bisher wissen die westlichen Staaten nicht, wie sie dem begegnen wollen. Zu beobachten ist eine Zickzackpolitik: Kritik am repressiven Autoritarismus, Wirtschaftssanktionen gegen die Annexion der Krim, Abscheu gegen die Kriege in der Ostukraine und in Syrien, dann wieder beschwörende Appelle zumal hiezulande, Russland gehöre doch zu Europa, man müsse seine Sicherheitsbedürfnisse verstehen, bis hin zu Phantastereien einer großen Allianz mit Russland gegen die USA, die Kritik an *Donald Trump* mit gewöhnlichem Antiamerikanismus vermengen. Eine längerfristige, durchdachte Strategie jedenfalls ist nicht erkennbar.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zum Autor



Bruno Schoch studierte Philosophie und Geschichte in Basel und Frankfurt am Main, 1978–2012 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), 1995–2017 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens.

schoch@hsfk.de

Literatur

- Annan, Kofi (mit Nader Mousavizadeh) (2013):** Ein Leben in Krieg und Frieden. München: DVA Verlag
- Dzutsati, Valery / Souleimanov, Emil Aslan (2018):** Schrecken ohne Ende. Russland im Syrienkrieg. In: Osteuropa 10–12/2018, S. 381–391
- Fischer, Sabine (2019):** Der Donbas-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess. SWP-Studie 3/2019. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik; www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S03_fhs.pdf (Zugriff: 29.08.2019)
- Friedensgutachten 2019:** Vorwärts in die Vergangenheit? Frieden braucht Partner; www.friedensgutachten.de (Zugriff: 29.08.2019)
- Heinemann-Grüder, Andreas (2018):** Das Ende der Illusionen: Wie weiter mit Russland und der Türkei? In: Osteuropa 10–12/2018, S. 261–270
- Schmidt, Friedrich (2019):** Beute auf Gleis 1. In: FAZ vom 09.03.2019, S. 3
- Schoch, Bruno (2015):** Russische Märchenstunde in Deutschland: Von der Schuld des Westens und Putins Kampf gegen den Faschismus. In: Raabe, Katharina / Sapper, Manfred (Hrsg.): Testfall Ukraine. Europa und seine Werte. Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 233–246
- Schoch, Bruno (2017):** Populisten in Europa und autoritäre Internationale gegen die Demokratie. In: Friedensgutachten 2017, S. 109–123

Spanger, Hans-Joachim (2014): Unheilige Allianz. Putin und die Werte. In: Osteuropa 1/2014, S. 43–62

Suslov, Dimitri (2018): Jetzt gestalten mal wir die Welt. In: Die Zeit vom 01.02.2018, S. 8

„Nicht wenige machen allein Russland für die derzeitige Welt(un)ordnung verantwortlich. Doch tatsächlich ist auch der Westen an der gegenwärtigen Lage nicht unschuldig. Bis weit in die 2000er Jahre hinein hat sich Russland um gute Beziehungen sowohl zur EU als auch zu den USA bemüht. Umgekehrt nahmen die USA aber auch die EU zu wenig Rücksicht auf russische Sicherheitsinteressen. Die Debatte um eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens hat in Russland ebenso für Misstrauen gesorgt wie das amerikanische Raketenabwehrsystem in Osteuropa. Das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ohne Einbeziehung Russlands zu verhandeln, war politisch kurzsichtig. Als in Kiew dann auch noch ausnahmslos NATO-Befürworter an die Regierung kamen, war von dem Ende der

80er Jahre des vorigen Jahrhunderts aufgebauten Vertrauen zwischen Russland und „dem Westen“ nichts mehr übrig. Seither zeigt Russland, dass sich internationale Probleme und Krisen nicht ohne es und schon gar nicht gegen es lösen lassen. Auf russischer Seite besteht aber nach wie vor Interesse an Entspannungspolitik, allerdings auf Augenhöhe und unter Berücksichtigung eigener Sicherheitsinteressen.“



Gabriele Krone-Schmalz, langjährige Moskauer Korrespondentin und Moderatorin der ARD

China als eine neue Großmacht

Aufstieg und Dilemma

Mit rasantem wirtschaftlichen Aufstieg und wachsendem Einfluss in der Weltpolitik ist China auf seinem Weg zur neuen Großmacht vorangeschritten. Während der Aufstieg Chinas das globale Machtgefüge dramatisch verändert, wird China immer mehr als ein ordnungspolitischer und systemischer Herausforderer und Konkurrent für den Westen angesehen. Tatsächlich ist der Weg zur Großmacht stark von der internationalen Ordnung, der außenpolitischen Strategie und der innenpolitischen Stabilität Chinas abhängig. Die Frage bleibt weiterhin offen, ob China zur neuen Großmacht wird. Der Aufstiegsweg Chinas wird auch in Zukunft mit einer Vielzahl an Aufstiegsdilemmata gepflastert sein. von Ying Huang

Kriterien einer Großmacht

Im wissenschaftlichen Diskurs finden sich zahlreiche Definitionen für den Begriff „Großmacht“. Der Vertreter des Neorealismus *Kenneth Waltz* stützt sich auf sechs Kriterien: „size of population and territory, resource endowment, economic capability, military strength, political stability and competence“ (Waltz 1993). Die einzelnen Kriterien lassen noch keine Aussagen zu, ob ein Staat eine Großmacht darstellt oder nicht. Außerdem zeigen sich Lücken, wenn man alle sechs Kriterien systemisch betrachtet. Die „competence“ eines Staates wird neben der militärischen und wirtschaftlichen Stärke als eigenes Merkmal gesehen. Dabei wird gerade diese maßgeblich von der wirtschaftlichen und militärischen Stärke eines Landes beeinflusst. Ebenso hängt die Ressourcenausstattung von der geographischen Lage eines Staates ab und bildet folglich eher einen Unterpunkt der „territory“. Ferner hängt die politische Stabilität eines Landes von dessen geographischer und wirtschaftlicher Lage sowie von seinen Ressourcen ab. Sieht man folglich die Ressourcenausstattung eines Landes als Beiwerk des Gebietes und die politische Stabilität als ergänzende Summe der einzelnen Faktoren an, lassen sich vier Kernfaktoren aus der Waltz'schen Theorie ableiten:

Militärische Stärke, Wirtschaftskraft, Bevölkerungsanzahl und geographische Lage.



Abbildung: Eigene Darstellung

Militärische und wirtschaftliche Stärke – zusammen auch als Hard Power bezeichnet – stehen der Soft Power eines Staates gegenüber. Das von *Joseph Nye* (1990) geprägte Konzept der Soft Power bezeichnet die Fähigkeit eines Staates, andere Staaten aufgrund seiner politischen und kulturellen Attraktivität von den eigenen au-

ußenpolitischen Zielen zu überzeugen. Sowohl Hard Power als auch Soft Power stehen somit in enger Verbindung zum außenpolitischen Einfluss, der wiederum von den Machtressourcen und der Art der Ausübung abhängt. Zusammenfassend muss eine Großmacht also mindestens sechs Kriterien erfüllen: Bevölkerungszahl, geopolitische Lage, Wirtschaftskraft, militärische Stärke, außenpolitischer Einfluss und kulturelle Attraktivität. Die Frage, ob und inwiefern China die sechs Kriterien einer Großmacht erfüllt, erfordert somit eine differenzierte Betrachtung und eine intensive Auseinandersetzung.

Bevölkerungszahl und geopolitische Lage

Obwohl die Land- und Wasserfläche sowie die Bevölkerungszahl nicht die wichtigsten Kriterien für die Einordnung als Großmacht sind, stellen sie unentbehrliche Voraussetzungen dar. Die Gesamtfläche Chinas liegt bei rund 9,6 Millionen km². Damit ist China das viertgrößte Land der Erde. Mit rund 1,404 Milliarden Einwohner (Stand Mai 2019) zählt China zu den bevölkerungsreichsten Ländern der Welt, was maßgeblich zu dem gewaltigen Binnenmarkt und der großen Wirtschaftsleistung beiträgt. Zweifellos gilt China folglich mit Blick auf seine Fläche und seine Bevölkerungszahl als eine der Großmächte unserer Erde. Die zwei Indikatoren sind vergleichsweise relativ stabil.

Stabiles Wirtschaftswachstum als Motor der Weltwirtschaft

Die wichtigste Machtressource Chinas ist die Wirtschaftskraft. Sie bildet eine wichtige Grundlage für die soziale und politische Stabilität des Landes, das wachsende politische Gewicht, die erhöhten Militärausgaben und den verstärkten außenpolitischen Einfluss. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 13.407 Milliarden US-Dollar war China 2018 die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt nach den USA (20.494 Milliarden) (vgl. Statista 2019b). Zugleich legt China vermehrt den Fokus auf Innovation, Modernisierung und Digitalisierung, um ein nachhaltiges und qualitatives Wirtschaftswachstum zu erreichen. In den letzten Jahren war China im E-Commerce, bei Hochgeschwindigkeitszügen und der Telekommunikationstechnologie führend.

Durch den Vergleich des wirtschaftlichen Gewichts Chinas mit dem der USA ist merklich zu sehen, dass China eine zunehmende Rolle in der Weltwirtschaft spielt. Während der Anteil Chinas am kaufkraftbereinigten globalen BIP von 2008 bis 2018 jährlich gestiegen ist, ist der Anteil der USA hingegen stetig gesunken.

Es bleibt jedoch unwahrscheinlich, dass China die USA als größte Wirtschaftsmacht ablösen kann. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte nimmt langsam ab, weshalb China auf langfristiges Wachstum setzen muss. Zurzeit leidet China stärker als die USA unter dem Handelskrieg und die Gewinne chinesischer Firmen fallen schlechter aus. Dabei gilt der Handelskrieg als ein Instrument der US-Außenpolitik, um den weiteren Aufstieg Chinas zu verhindern, selbst auf Kosten der eigenen Interessen und der Stabilität der Weltwirtschaft. Obwohl die *Huawei*-Sanktionen kurzfristig eine Bedrohung für die Arbeitsplätze von US-Kommunikationsunternehmen wie *Flex*, *Broadcom*, *Qualcomm* etc. darstellen, können die USA langfristig durch die führende Rolle in Technologien wie 5G und die damit einhergehende technische Wettbewerbsfähigkeit viel mehr Arbeitsplätze schaffen. Der Weg Chinas zu „technologischer Souveränität“ wird somit durch große Herausforderungen erschwert.

Anteil am BIP (in Prozent)	2009	2012	2015	2018
China	13,20 %	15,26 %	17,07 %	18,69 %
USA	17,21 %	16,21 %	15,74 %	15,16 %

Das wirtschaftliche Gewicht Chinas und der USA in der Welt

Tabelle: Eigene Zusammenfassung basierend auf Daten von Statista (vgl. Statista 2019a und c)

Die 2013 von *Xi Jinping* initiierte Seidenstraßeninitiative zielt darauf ab, die inneren Überkapazitäten abzubauen, langfristige Versorgungssicherheit zu gewähren und die Wirtschaft abzusichern. Gemeinsam mit dem strategischen Plan „Made in China 2025“ vom Mai 2015 will China die Digitalisierung in der Fertigung und Innovationskapazität steigern, Kerntechnologien in den Schlüsselindustrien vortreiben sowie endlich als führendes Industrieland an der Weltspitze stehen.

Sowohl die Seidenstraßeninitiative als auch „Made in China 2025“ können die Interessenlage in Asien und Europa gewaltig bewegen und basieren auf einer intensiven internationalen Zusammenarbeit. Der von China versprochene Nutzen aller Beteiligten wird nicht selten von seinen Partnern als überproportionaler einseitiger Gewinn Chinas wahrgenommen.

Begrenzte militärische Stärke

Laut dem *Global Firepower Index* (vgl. Global Firepower 2019) steht China 2019 mit einem militärischen →

Gesamtpersonal von rund 2,69 Millionen auf Platz 3 der mächtigsten Armeen nach den USA und Russland. Obwohl das Wirtschaftswachstum Chinas seit 2010 sinkt und seine Staatsschulden steigen, steigen seine Verteidigungsausgaben stetig und erhöhten sich 2018 um 8,1 %. Zugleich engagiert sich China als drittgrößter Beitragszahler für das reguläre Budget bei den UN-Friedensmissionen. Dabei sind rund 30.000 Soldaten seit 1990 zu 24 UN-Friedensmissionen entsandt worden und 8.000 Chinesen weltweit im Einsatz.

Obwohl China die Verfolgung einer friedfertigen und defensiven Außen- und Verteidigungspolitik verspricht, sehen die USA und die Nachbarstaaten Chinas wie Japan und Indien die chinesische Modernisierung von Waffen und Ausrüstung als ein Zeichen für seine weltpolitischen strategischen Ambitionen an.

China ist außerhalb der UN-Friedensmissionen global nicht militärisch aktiv. Dies ist auf den Anspruch Chinas zurückzuführen. Zum ersten geht es darum, ob China militärisch global aktiv sein will, was hauptsächlich im Zusammenhang mit der chinesischen Kultur und Geschichte steht. Laut *Xi Jinping* dienen das verstärkte militärische Training und Erhöhung der Rüstungsausgaben dem „Schutz der Souveränität, Sicherheit und territorialen Integrität“ Chinas. In den regionalen Krisen bevorzugt China eine friedliche und außenpolitische Lösung. Durch das Engagement bei den friedensstiftenden Maßnahmen der UN will China sich eher als verlässlicher Partner und verantwortungsbewusster Teilhaber in multinationalen Organisationen präsentieren. Die zweite Frage ist, ob China einer globalen militärischen Anwesenheit gerecht werden kann. Insbesondere nachdem die USA sich unter *Donald Trump* angesichts der hohen Kosten dagegen entschieden haben, will auch China nach einer rationalen Kosten-Nutzen-Rechnung keine globale militärische Präsenz. Folglich ist China weder in der Lage noch bereit, die Rolle der USA als Weltpolizei zu übernehmen.

Das chinesische Streben nach Aufrüstung und die Entwicklung neuer Militärgüter kann Ängste bei anderen Staaten schüren und das Sicherheitsdilemma vor allem im Asien-Pazifik-Raum herbeiführen. Obwohl China die Verfolgung einer friedfertigen und defensiven Außen- und Verteidigungspolitik verspricht, sehen die USA und die Nachbarstaaten Chinas wie Japan und Indien die chinesische Modernisierung von Waffen und Ausrüstung als ein Zeichen für seine weltpolitischen strategischen Ambitionen an. Die USA sehen ihre traditionelle Position als Führungsmacht langfristig vor allem durch die militärische Aufholjagd Chinas gefährdet. Gegenseitige militärische Abschreckung können regionale Konflikte zwischen mehreren Großmächten nicht immer verhindern.

Zunehmender Einfluss in der Weltpolitik

Das wachsende Gewicht in der Weltwirtschaft, der Status als Nuklearmacht, der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat sowie das Engagement in regionalen und multilateralen Organisationen ermöglichen es China, effektiv die eigenen strategischen Ziele und Interessen zu verfolgen, in denen eine konstruktive Rolle bei der Beantwortung globaler Fragen gefordert ist. Dabei hebt der chinesische Einsatz für die Reform und Schaffung internationaler Institutionen, die Übernahme der internationalen Verantwortung (Klimawandel und UN-Friedensmissionen) sowie die transkontinentale Seidenstraßeninitiative hervor, dass China bereit ist, seine traditionelle außenpolitische Zurückhaltung zunehmend abzulegen.

Die Regierung unter *Xi Jinping* tabuisiert den „chinesischen Traum“ zur Weltmacht nicht. China will die dominierende sicherheitspolitische Rolle der USA nicht mehr akzeptieren und stellt sich zunehmend selbstbewusst auf Augenhöhe mit ihnen. Chinesische Parallelstrukturen wie die *Asiatische Infrastrukturinvestmentbank* (AIIB) und die *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SCO) dienen dazu, den chinesischen außenpolitischen Einfluss in der Welt auszudehnen. Aber die daraus resultierende Relativierung der existierenden Strukturen führt zur direkten strategischen Rivalität zwischen den USA und China. Die Territorialstreitigkeiten mit den Nachbarstaaten (Japan, Indien, Philippinen etc.) vor allem im Südchinesischen Meer belasten nicht nur die militärisch-strategischen Interessenkonflikte in der asiatisch-pazifischen Region zwischen den USA und China, sondern auch die Beziehungen Chinas mit einigen Nachbarstaaten, welche Chinas weiterem Aufstieg und bewusstem Einsatz von Soft Power kritisch gegenüberstehen.

China profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der offenen, freien und auf Kooperation angelegten Weltordnung. Somit will es die jetzige internationale Ordnung nicht umstürzen, sondern weiterentwickeln, um seine globalen Interessen besser durchzusetzen. Mithilfe der neuen Seidenstraße setzt China sich dafür ein, die Regeln der internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung aktiv mitzugestalten. Wenn ein Staat die internationale Ordnung mitgestalten will, muss er dazu beitragen können, die globalen Probleme und Konflikte zu lösen. Von China wird die Fähigkeit zu internationaler Governance gefordert. Allerdings lässt sich außenpolitische Ambition nicht mit außenpolitischem Einfluss gleichsetzen.



Die politische Stabilität eines Landes hängt stark von dessen geographischer und wirtschaftlicher Lage sowie von seinen Ressourcen ab. Foto: AdB

Begrenzte kulturelle Anziehungskraft

Im Vergleich zur wirtschaftlichen und militärischen Stärke (Hard Power) ist die Soft Power Chinas nicht gleich stark ausgeprägt. Die größte Ressource der Soft Power, über die China verfügt, ist die chinesische Kultur inklusive der Sprache, der Kunst, dem Sport und dem Tourismus. Mit der zunehmenden Bedeutung der Soft Power, bemüht sich die chinesische Regierung stark um die Verbesserung des chinesischen Gesamtbilds in der Welt. Außerdem führen die technische Entwicklung und Innovation auch zur wachsenden Attraktivität Chinas. Laut dem „Soft Power 30 Index“ stand China jedoch 2018 auf Platz 27, was stark mit der Menschenrechtslage, dem Mangel an bürgerlichen Freiheiten und Rechtstaatlichkeit, der Umweltverschmutzung, sozialer Ungleichheit Chinas etc. zusammenhängt. Somit ist die kulturelle Anziehungskraft Chinas sehr unausgeglichen.

Fazit: Das Aufstiegsdilemma Chinas

Obwohl China auf dem Weg zur Großmacht ist, sind seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und militärische Stärke sowie seine kulturelle Anziehungskraft immer noch weit von denen der USA entfernt. Die Behauptung, dass China die USA als führende Weltmacht ersetzen will, scheint unrealistisch. Die führende Rolle Chinas in manchen Branchen bedeutet nicht, dass seine gesamte Wettbewerbsfähigkeit als Großmacht auf dem gleichen Niveau mit den Industrieländern steht. Zudem können die innenpolitische Instabilität und die mit dem Wachstum einhergehende Umweltverschmutzung dem weitergehenden Aufstieg Chinas im Weg stehen. Nicht zuletzt kann ein offensiver oder sogar aggressiver Außenpolitikstil eines Staates die regionale und internationale außenpolitische Atmosphäre verschlechtern. Wenn China zu mächtig wird, wird es den Eindämmungs- und Gleichgewichtsstrategien anderer Mächte ausgesetzt sein. Aufgrund der Wertekonflikte wird der Aufstieg Chinas somit vom Westen als ordnungspolitische und systemische Herausforderung wahrgenommen.

Die größte Ressource der Soft Power, über die China verfügt, ist die chinesische Kultur inklusive der Sprache, der Kunst, dem Sport und dem Tourismus.

Die chinesische außenpolitische Ambition und wissenschaftlich-technische Entwicklung, wie die neue Seidenstraßeninitiative, der kompromisslose Standpunkt im Südchinesischen Meer und die Landung auf der Rückseite des Mondes, verstärken die Besorgnis der USA. Die strategische Rivalität zwischen China und den USA hat sich mit dem Einzug des US-Präsidenten *Donald Trump* verschärft. Vor diesem Hintergrund verknüpfen einige Experten die bilateralen Beziehungen zweier Großmächte mit der „Thukydides-Falle“, wobei ihre geteilten wirtschaftlichen und politischen Interessen sowie gegenseitige militärische Abschreckung den Krieg verhindern könnten. Jedoch ist bereits ein Handels- und Technikkrieg zwischen den beiden ausgebrochen, der fortlaufend eskaliert. Der militärische Krieg würde unerlässlich den Aufstieg Chinas aber auch den Frieden und die Entwicklung der Welt in Frage stellen.

Weil China stark von der Globalisierung und der offenen, freien und auf Kooperation angelegten Weltord- →

nung profitiert, ist China besonders abhängig davon und verwundbar sowie anfällig für die Folgen von Störungen in diesem System. Deshalb muss China fähig sein, die Bewahrung und Fortentwicklung dieser Ordnung für die Gestaltung des internationalen Wandels zu gewährleisten, beziehungsweise sich bei den globalen Problemen wie dem Klimawandel und politischen und wirtschaftlichen Krisen mit dem Kernprinzip des Multilateralismus einzusetzen.

Der aggressive Außenpolitikstil führt wahrscheinlich zur Belastung des Images Chinas in der Welt und zum Verlust der globalen Partner. Wenn China seine globalen Interessen besser durchsetzen will, muss China seine internationale Einstellung von einer „Win-Win“-Situation (jeder gewinnt) zu einer „Average-Win“-Situation (die Vermehrung des relativen Gewinns seines Kooperationspartners) entwickeln. Mit anderen Worten muss China für seine Partner sicherstellen, von der Zusammenarbeit durch transparente wettbewerbsgerechte Ausschreibungen und besserer Risikoabwägung z. B. bei der Seidenstraßeninitiative zu profitieren. Während die chinesische Regierung ihre systematische und gesellschaftliche Reform mit seinem wirtschaftlichen Wachstum Chinas koordinieren muss, muss sie ihre nationalen Interessen mit den Interessen der Nachbarländer und Partner in Einklang bringen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zur Autorin



Dr. Ying Huang arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Global Studies (CGS) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
yhuang@uni-bonn.de

Literatur

Bartsch, Bernhard (2016): Das Ende der Panda-Politik. Asia Policy Brief vom 27.07.2016. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

GlobalFirepower (GFP) (2019): 2019 Military Strength Ranking; www.globalfirepower.com/countries-listing.asp (Zugriff: 06.05.2019)

Gu, Xuewu (2016): Chinas Aufstieg zur Großmacht und seine Herausforderungen für den Westen. In: Bindenage, James / Herdegen, Matthias / Kaiser, Karl (Hrsg.): Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert. Bonn: V&R Academic, S. 57–66

Kreft, Heinrich (2010): Chinas Aufstieg – eine Herausforderung für den „Westen“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2010, S. 35–40

Nye, Joseph S. (1990): Soft Power. In: Foreign Policy, No. 80, Twentieth Anniversary (Autumn 1990), pp. 153-171

Schmidt, Dirk (2018): Außen- und Sicherheitspolitik. In: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb (Hrsg.): Volksrepublik China. Informationen zur politischen Bildung 2/2018, S. 32–41

Staack, Michael / Groten, David (Hrsg.) (2018): China und Indien im regionalen und globalen Umfeld. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich

Statista (Hrsg.) (2019a): China: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2008 bis 2018; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167632/umfrage/anteil-chinas-am-globalen-bruttoinlandsprodukt-bip> (Zugriff: 12.05.2019)

Statista (Hrsg.) (2019b): Größte Volkswirtschaften: Länder mit dem größten BIP im Jahr 2018 (in Milliarden US-Dollar); <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt> (Zugriff: 16.05.2019)

Statista (Hrsg.) (2019c): USA: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2008 bis 2018; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166810/umfrage/anteil-der-usa-am-globalen-bruttoinlandsprodukt-bip> (Zugriff: 12.05.2019)

Waltz, Kenneth (1993): The Emerging Structure of International Politics. In: International Security, Vol. 18, No. 2., p. 50

Die Rolle Afrikas in der globalen Weltordnung

Aushandlungen zwischen afrikanischen Ordnungsentwürfen und externen Globalisierungsprojekten

Die Rolle des afrikanischen Kontinents in den gegenwärtigen Globalisierungsprozessen ist mehr als komplex – zwischen alten und neuen Abhängigkeiten, zwischen externen Globalisierungsprojekten und eigenen afrikanischen Ordnungsentwürfen. Anders als unmittelbar nach der Unabhängigkeit in den 1960er Jahren oder der Wirtschaftskrise der 1970/1980er Jahre, als der Kontinent kaum eine Rolle in Globalisierungsprozessen zu spielen schien, ist die Phase seit dem Anbruch des neuen Millenniums durch neue Konkurrenzen in Afrika (Stichwort: *second scramble for Africa*), aber eben auch durch deutlich vernehmbare eigene Ordnungsentwürfe geprägt. von Ulf Engel

Globale Vergangenheit und post-koloniale Abhängigkeiten

Seit der Herausbildung einer kaum mehr hintergehbaren globalen Verflechtung zwischen den Jahren 1840 und 1880, von Globalhistorikern als die *global condition* bezeichnet, ist der afrikanische Kontinent als Objekt zu einem festen Bestandteil verschiedener globaler Ordnungen gemacht worden – sei es als Ziel europäischer Missionsprojekte; sei es als Zentrum eines ausgedehnten Sklavenhandels, der im Westen den Transatlantik und nach Osten den Indischen Ozean umspannte; sei es als Feld der Konkurrenz diverser europäischer Rohstoffunternehmen; sei es, nur wenig später, als Gegenstand eines Wettlaufs europäischer Mächte um Einflusszonen und Siedlungsgebiete; oder aber als ein Kontinent, der rassistischen und eurozentristischen Wissensordnungen unterworfen werden sollte. Übersehen werden dabei häufig die vielfältigen Verflechtungen, die vom Kontinent selbst aktiv ausgegangen sind – etwa in den Bereichen Handel, Wissensproduktion oder Religion (vgl. z. B. Iliffe 2017).

Historisch haben sich hieran zwei relativ stabile Phasen tatsächlich globaler Ordnungsmuster angeschlossen: der europäische Kolonialismus, der auf dem Kontinent unter-

schiedlich lange währte (meist bis 1960, im südlichen Afrika bis in die 1980er Jahre), und der Kalte Krieg, dessen Höhepunkt im südlichen Afrika gegen Mitte der 1980er Jahre überschritten wurde. Afrikas Rolle in diesen beiden Weltordnungen wurde in Begriffen wie „Abhängigkeit“ und „Ausbeutung“ beschrieben. Insgesamt wurde afrikanischen Akteuren trotz deren wichtiger Rolle etwa in der Bewegung der Blockfreiheit (ab 1961), beim Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid oder dem (gescheiterten) Versuch, in den 1970er Jahren eine „neue Weltwirtschaftsordnung“ zu begründen (vgl. Harshé 2019), in der wissenschaftlichen Diskussion des Nordens kaum Bedeutung als eigenständige Akteure zugeschrieben.

Afrika nach dem Ende des Kalten Krieges

Das Ende des Kalten Krieges markiert eine historische Zäsur in Afrika: Seither hat sich keine stabile globale Ordnung ausgeprägt, vielmehr konkurrieren diverse Ordnungsprojekte verschiedener Akteure – und in zunehmendem Maße versuchen staatliche wie nichtstaatliche Akteure aus Afrika dem ihre eigenen Antworten entgegenzustellen. Zunächst hatte es in den 1990er Jahren den Anschein, als würde Afrika über Demokratisierungsprojekte, aber →

auch UN-Interventionen in zahlreichen gewaltsamen Konflikten in eine von westlichen Beobachtern gerne als „liberale Weltordnung“ imaginiertes System eingebunden werden, das wesentlich durch die alleinige Führungsmacht der Vereinigten Staaten orchestriert und durch „westliche“ Werte dominiert würde. Das Scheitern von UN-Friedensmissionen, der anschließende Rückzug des Westens aus Afrika, aber auch die mühsamen politischen Transitionen auf dem Kontinent ließen diese Perspektive jäh zu einem Ende kommen (vgl. Keller/Rothchild 1996). In Reaktion auf diese Entwicklungen transformierten die Mitgliedsstaaten die 1963 gegründete Organisation der *Afrikanischen Einheit* (OAU) in den Jahren 1999–2002 in die *Afrikanische Union* (AU). Sie widmet sich seither einem ambitionierten Doppelprojekt: dem Aufbau einer afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA), die eng mit einer *Afrikanischen Governance Architektur* (AGA) verzahnt sein soll. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ambitionen des Kontinents wurden 2013 in der *Agenda 2063. The Africa We Want* formuliert (vgl. Karbo/Murithi 2018).

Zweifelfsohne ist Afrika weder der Zukunftskontinent, noch ein abgehängter Beobachter des globalen Geschehens am Seitenrand.

Neue globale Mächte und selbstbewusstere afrikanische Akteure

Mit dem Aufstieg Chinas als mittlerweile bedeutsamster externer Akteur in Afrika hat sich die Dynamik zwischen externen Ordnungsentwürfen und afrikanischen Globalisierungsprojekten rasant beschleunigt. Im Windschatten Chinas verfolgen eine ganze Reihe „neuer“ Akteure ihre Interessen auf dem Kontinent: Indien und Russland, mittlerweile auch Australien, Brasilien, die Türkei oder Saudi Arabien und andere Golfstaaten. Daneben pflegen auch die alten westlichen oder Kolonialmächte ihre Interessen in Afrika, neben den USA sind dies v. a. Frankreich, Großbritannien und Italien. Sie alle verfolgen rohstoffpolitische Interessen, einigen geht es um die langfristige Pacht großer Landflächen zum Anbau von Nahrungsmitteln für die Versorgung der eigenen Bevölkerung, teilweise bestehen starke sicherheitspolitische Interessen (etwa im sogenannten „Kampf gegen den Terror“), andere wollen die Migra-

tion aus Afrika nach Europa am besten schon an den Rändern des südlichen Mittelmeers zum Erliegen bringen (vgl. Cornelissen/Cheru/Shaw 2012). Sinnbild dieser Entwicklungen ist das Großprojekt einer „neuen Seidenstraße“, die auch das Horn von Afrika und Ostafrika in die Weltmachtambitionen Chinas einbaut und mittlerweile nicht nur in Afrika Gegenreaktionen auslöst.

Diesen Staaten bzw. denen von ihnen aus operierenden multinationalen Konzernen stehen auf der anderen Seite einige dominante afrikanische Akteure gegenüber: regionale Führungsmächte wie Ägypten, Algerien, Nigeria, Rwanda oder Südafrika, aber auch Regionalorganisationen wie die *Afrikanische Union* oder die *Wirtschaftsgemeinschaft des westlichen Afrika* (ECOWAS); ferner privatwirtschaftliche Konzerne, etwa im Bergbau- und Kommunikationssektor, oder etwa religiöse Gruppen. In der Forschung wird „Afrika“ bzw. afrikanischen Staaten mittlerweile *agency*, also souveräne Akteureigenschaft bescheinigt (vgl. Brown/Harman 2013). In einer kritischen Reflexion des westlich dominierten Forschungsstandes zur Rolle Afrika in Globalisierungsprozessen hat dies zur selbstbewussten Formulierung afrika-zentrierter theoretischer Ansätze geführt (vgl. Bischoff/Aning/Acharya 2016).

Transregionale Handlungsarenen globaler Verflechtung

Trotz aller Globalisierungsdynamiken ist Afrika ein widersprüchlicher, heterogener und nicht von einheitlichen Interessen geprägter Kontinent geblieben (vgl. Ferguson 2006). Seine Bevölkerung ist jung (41 % der Menschen sind unter 15 Jahre alt); es wird erwartet, dass sich die Bevölkerungszahl bis 2050 von 1,2 Mrd. (2016) auf 2,4 Mrd. Menschen verdoppelt. Dabei bleibt die Lebenserwartung mit 52 Jahren im internationalen Vergleich gering. In vielen Teilen des Kontinents sind die in den *Sustainable Development Goals* der *Vereinten Nationen* beschriebenen Entwicklungsherausforderungen sehr gegenwärtig: Armut, Unterernährung, hohe Kindersterblichkeit, kein ausreichender Zugang zu sauberem Wasser, niedriges Bildungsniveau, anhaltende Benachteiligung von Frauen, häufig fehlender Zugang zu Land und Produktionsmitteln usw. (vgl. United Nations 2019).

Dem gegenüber steht ein großer Reichtum an Bodenschätzen, der – mit Blick auf wirtschaftliche Wachstumsziffern – periodisch zu Narrativen wie „*Rising Africa*“ führt (The Economist 2011): Niger und Namibia produzieren 16 % des weltweit gehandelten Uran; Südafrika zeichnet für 46 % der globalen Chrom- und für 77 % aller Platin-

ausführen verantwortlich; 53 % der Weltproduktion von Kobalt und 21 % aller Industriediamanten kommen aus der Demokratischen Republik Kongo (DRC), Botswana steuert weitere 22 % zur weltweiten Diamantenproduktion bei usw. (alle Zahlen 2012). Hinzu kommen bedeutsame Anteile an der Weltproduktion von Bauxit, Eisenerzen, Gold, Kohle und Mangan. In Zukunft wird vor allem auf Gas- und Ölfunde vor den Küsten Afrikas gesetzt.



Peace and Security Department der Afrikanische Union (links PSD, rechts AU main building; Februar 2019) Foto: Ulf Engel

Vor diesem widersprüchlichen Hintergrund findet die Aushandlung zwischen externen Ordnungsentwürfen und afrikanischen Globalisierungsprojekten momentan besonders intensiv auf fünf Feldern statt, die allesamt transregional strukturiert sind (d. h. sie sind nicht notwendigerweise „global“, sie lassen sich vielmehr konkreten regionalen Akteuren und ihrer Kooperation an den Schnittstellen unterschiedlicher Globalisierungsprojekte zuordnen; vgl. Middell 2019). Die folgende Auswahl kann dabei weder abschließend noch vollständig sein.

Krise des Multilateralismus

Mit den Stichworten Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa und den USA, dem Abbau rechtsstaatlicher Ordnungen in Osteuropa und der Russländischen Föderation, wild entfachten Handels- und Währungskriegen sowie der aggressiven Geopolitik Chinas ist nur unzureichend wiedergegeben, wie stark die „liberale Weltordnung“ in den vergangenen Jahren nicht nur unter Druck geraten, sondern systematisch ausgehöhlt worden ist (vgl. Ikenberry 2018). In dieser Situation versucht die *Afrikanische Union* für ihre Mitgliedstaaten strategische Partnerschaften aufzubauen, die Berechenbarkeit und Souveränität versprechen. Dies gilt insbesondere für die Partnerschaften mit den *Vereinten Na-*

tionen einerseits und der *Europäischen Union* andererseits, die beide seit ca. 2007 systematisch entwickelt werden.

Konkurrenz von Währungsordnungen

Frankreich hat seine ehemaligen Kolonien bereits seit 1945 in eine gemeinsame Währungsunion eingebunden, den *Franc CFA*. Dies stand zunächst für die *Colonies Françaises d’Afrique*, später für die *Communautés Françaises d’Afrique* (mit je einer Variante für West- und einer für Zentralafrika, BCEAO bzw. BEAC). Der *Franc CFA* war an die Rechnungseinheit der EWG, den ECU, und später den Euro gebunden und versprach so Wechselkursstabilität – aber eben auch die Aufgabe von Gestaltungsmöglichkeit von Zentralbanken. Aktuell gibt es weit fortgeschrittene Bemühungen der ECOWAS, den *Franc CFA* 2020 in ihren 15 Mitgliedstaaten durch den *Eco* zu ersetzen (eine Entscheidung, die seit 2003 allerdings auch immer wieder einmal verschoben worden ist). Die Einführung einer eigenen Gemeinschaftswährung betreffe konkret acht Mitgliedsstaaten, die jetzt noch mit dem *Franc CFA* rechnen. Sie würde ihnen die Möglichkeit geben, in Währungsfragen Souveränität zu erlangen, also z. B. ohne Veto aus Paris Abwertungen vorzunehmen.

Balkanisierung des Handels

Bis vor einigen Jahren war Europa der wichtigste Handelspartner Afrikas. Mit den *Römischen Verträgen* wurden zunächst 18 Kolonien Frankreichs an die EWG assoziiert (1975–1993). Die Gewährung von präferenziellen Handelszugängen zum europäischen Markt wurde später unter dem *Yaoundé-Abkommen* (1963–1975) bzw. den *Lomé-Konventionen* (1976–1999) auf die Gruppe der Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) ausgeweitet. Da das nachfolgende *Cotonou-Abkommen* nicht mehr regelkonform mit dem *Welthandelsabkommen* war, entschied die EU sich, den Staaten Afrikas einzelne, regionale *Economic Partnership Agreements* (EPAs) anzubieten. Diese wurde nach der Jahrtausendwende verhandelt, sind aber noch nicht in allen Fällen zu einem Abschluss gelangt. Im Kern haben die Verhandlungen zu Verwerfungen in einigen der wirtschaftlichen *Regionalgemeinschaften Afrikas* (RECs) geführt, bis hin zum Aufbrechen und der Einführung sehr unterschiedlicher Mitgliedsrechte (etwa in der *Southern African Development Community*, SADC). Dies hat regionale Integrationsbemühungen in Afrika untergraben.

Friedens- und Sicherheitspartnerschaften

Angesichts zahlreicher gewaltsamer Konflikte auf dem Kontinent, vor allem regionaler Konfliktkomplexe (Saha-→

ra, Rotes Meer, Horn von Afrika, Große Seen), und eines nicht ausreichenden Finanzierungsvolumens durch Mitgliedsbeiträge zur AU und den RECs, ist die *Afrikanische Union* beim Aufbau der APSA massiv auf die Unterstützung von Partnern angewiesen. Während die *Vereinten Nationen* seit Dekaden die wichtigste Quelle für die Finanzierung von Friedensmissionen sind (aktuell etwa USD 6 Mrd. pro Jahr), ist der *African Peace Facility* (APF) der EU zur bedeutsamsten Finanzquelle für andere Maßnahmen geworden, vor allem die Förderung der *AU-Mission* in Somalia (AMISOM). Inter-Regionalismus hat sich so zu einem wichtigen Gestaltungsmerkmal in Globalisierungsprozessen entwickelt.

Kontrolle von Migration und Flüchtlingen

Klimawandel und gewaltsame Konflikte haben zur Vertreibung von Millionen Menschen in Afrika geführt, die überwiegende Zahl von ihnen sind Binnenflüchtlinge. Die meisten Flüchtlinge finden in ihrer Region Zuflucht (2017 waren dies 19 Mio. Menschen). Die Aussicht auf ökonomische Besserstellung führt aber auch dazu, dass Menschen aus Afrika nach Europa auswandern wollen. Grenzschiebungen und lebensgefährliche Passagen über das Mittelmeer haben eine besondere und widerwillige Form der Kooperation zwischen Afrika und Europa ausgelöst, die sich zwischen bilateralen Abkommen, der Verlagerung der EU-Außengrenze nach Afrika und halbherzigen Rückführungsaktionen bewegt. Die Wahl der Vernetzungs- und Abgrenzungsformate auf beiden Seiten verdeutlicht, wie schwierig es geworden ist, von klaren Zuordnungen wie „Globalisierung“, „Regionalisierung“ oder inter-regionalen Praktiken zu sprechen.

Ausblick

Zweifelsohne ist Afrika weder *der* Zukunftskontinent, noch ein abgehängter Beobachter des globalen Geschehens am Seitenrand (dies würde auch annehmen, dass es nur *die eine* Globalisierung mit *einem* regionalen Zentrum gäbe). Die Akteure des Kontinents sind vielfältig, staatlich wie nichtstaatlich, sie haben ihre je eigenen Interessen und finden sich deshalb in Koalitionen zusammen, die häufig über politische Regionen und deren Partnerschaften mit anderen Regionen funktionieren (d. h. das Prinzip des Inter-Regionalismus) – insbesondere in Zeiten, in denen es wenig Aussichten für einen regelbasierten Multilateralismus gibt, der als Rahmen und Arena für die Lösung globaler Herausforderungen erhalten könnte.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zum Autor



Dr. Ulf Engel ist Politikwissenschaftler und Historiker, ist Professor für „Politik in Afrika“ am Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig. Er ist Leiter der Graduate School des DFG-Sonderforschungsbereichs 1199 „Processes of Spatialization under the Global Condition“. Engel ist ferner Visiting Professor am Institute for Peace and Security Studies der Addis Ababa University (Äthiopien) und Professor Extraordinary im Department of Political Science der Stellenbosch University (Südafrika). Seit 2006 berät er das Peace and Security Department der Afrikanischen Union in Addis Abeba bei den Themen Konfliktprävention und Konfliktfrühwarnung.

uengel@uni-leipzig.de

Literatur

Bischoff, Paul-Henri / Aning, Kwesi / Archarya, Amtiva (Eds.) (2015): Africa in Global International Relations. Emerging approaches to theory and practice. London / New York: Routledge

Brown, William / Harman, Sophie (Eds.) (2013): African Agency in International Politics. London / New York: Routledge

Cornelissen, Scarlett / Cheru, Fantu / Shaw, Timothy M. (Eds.) (2012): Africa in International Relations in the 21st Century. Houndmills: Palgrave MacMillan

Ferguson, James (2006): Global Shadows. Africa in the Neoliberal World Order. Durham NC: Duke University Press

Harshé, Rajen (2019): Africa in World Affairs: Politics of Imperialism, the Cold War and Globalisation. London: Routledge

Ikenberry, G. John (2018): The end of liberal international order? In: International Affairs, vol. 94 (1), pp. 7–23

Iliffe, John (2017): Africans. The History of a Continent. 3rd ed., Cambridge: Cambridge University Press

Karbo, Tony / Murithi, Tim (Eds.) (2018): The African Union. Autocracy, Diplomacy and Peacebuilding in Africa. London: I.B. Tauris

Keller, Edmond J. / Rothchild, Donald (Eds.) (1996): Africa in the New International Order. Rethinking State Sovereignty and Regional Security. Boulder CO, London: Lynne Rienner

Middell, Matthias (Ed.) (2019): Routledge Handbook of Transregional Studies. London: Routledge

The Economist (2011): „The hopeful continent. Africa Rising“, 3 December 2011

United Nations (2019): Sustainable Development Goals. Knowledge Platform; <https://sustainabledevelopment.un.org/?menu=1300> (Zugriff: 06.08.2019)

Unübersichtlich und komplex

Welt(un)ordnung im Blick politischer Bildung

Globale Politik wird zunehmend als unübersichtlich wahrgenommen, bisherige Vorstellungen von Weltordnung, politischer Steuerung durch internationale Kooperation und starke internationale Organisationen scheinen obsolet. Wie können diese beunruhigenden Tendenzen in der politischen Bildung aufgegriffen werden? Das Bildungskonzept Global Citizenship Education versteht sich als politische Bildung für die Weltgesellschaft. Der Beitrag gibt Einblick in das Konzept und Anregungen für die Auseinandersetzung mit Fragen der „Welt(un)Ordnung“. von Heidi Grobbauer

Die Welt vor dem Zerfall, vor dem Kollaps, die Welt im Chaos oder aus den Fugen geraten – seit einiger Zeit werden weltpolitische Verhältnisse mit solch drastischen Bildern bezeichnet, um die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf tiefgreifende Veränderungen im System internationaler politischer Regelungen und Beziehungen zu lenken (vgl. Bunde 2018; Wyne 2018; Eis 2017). Die Folgen von Wirtschafts- und Finanzkrise, lokale Kriege mit Auswirkungen weit über ihre Region hinaus, neue geopolitische Rivalitäten, unberechenbare Staatsführer – Krisen und Risiken in der Weltpolitik nehmen zu, während die Möglichkeiten internationaler Kooperation und Konfliktlösung eher abnehmen. Die Krise des Multilateralismus – Rückzug einzelner Staaten aus internationalen Vereinbarungen, Missachtung internationaler Normen, Unvermögen gemeinsam auf neue politische Herausforderungen zu reagieren – wird als eines der Zeichen für den drohenden Zerfall der liberalen Weltordnung gesehen. Weitere Kernelemente sind die liberale Demokratie als politisches Leitmodell und die „wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen offener Volkswirtschaften“ (Bunde 2018, S. 4). Angesichts der globalen Krisenphänomene, die nur in internationaler Kooperation bearbeitbar sind, ist vor allem beunruhigend, dass die Idee

von internationaler Zusammenarbeit und gemeinsamer Krisenbewältigung selbst gefährdet scheint. „Die unbequeme Wahrheit ist, dass es wenig Rat für das Navigieren durch das derzeit unsichere Fahrwasser gibt.“ (Wyne 2018, S. 10)

Globale Unübersichtlichkeit – ein Thema für Bildung?

Ein Verständnis für globale Entwicklungen und Veränderungen durch Bildung zu fördern, ist im Zuge der zunehmenden Globalisierung und der ökologischen Gefährdungen zum Ziel von Bildungskonzepten geworden. Mit ihrer Empfehlung über „Bildung für internationale Verständigung, Zusammenarbeit und Frieden sowie Bildung bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ hat die UNESCO bereits 1974 eine wichtige Grundlage erarbeitet. Seit den 1970er Jahren traten verstärkt auch ökologische Fragen und die extreme Nutzung natürlicher Ressourcen auf die politische Agenda. 1987 legte die von der *UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung* eingesetzte *Brundtland-Kommission* den Bericht „Our common future“ vor, in dem erstmals das *Leitbild für nachhaltige Entwicklung* herausgearbeitet wurde. Der Bericht verfolgte zwei Intentionen: einerseits die Gestaltung von Weltwirt- →

schaft und Wohlstandsmodellen im Einklang mit den ökologischen Grenzen und andererseits die Beseitigung der weltweiten Armut und die Steigerung der Entwicklungschancen für die sogenannten Entwicklungsländer. Obwohl diese Forderungen auf der *UN-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung* in Rio de Janeiro 1992 politischen Konsens fanden, blieben erforderliche Veränderungen und die notwendige politische Steuerung auf nationaler und internationaler Ebene weit hinter den Erwartungen zurück. Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung sollte daher durch Bildungsmaßnahmen unterstützt werden und die UNESCO wurde mit der Umsetzung des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014) betraut.

Seit den 1990er Jahren hat sich auch das Bildungskonzept Globales Lernen entwickelt. Globales Lernen hat verschiedene Wurzeln, vor allem die entwicklungspolitische Bildung oder *Dritte Welt Pädagogik*, die seit den 70er Jahren den Fokus kontinuierlich weg von der Information über Probleme der sogenannten Dritten Welt hin zur Thematisierung gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd und zur Auseinandersetzung mit Globalisierungsprozessen lenkte. Globales Lernen wurde und wird demnach als ein Bildungskonzept verstanden, das „die doppelte Herausforderung der Globalisierung (bearbeitet), nämlich sowohl eine Orientierung für das eigene Leben zu finden als auch eine Vision für ein Leben in einer human gestalteten Weltgesellschaft zu entwickeln“ (Scheunpflug/Schröck 2002, S. 10). Globalisierungsprozesse und die Formierung einer Weltgesellschaft sind durch sehr komplexe Entwicklungen und Interdependenzen geprägt. Die damit verbundenen Herausforderungen werden theoretisch meist in vier Sinndimensionen beschrieben: Entgrenzung, Glokalisierung und Vernetzung jenseits nationalstaatlicher Grenzen (räumlich), Entzeitlichung und Beschleunigung des sozialen Wandels (zeitlich), Individualisierung und Pluralisierung menschlicher Lebenswelten und Orientierungen (sozial) sowie die Komplexität von Entwicklungen und Informationen und die steigende Kontingenz in der Legitimierbarkeit von Entscheidungen (sachlich) (vgl. Lang-Wojtasik 2019, S. 11).

Globales Lernen stellt vor allem die daraus folgenden Anforderungen für Bildung in den Mittelpunkt. Bildung ist demnach gefordert, Lernende für den Umgang mit den Herausforderungen einer globalisierten Welt zu befähigen und sie auf das Leben in der Weltgesellschaft vorzubereiten sowie die Entwicklung entsprechender Kompetenzen zu fördern. Im Fokus stehen dabei Kompetenzen für den Umgang mit der Komplexität von Weltgesellschaft, mit der

Ungewissheit der Zukunft, mit Unsicherheit und der Erfahrung des Nicht-Wissens sowie der Umgang mit Vertrautheit und Fremdheit. In Bezug auf Sachkompetenz geht es v. a. um ein Verständnis für globale Entwicklungen, ihre Dynamiken und ihre strukturellen Grundlagen sowie um die kritische Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und globaler Ungleichheiten.



Der Terminus „Global Citizenship“ stellt ein utopisches Element dar, das zu einer Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen für „Global Citizenship“ und weltbürgerliches Handeln anregt.

Foto: AdB

Die strukturelle Implementierung der beiden Bildungskonzepte Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung verlief unterschiedlich, die Ausrufung des *Weltaktionsprogramms* zog jedoch nationale Bildungsstrategien und eine bessere Dotierung von Forschung und Entwicklung für Bildung für nachhaltige Entwicklung nach sich. In Deutschland haben *Kulturministerkonferenz* und *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) gemeinsam mit dem Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung ein zusammenführendes Konzept, v. a. für den schulischen Bereich, vorgelegt.

Globale Fragen in der politischen Bildung

Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung haben sich weitgehend „neben“ der politischen Bildung entwickelt. Globalisierungsprozesse und damit einhergehende politische und gesellschaftliche Herausforderungen wurden in der politischen Bildung lange Zeit kaum wahrgenommen. Während Politikwissenschaft und politische Bildung für das Globale Lernen wichtige Bezugswissenschaften darstellten, ist „die Aufnahme der Ideen Globalen Lernens lange Zeit über Betrachtungen der

Entwicklungstheorien nicht wesentlich hinausgekommen“ (Overwien 2016, S. 7). Vor diesem Hintergrund hat etwa der Politikdidaktiker *Gerd Steffens* für eine „an der Welt interessierte politische Bildung“ plädiert, die mit den Heranwachsenden und Lernenden das Interesse an der Welt, in der sie leben und agieren möchten, teilt und die auch Wege findet, um sich eine Welt in krisenhaften Umbrüchen erschließen zu können (vgl. Steffens 2014, S. 10 f.). Für eine solche politische Bildung ist die Wahrnehmung und Analyse globaler Krisen und die Analyse ihrer inneren Zusammenhänge – auch als multiple oder Vielfach-Krise (vgl. Brand/Wissen 2017) bezeichnet – unabdingbar. Dies spiegelt sich auch in einigen Sammelbänden zur politischen Bildung der letzten Jahre, die globale Fragen und verschiedene pädagogische Ansätze aufgreifen (vgl. z. B. Sander/Scheunpflug 2011; Peter/Moegling/Overwien 2011; Eis/Salomon 2014) oder im Diskurs zu weltbürgerlicher Bildung (u. a. Juchler 2010; Widmaier/Steffens 2010; Moulin-Doos 2016; Eis 2017).

Global Citizenship Education – Politische Bildung für die Weltgesellschaft

Global Citizenship Education ist ein pädagogisches Forschungs- und Praxisfeld, das in den letzten Jahren international starke Anerkennung erfahren hat. Es ist seit 2013 pädagogische Leitlinie der UNESCO und auch im Bildungsziel der *Sustainable Development Goals* enthalten, die von der UNO 2015 verabschiedet wurden. In zahlreichen Publikationen wird Global Citizenship Education als „Umbrella“-Konzept bezeichnet, das verschiedene pädagogische Ansätze umfasst, wie Globales Lernen, Friedenspädagogik und Menschenrechtsbildung, politische und interkulturelle Bildung sowie Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Die UNESCO hat diesen „Schirm“ um zusätzliche Anliegen wie die Prävention von gewalttätigem Extremismus und Bildung zu Holocaust und Genozid erweitert (UNESCO o. J.). Als Leitlinie internationaler Organisationen braucht Global Citizenship Education eine konzeptionelle Breite, um in den Mitgliedsstaaten Zustimmung zu finden. Diese Breite erschwert jedoch die Herausarbeitung von verbindlichen Kernelementen für Global Citizenship Education und führt zu einer Unsicherheit, was denn nun das Neue, Innovative an diesem Ansatz ist.

Durch diese zentrale Positionierung in internationalen Strategien und Dokumenten sind nun auch im deutschsprachigen Raum eine höhere Aufmerksamkeit und eine verstärkte Debatte um Global Citizenship Education zu verzeichnen. In Österreich hat mit der Einrichtung des

Universitätslehrgangs Global Citizenship Education an der *Universität Klagenfurt* im Jahr 2012 eine systematische Entwicklung dieses pädagogischen Forschungs- und Praxisfelds begonnen. In deren Mittelpunkt stehen die Weiterentwicklung der konzeptionellen Grundlagen von Global Citizenship Education sowie Aktivitäten und Maßnahmen zur Verbreitung und institutionellen Verankerung von Global Citizenship Education in der Bildungspraxis.

Folgende Kernelemente von Global Citizenship Education sind meines Erachtens hervorzuheben:

- Global Citizenship Education ist ein integrativer Ansatz, der verschiedene pädagogische Konzepte wie politische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Globales Lernen, Friedenspädagogik und Interkulturelle Bildung miteinander verbindet und daraus eine neue Perspektive entwickelt. Dabei steht die interdisziplinäre Ausrichtung von Global Citizenship Education im Vordergrund, aber auch die kohärente Verbindung der verschiedenen pädagogischen Ansätze, auf denen Global Citizenship Education basiert.

Ein Verständnis für globale Entwicklungen und Veränderungen durch Bildung zu fördern, ist im Zuge der zunehmenden Globalisierung und der ökologischen Gefährdungen zum Ziel von Bildungskonzepten geworden.

- Global Citizenship Education ist charakterisiert durch eine kritisch-postkoloniale Ausrichtung und wird als historisch-politisches Lernen definiert. Machtverhältnisse und die Reproduktion von Ungleichheiten als Folge kolonial geprägten Denkens und Handelns bilden wichtige Kriterien für die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen. Kolonial geprägtes Denken setzt sich aber auch fort in wissenschaftlichen Theorien und in der Wissensproduktion, und es fließt in die Frage ein, mit welchen Begriffen und Konzepten in Bildung und Wissenschaft gearbeitet wird.
- Global Citizenship Education ist als politische Bildung zu begreifen, im Mittelpunkt der pädagogischen Konzeption stehen mit „Citizenship“ bzw. „Global Citizenship“ zentrale politische Begriffe, die eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung erfordern. Gleichzeitig →

stellt der Terminus „Global Citizenship“ ein utopisches Element dar, das zu einer Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen für „Global Citizenship“ und weltbürgerliches Handeln anregt.

- Global Citizenship Education ist in mehrfacher Hinsicht als transformative Bildung anzusehen. Das Bildungskonzept beschäftigt sich ganz wesentlich mit der Frage des Wandels hin zu einer global zukunftsfähigen, ökologisch verträglichen Entwicklung und zielt auf die Herausbildung eines „planetarischen Bewusstseins“. In diesem Zusammenhang sollen Kompetenzen gefördert werden, die eine gesellschaftliche und politische Teilhabe an der Gestaltung von Transformationsprozessen ermöglichen.

Global Citizenship Education ist ein integrativer Ansatz, der verschiedene pädagogische Konzepte wie politische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Globales Lernen, Friedenspädagogik und Interkulturelle Bildung miteinander verbindet und daraus eine neue Perspektive entwickelt.

- Im Fokus von Global Citizenship Education stehen weitere Fragen zur Transformation von Bürgerschaft, unterschiedliche Ansätze von Global Citizenship sowie strukturelle und institutionelle Voraussetzungen für eine globale Politik, die auch als Weltinnenpolitik bezeichnet werden kann. Ziel ist es, Menschen zu demokratischer Teilhabe zu befähigen, die Entwicklung von Urteils- und Entscheidungskompetenzen auch in Bezug auf globale Fragen zu fördern sowie Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, sich als Weltbürger*innen wahrzunehmen.

Welt(un)ordnung und Global Citizenship Education

Kann Global Citizenship Education in Hinblick auf das Verständnis von Weltordnung oder der konstatierten Welt-Unordnung und den damit verbundenen Krisen mehr bieten als andere pädagogischen Zugänge? Diese Frage lässt sich an einigen Kernelementen von Global Citizenship

Education illustrieren, insbesondere mit Blick auf die Ziele des Bildungskonzepts, den postkolonialen Zugang und die Perspektive der Transformation.

Innerhalb der verschiedenen Definitionen und Konzepte von Global Citizenship Education lassen sich im Wesentlichen zwei idealtypische Zugänge mit unterschiedlichen Bildungszielen identifizieren: Der erste Zugang lässt sich eher als „Education of the global citizen“ skizzieren und legt den Fokus auf das Individuum als Weltbürger*in und auf die Herausbildung individueller Kompetenzen, Haltungen und Werte, über die Weltbürger*innen verfügen sollten. Der zweite Zugang kann als „Education for global citizenship“ beschrieben werden und stellt stärker die gesellschaftlichen Strukturen in den Mittelpunkt, die verändert werden müssen, damit Weltbürgertum überhaupt eine lebbare Option werden kann (vgl. Wintersteiner et al. 2015, S. 11 f.). Für den Aufbau von weltbürgerlichen Kompetenzen stehen dabei die Entwicklung von Sachkompetenzen (u. a. Wissen über politische Entwicklungen, Krisenphänomene, weltpolitische Dynamiken, Macht, strukturelle Ursachen von Ungleichheiten) und die Herausbildung von Analyse- und Urteilsfähigkeit sowie von Reflexionskompetenz im Vordergrund. Jede Konzeption von Bildungsangeboten muss sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Ziele und welche Funktion die Angebote haben und wie sie im Sinne einer politischen Bildung zur Mündigkeit und Kritikfähigkeit der Lernenden beitragen können. In diesem Sinn kann diese Unterscheidung eine wichtige Reflexionsfolie darstellen. *Andreas Eis* zeigt am Beispiel des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung die angesprochene Problematik auf: Der Orientierungsrahmen versteht Bildung u. a. als eine Transformation des Denkens und Handelns und listet eine Reihe differenzierter Kompetenzen für „globales Problembewusstsein“, „Wertehaltungen“ und „Gestaltungskompetenzen“ auf. „Die Ursachen für globale Ungleichheit, Ausbeutung und Diskriminierung werden vielfach nicht hinsichtlich zugrundeliegenden (ökonomischen) Herrschaftsverhältnisse analysiert, sondern (es wird) nach Lösungen individualisierter Kompetenzentwicklung gesucht, die an den politischen Fragen nach den zugrunde liegenden sozialen Kämpfen, den Bedingungen und Hindernissen kollektiver Handlungsfähigkeit und Solidarisierung jenseits des Einzelstaates weitgehend vorbeigehen.“ (Eis 2017, S. 217) Letztlich sollten Bildungsangebote im Idealfall beide Dimensionen enthalten und miteinander verbinden.

Die Beschäftigung mit der Weltordnung oder Welt-Unordnung in der politischen Bildung bzw. aus der Perspekti-



„Die Gefährdung des Ökosystems und die Überschreitung der planetarischen Leitplanken finden in politikwissenschaftliche Analysen zum drohenden Zerfall der Weltordnung kaum Eingang.“ (Hier: Abgestorbene Fichten und nachwachsender Bestand im Nationalpark Harz.)

Foto: ArtMechanic, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=2430399>

ve von Global Citizenship Education müsste sich zunächst mit dem Terminus selbst beschäftigen, der ja weniger auf eine tatsächliche Ordnung der „Welt“ Bezug nimmt, als vielmehr auf Vorstellungen und Phänomene von Ordnung (z. B. Strukturen, Institutionen, Machtverhältnisse, Ungleichheiten). Daraus ergeben sich weitere Fragen nach den Akteuren, nach Definitionsmacht, nach Legitimität und Wirkungen sowie nach unterschiedlichen Perspektiven im Blick auf das Phänomen Weltordnung: „Diese Ordnung hat nicht ausschließlich aufklärerisch gewirkt im Sinne einer globalen Entfaltung von Demokratie beziehungsweise von fairen, weltweit geltenden Spielregeln. Oft genug verbargen sich zynische, eigennützige Überlegungen hinter dem Handeln der Führungsmächte. Auch einheitlich und allumfassend war die „Welt“-Ordnung nie. Zwar hat sie globale Auswirkungen, doch ist ihre Struktur insofern begrenzt, als sie für die Durchsetzung der Interessen westlicher Mächte konzipiert wurde, allen voran der USA.“ (Wyne 2018, S. 8)

Weltordnung im postkolonialen Blick

Im hier skizzierten Verständnis von Global Citizenship Education bildet die historische Kontextualisierung von Bildungsinhalten und die kritische Auseinandersetzung mit der europäischen Geschichte, mit Kolonialismus und Imperialismus ein wichtiges Anliegen. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit der Reproduktion kolonial geprägter Denk- und Handlungsmuster bis in die Gegenwart. Global

Citizenship Education ist – wie andere Bildungsansätze auch – herausgefordert, die Inhalte, Aussagen und Denkmuster zu überprüfen, die es selbst propagiert. Mit diesem Anspruch sind eine kontinuierliche Reflexion und Selbstreflexion verbunden. Während sich postkoloniale Zugänge in einigen Wissenschaftsdisziplinen bereits etablieren konnten, z. B. in den Literatur- und Kulturwissenschaften, in der Geschichtswissenschaft und z. T. in den Sozialwissenschaften (vgl. Kerner 2012, S. 14 f.), hat sich die Politikwissenschaft bisher wenig offen für postkoloniale Zugänge und Studien gezeigt. Dies ist für Global Citizenship Education in zweifacher Hinsicht relevant: zum einen, weil sie sich als politische Bildung definiert und die Politikwissenschaft die wichtigste Bezugswissenschaft für politische Bildung ist, zum anderen weil politische Konzepte und Begriffe im Fokus von Global Citizenship Education stehen, die ebenfalls aus postkolonialer Perspektive hinterfragt werden (sollen). Erst seit wenigen Jahren finden sich Fachpublikationen, die sich mit postkolonialen Perspektiven in der Politikwissenschaft beschäftigen oder versuchen, Konzepte nicht-westlichen Denkens in die Politische Theorie oder Vergleichende Politikwissenschaft einzubringen (vgl. Zapf 2012; Ziai 2016; De La Rosa et al. 2016). Diese Publikationen sind für Global Citizenship Education wichtig, weil die theoretischen Überlegungen auch anwendungsorientiert bearbeitet werden und daraus Schlüsse für die pädagogische Umsetzung gezogen werden können.

An dieser Stelle kann es natürlich nicht darum gehen, →

eine postkolonial orientierte Analyse gegenwärtiger Weltordnungskonzepte oder von Welt-Unordnungs-Befunden anzustellen. Für die Bildungsarbeit ist vielmehr entscheidend, dass sowohl Begriffe, als auch Konzepte und in diesem Fall auch Epochalisierungen zu hinterfragen sind. So werden markante Übergänge zwischen „Epochen“ häufig aus einer westlich orientierten Perspektive markiert. So gilt etwa 1989/91 als eine „markante Epochenscheide“, weil sich hier die bis dahin geltende Ordnung des Ost-West-Konflikts aufgelöst hat. Dies stellt in jedem Fall eine zentrale historische Wende dar und die Zeit nach 1989 wird häufig als neue Weltordnung bezeichnet. Es stellt sich aber die Frage, ob aus einer weltpolitischen Perspektive nicht andere Ereignisse ebenso langfristige und einschneidende Veränderungen bewirkt haben, ohne als historische Zäsur bewusst zu sein (vgl. Steffens 2014).

Zugehörigkeit und Exklusion

Im Kern von Global Citizenship Education steht der Terminus „Citizenship“, der zunächst die Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft (Nationalstaat) kennzeichnet und den Staatsbürger*innen Rechte gibt und Pflichten abverlangt. Es handelt sich um einen rechtlichen Status, der das Verhältnis zwischen Individuum und Staat definiert, aber auch auf ein soziales Verhältnis zwischen Bürger*innen verweist. Die Mitgliedschaft begründet eine symbolische Gemeinschaft. Gleichzeitig findet eine Exklusion all jener Menschen statt, die zwar auf dem Territorium eines Staates leben, aber keine Staatsbürgerschaft besitzen und daher von bestimmten Rechten ausgeschlossen sind (z. B. Wahlrecht). Sowohl das historische Konzept als auch neuere Interpretationen von Citizenship betonen besonders drei Aspekte: erstens den rechtlichen Status, mit dem zweitens auch das Recht zu politischer Partizipation verbunden ist (vgl. Benhabib 2007, S. 167). Zweitens: Erst diese Praxis der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe verleiht dem rechtlichen Status Bedeutung. Mit den sozialen Beziehungen in der Gesellschaft entsteht drittens ein Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft (vgl. Osler/Starkey 2005, S. 9 ff.).

Die wachsende Anzahl von Menschen, die nicht die Staatsbürgerschaft des Wohnsitzlandes besitzen und von politischer Teilhabe ausgeschlossen bleiben, stellt ein zunehmendes demokratiepolitisches Problem dar. Ebenso wichtig wie die Anerkennung des Bedürfnisses nach politischer Teilhabe ist die Anerkennung des Bedürfnisses nach Zugehörigkeit und sozialer Bindung. In Migrationsgesellschaften werden Mehrfach-Zugehörigkeiten zur Regel,

Menschen können sich verschiedenen Regionen und Staaten zugehörig fühlen und sich mit verschiedenen Gemeinschaften identifizieren (vgl. ebd., S. 12). Global Citizenship Education sensibilisiert für diese Fragen von Zugehörigkeit und Partizipation, die sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gesellschaftliche, emotionale und politische Unruhe erzeugen. Mit der Fokussierung auf „citizenship“ rückt Global Citizenship Education auch Mechanismen der Exklusion von sozialen und politischen Rechten und gesellschaftlicher Teilhabe und die Auseinandersetzung mit Menschenrechten in den Mittelpunkt von Bildung.

Nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit

Die Gefährdung des Ökosystems und die Überschreitung der planetarischen Leitplanken finden in politikwissenschaftliche Analysen zum drohenden Zerfall der Weltordnung kaum Eingang. Dennoch sind sie ein wesentlicher und beunruhigender Faktor.

Die Zunahme von autoritärem Populismus und von rechtspopulistischen Bewegungen tangieren die Bemühungen um eine sozialökologische Transformation ebenso wie das Engagement für Bildungskonzepte, die den Blick über den nationalen Tellerrand hinaus fördern.

Mit der Verabschiedung der *Globalen Agenda 2030* und ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals) hat die UNO 2015 nicht nur einen wichtigen Aktionsplan für eine Transformation in Richtung nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit vorgelegt. Die *Globale Agenda 2030* ist auch ein positives Signal in der Krise des Multilateralismus. Der Beschlussfassung ging ein intensiver Prozess an vielfältigen Konsultationen voraus und die Agenda ist Ergebnis internationaler Zusammenarbeit zwischen verschiedensten staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Die *Globale Agenda* ist auch für Global Citizenship Education ein zentraler Referenzrahmen, die Nachhaltigkeitsziele sind wichtiges Bildungsthema. Mehr Augenmerk sollte in Zukunft aber auch auf die Thematisie-

rung der politischen Prozesse rund um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in Bildungsangeboten gelegt werden. Nicht zuletzt ließe sich damit ein anschauliches Lernfeld für realistische und utopische Konzepte von weltbürgerlichem Denken und Handeln eröffnen – unter Einbeziehung kritischer Perspektiven auf Global Citizenship (vgl. Moulin-Doos 2016).

Im Zusammenhang mit der ökologischen Krise und den Umsetzungschancen für die *Globale Agenda 2030* ist auch wieder auf die Verflochtenheit gegenwärtiger Krisen hinzuweisen. Die Gefährdungen des demokratischen Systems und der demokratischen Kultur auch in den westlichen Demokratien werden meist isoliert betrachtet. Mittlerweile ist sichtbar, nachweisbar und wohl auch für jede/n spürbar, dass sich gesellschaftliches Klima und politische Kultur gerade in den westlichen Demokratien verändert haben. Die europäischen Gesellschaften erfahren eine tiefe gesellschaftliche Spaltung, ausgelöst durch ein Konglomerat an Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, nachfolgender Austeritätspolitik, Abstiegsängsten und Unsicherheiten sowie realen wie geschürten Bedrohungsszenarien in einer, von vielen Menschen als unübersichtlich erlebten, globalisierten Welt. In dieser Stimmung steigt die Zustimmung zu einer Reduzierung menschenrechtlicher Standards. Die Zunahme von autoritärem Populismus und von rechtspopulistischen Bewegungen tangieren die Bemühungen um eine sozialökologische Transformation ebenso wie das Engagement für Bildungskonzepte, die den Blick über den nationalen Tellerrand hinaus fördern. Das demokratische System selbst, aber auch die positive Grundhaltung gegenüber einer weltoffenen, inklusiven und pluralistischen Gesellschaft geraten zunehmend unter Druck. „Die Geschwindigkeit, in der wir hinter für gesichert gehaltene Standards zurückfallen, ist beängstigend“ – so der Klappentext des Sammelbands „Die große Regression“ (Geiselberger 2017), in dem renommierte Intellektuelle über dieses „Zurückfallen hinter ein unhintergebar erachtetes Niveau der ‚Zivilisiertheit‘“ (ebd., S. 9) nachdenken.

Es ist zu analysieren, was diese gesellschaftlichen Spaltungen für die sozialökologische Transformation und die so dringend notwendigen Veränderungsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit bedeuten. Der Rechtspopulismus, in einigen europäischen Gesellschaften mittlerweile gut situiert, wendet sich gegen eine nachhaltigkeitsorientierte Politik ebenso wie er eine Agenda der Ausgrenzung verfolgt und „sich gegen Formen der Demokratie (wehrt), die Minderheiten begünstigen und

das Verständnis von Gleichheit und Gerechtigkeit über das so genannte *wahre Volk* hinaus ausdehnen“ (Blühdorn et al. 2019, S. 9).

Mit welchen neuen Herausforderungen und Aufgaben werden pädagogische Konzepte wie Global Citizenship Education angesichts dieser Tendenzen konfrontiert? Um dies zu beantworten, braucht es wohl auch verstärkte Bemühungen, die Diskurse um Transformation und transformative Bildung stärker mit jenem gesellschaftstheoretischen Diskurs zu verbinden, der sich mit rechtspopulistischen Tendenzen und der weltanschaulichen Spaltung der Gesellschaft sowie mit den Analysen zu Gefährdungen des demokratischen Systems auseinandersetzen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zur Autorin



Dr. Heidi Grobbauer ist seit 2004 Geschäftsführerin von KommEnt – Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung, mit Sitz in Salzburg, Österreich. Sie ist Mitglied im Leitungsteam des Universitätslehrgangs Global Citizenship Education und Vorsitzende der Strategieguppe Globales Lernen.

heidi.grobbauer@komment.at

Literatur

Benhabib, Seyla (2007): Zwielficht der Souveränität oder kosmopolitische Normen? In: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Generation Global*. Ein Crashkurs. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 167–186

Blühdorn, Ingolfur / Butzlaff, Felix / Deflorian, Michael / Hausknost, Daniel (2018): Postwachstumsgesellschaft und Transformationsnarrativ. Soziologische Überlegungen zum Nachhaltigkeitswandel. IGN-Position Paper Jan/2018. Wien: Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom

Bunde, Tobias (2018): Ende der Gewissheiten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 36–37/2019, S. 4–7

De La Rosa, Sybille / Schubert, Sophia / Zapf, Holger (Hrsg.) (2016): *Transkulturelle Politische Theorie*. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS

Eis, Andreas (2017): Demokratiebildung jenseits des Nationalstaates? Politische Bildung zwischen Trans- und Renationalisierung. In: Achour, Sabine / Gill, Thomas (Hrsg.): *Was politische Bildung alles sein kann*. Einführung in die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 211–224 →

Eis, Andreas / Salomon, David (2014): Gesellschaftliche Umbrüche gestalten. Transformationen in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp

Juchler, Ingo (2010): Der Weltbürger – Leitbild für Politische Bildung im 21. Jahrhundert. In: Widmaier, Benedikt / Steffens, Gerd (Hrsg.): Weltbürgertum und Kosmopolitisierung. Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 179–190

Kerner, Ina (2012): Postkoloniale Theorien. Zur Einführung. Hamburg: Junius

Lang-Wojtasik, Gregor (2019): Große Transformation als große Verantwortung – Globales Lernen als Bildungsauftrag. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): SDGs: Globale Ziele, unterschiedliche Perspektiven?! Friedensbildung – Globales Lernen – Bildung für nachhaltige Entwicklung. Stuttgart, S. 10–17

Moulin-Doos, Claire (2016): Bürger als Mit-Akteur und Rechtssubjekt. Europäische und globale Bürgerschaft als Orientierung für die politische Bildung? In: ZEP (Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik), Jg. 39, H. 2/2016, S. 12–16

Osler, Audrey / Starkey, Hugh (2005): Changing Citizenship: Democracy and Inclusion in Education. Berkshire: Open University Press

Overwien, Bernd (2016): Globales Lernen und politische Bildung – eine schwierige Beziehung? In: ZEP (Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik) Jg. 39, H. 2/2016, S. 7–11

Peter, Horst / Moegling, Klaus / Overwien, Bernd (2011): Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Bildung im Spannungsfeld von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie. Immenhausen: PROLOG

Sander, Wolfgang / Scheunpflug, Annette (Hrsg.) (2011): Politische Bildung in der Weltgesellschaft. Herausforderungen, Positionen, Kontroversen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Scheunpflug, Annette / Schröck, Nikolaus (2002): Globales Lernen. Einführung in eine pädagogische Konzeption zur entwicklungsbezogenen Bildung. Stuttgart: Aktion Brot für die Welt (2. Auflage)

Steffens, Gerd (2014): Die Krise als Lerngelegenheit? Politisch-ökonomische Bildung in einer Zeit der Umbrüche. In: AKTION & REFLEXION. Texte zur transdisziplinären Entwicklungsforschung und dialogischen Bildung, H. 11, S. 10–17

UNESCO (o. J.): Global Citizenship Education; <https://en.unesco.org/themes/gced> (Zugriff: 30.09.2019)

Widmaier, Benedikt / Steffens, Gerd (Hrsg.) (2010): Weltbürgertum und Kosmopolitisierung. Interdisziplinäre Perspektiven für die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Wintersteiner, Werner / Grobbauer, Heidi / Diendorfer,

Gertraud / Reitmair-Juárez, Susanne (2015): Global Citizenship Education. Politische Bildung für die Weltgesellschaft. Wien: Österreichische UNESCO-Kommission (2. Auflage)

Wyne, Ali (2018): Verklärte Weltordnung: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36–37/2018, S. 7–10

Zapf, Holger (Hrsg.) (2012): Nichtwestliches politisches Denken. Zwischen kultureller Differenz und Hybridisierung. Wiesbaden: Springer VS

Ziai, Aram (Hrsg.) (2016): Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge. Bielefeld: transcript Verlag

citizenship education

Grundlagen und Grundverständnisse der nonformalen politischen Bildung als Studienangebot

Die politische Bildung, insbesondere die nonformale politische Jugend- und Erwachsenenbildung, war selten so nachgefragt und herausgefordert wie zurzeit. Diesem Bedeutungszuwachs entspricht aber in keiner Weise die Repräsentation dieses Praxisfeldes im Rahmen von Studiengängen an Universitäten und Hochschulen in Deutschland. Im folgenden Artikel wird ein Studienangebot vorgestellt, welches die Grundlagen und Grundverständnisse der nonformalen politischen Bildung ins Zentrum rückt.

von Ulrich Ballhausen

Aufgrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und einer damit verbundenen Re-Politisierung der Jugend- und Erwachsenenbildung hat das Thema Politische Bildung, Demokratiebildung oder citizenship education derzeit absolute „Konjunktur“. Dies belegen nicht nur die bundesweiten finanzstarken Sonderprogramme wie etwa *Demokratie Leben!* (BMFSFJ) oder *Zusammenhalt durch Teilhabe* (BMI), dieser Bedeutungszuwachs findet in den letzten Jahren seinen Niederschlag auch in zahlreichen Positionspapieren, Stellungnahmen und Initiativstrategien auf regionaler Ebene, Landes- und Bundesebene sowie auf europäischer Ebene. Vor dem Hintergrund der Terrorangriffe in Paris im Jahr 2015 forderten etwa die Bildungsminister*innen der *Europäischen Union* in ihrer *Erklärung zur Förderung der politischen Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung* eine Verstärkung der Bildungsanstrengungen in diesem Bereich und der *16. Kinder- und Jugendbericht* des BMFSFJ wird sich mit dem Thema der *Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter* auseinandersetzen. Und auf Länderebene fördern etwa zusätzliche Landesprogramme zur Stärkung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit die Auseinandersetzung mit

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Aber auch in anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe, der sozialen Arbeit, der kulturellen Bildung oder der allgemeinen Jugend- und Erwachsenenbildung findet derzeit eine intensivierte Auseinandersetzung über das Selbstverständnis und den Stellenwert der politischen Bildung in diesen Handlungsfeldern statt.

Entgrenztes Arbeitsfeld

Das Feld der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung ist ein heterogenes, komplexes, kaum zu überschauendes und entgrenztes Praxisfeld. Zählt man den demokratiebildenden Auftrag, der für das gesamte Feld der Kinder- und Jugendhilfe, der Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung, der Sozialen Arbeit, der Vereins- und Verbandsarbeit etc. hinzu, ergibt sich ein riesiges Praxisfeld. „Die beschriebene Heterogenität“, so *Klaus-Peter Hufer* im Jahr 2004 über die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, „wie auch die Tatsache, dass durch Volkshochschulen, gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen, konfessionelle Akademien, parteinahe Stiftungen sowie durch unzählige weitere Einrichtungen, Vereine, →

Initiativen vielfältige Veranstaltungen zur außerschulischen politischen Bildung (...) durchgeführt und jährlich von ca. drei Millionen Menschen besucht werden, sind zunächst unmissverständliche Hinweise auf die Vitalität dieses Bildungsfeldes.“ (Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 10) Diese Vitalität hat sich durch den aktuellen Bedarf an politischer Bildung und die damit verbundenen Förderstrukturen seitdem um ein Vielfaches potenziert. Zu den historisch gewachsenen und etablierten staatlichen und nichtstaatlichen Trägern sind insbesondere durch die Förderprogramme *Demokratie Leben!*, *Zusammenhalt durch Teilhabe* sowie durch die einzelnen Landesprogramme zur Demokratiestärkung hunderte von weiteren und neuen Trägern in das Feld involviert.

Zahlreiche dieser Träger und der bei ihnen tätigen Akteure sind Quereinsteiger*innen in dieses Praxisfeld. Sie verfügen über eine hohe Themenkompetenz, diese ist aber nicht automatisch gleichzusetzen mit einer fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Kompetenz im Bereich Politische Bildung. Insofern ergibt und formuliert sich bei den eingesetzten Fachkräften sowie bei den Trägern und Anbietern ein deutlicher Qualifizierungsbedarf. Dieser Bedarf wurde im Rahmen der Planung dieses Studienangebotes in zahlreichen Sondierungsgesprächen mit relevanten Institutionen in diesem Feld – z. B. dem *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.*, der *Fachstelle für internationale Jugendarbeit in Deutschland*, dem Programm *ERASMUS+/Jugend in Aktion* und der *Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung* – und im Gespräch mit Praxisakteur*innen erhoben.

Aufgrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und einer damit verbundenen Re-Politisierung der Jugend- und Erwachsenenbildung hat das Thema Politische Bildung, Demokratiebildung oder citizenship education derzeit absolute „Konjunktur“.

Die Gründe für einen Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarf sind aber nicht nur an einer Bedeutungszunahme der politischen Bildung sowie der Ausweitung der Akteure und deren Qualifizierungsbedarf festzumachen, sie sind

auch darin zu suchen, „dass einschlägige (Hauptfach-) Studiengänge und so normierte Professuren quasi nicht existieren. (...) Wenn für die Praxis außerschulischer politischer Bildung festgestellt wird, das Gros des lehrenden und planend-disponierenden Personals bestehe aus Quer- und Seiteneinsteigern, so trifft dies auf wissenschaftlicher Ebene nicht minder zu, da an deutschen Hochschulen de facto kein Fach(-bereich), keine wissenschaftliche Disziplin *außerschulische Politische Bildung* existiert.“ (Scheidig 2014, S. 38) Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung erfolgt, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, „en passant und/oder nur durch einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, oftmals aber auch gar nicht“ (ebd., S. 43).

Bildete sich in den 60er Jahren aus der Politikwissenschaft der Bereich der Politikdidaktik für das Lehramt an Schulen mit zahlreichen Lehrstühlen und Professuren – zunächst noch mit Verbindungslinien zur (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung – heraus, so ist dieser Bildungsbereich derzeit deutlich aus dem Fokus von Politikwissenschaft und Politikdidaktik verschwunden. Folglich wird „außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung nur an wenigen Hochschulstandorten und dort nur in geringem Umfang gelehrt. (...) Ferner behindert die Einbettung in heterogene Studiengänge das Entwickeln eines eigenen disziplinären Selbstverständnisses und professionsbezogenen Profils, da je nach Verortung in beispielweise politikwissenschaftlichen, erziehungswissenschaftlichen oder sozialpädagogischen Studiengängen ein unterschiedlicher Zugriff auf das Feld der außerschulischen politischen Bildung mit differierenden Perspektiven und Fragestellungen erfolgt.“ (Ebd., S. 45)

Zielgruppen und Zugangsregelungen des Studienangebotes

Das hier entwickelte Studienangebot richtet sich an Personen, die im weiten Berufsfeld der nonformalen (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung oder etwa im Rahmen der genannten Förderprogramme und Strategien bereits haupt- oder freiberuflich praktisch tätig sind, aber *nicht* über ein Hochschulstudium in einem an die politische Bildung angrenzenden Bereich verfügen bzw. an hauptberufliche und freiberufliche erfahrene Praktiker*innen, die über kein Hochschulstudium verfügen. Zugleich richtet sich das Angebot auch an haupt- und freiberufliche Neueinsteiger*innen in das Praxisfeld der (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung. Selbstverständlich steht

das Studium auch Fachkräften in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit einer entsprechenden Qualifikation offen, die ihre Kompetenzen aktualisieren wollen. Eine besondere Zielgruppe bilden zudem Interessierte aus dem europäischen Ausland, die das ihnen meistens unbekannte Feld der nonformalen politischen Bildung kennen- und verstehen lernen wollen.

Selbstverständlich, so ließe sich gegen ein Studienangebot einwenden, gibt es im Professionsfeld der nonformalen politischen Bildung zahlreiche Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote aus dem Feld der öffentlichen und freien Träger heraus. Diese sind aber ausschließlich themen-, zielgruppen- oder methodenorientiert und selten bis gar nicht in eine Hochschulpartnerschaft eingebunden. Insofern hätte das hier vorgestellte Angebot als systematische fachwissenschaftliche und fachpraktische Einführung in das Praxisfeld ein Alleinstellungsmerkmal.



Angebote politischer Bildung greifen vielfältige Themen auf und richten sich an eine breite Zielgruppe. Hier: EU-Seminar des GSI Bad Bevensen. Foto: Martin Kaiser / GSI Bad Bevensen

Auf Grund der besonderen Zielgruppenstruktur sind für das Studienangebot die folgenden alternativen (!) Zugangsvoraussetzungen angedacht.

Die Teilnehmenden

- verfügen über ein Hochschul-/Fachhochschulabschluss in einem beliebigen Fach/Schwerpunkt mit mindestens 5 LP/ECTS im Bereich einer pädagogischen Vermittlungspraxis (Pädagogik, Didaktik etc.);
- haben mindestens 12 Monate konkrete Praxiserfahrungen im Bereich der (Bildungs-)Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen oder Senioren;
- gewährleisten als Neueinsteiger*innen in das Praxisfeld der politischen Bildung, der Demokratiebildung, der Demokratieförderung oder einem vergleichbaren Arbeits-

feld eine mindestens zweiwöchige Praxisphase nach Abschluss oder während des Studienangebotes.

Qualifikationsziele und Inhalte des Studienangebotes

Das Studienangebot soll ein systematisches Grundwissen über Theorie und Praxis der nonformalen politischen Bildung vermitteln und vor diesem Hintergrund die Teilnehmenden in die Lage versetzen, die eigene Praxis und das eigene Selbstverständnis weiterzuentwickeln oder besser fachlich einordnen zu können. Die einzelnen Modulschwerpunkte sowie die konkreten Themen, Inhalte und Ziele können der Gesamtübersicht (am Ende des Beitrags) entnommen werden. Durch das Studienangebot *citizenship education – Grundlagen und Grundverständnisse der nonformalen politischen Bildung* sollen die Teilnehmenden konkret in die Lage versetzt werden:

- das Theorie- und Praxisfeld der nonformalen politischen Bildung zu verstehen und darin aktiv mitzuwirken;
- das eigene pädagogische Handeln auf der Grundlage aktueller politik-, sozial- und gesellschaftswissenschaftlicher Kategorien und Kompetenzen einzuordnen, zu verstehen und reflektieren;
- die eigene pädagogische Praxis unter lerntheoretischen und kompetenzorientierten Konzepten und Grundlagen der nonformalen politischen Bildung zu analysieren und (neu) zu gestalten;
- das eigene pädagogische Tätigkeitsfeld im Kontext der Tradition und des Selbstverständnisses der nonformalen politischen Bildung zu analysieren;
- ihre jeweilige thematische Fachkompetenz im Kontext gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen sowie im Kontext aktueller Schlüsselthemen zu reflektieren;
- ihre fach- und feldspezifische Verortung und ihr pädagogisches Selbstverständnis politik-, sozial- und gesellschaftswissenschaftlich zu erweitern;
- im Rahmen einer fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und fachpraktischen Basisqualifizierung einen Berufseinstieg in ein spezifisches Arbeits-, Praxis- und Selbstverständnisfeld zu finden.

Partner und Struktur des Studienangebotes

Das Studienangebot, das mit 30 LP/ECTS abschließt und voraussichtlich Ende 2020 startet, wird als Kooperationsprojekt zwischen dem *Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover (IDD)*, der *Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung*, der *Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung Niedersachsen* →

(AEWB) sowie dem *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.* (AdB) angeboten. Das bisherige Projektkonsortium ist dabei an einer Mitarbeit weiterer Partner bei der Entwicklung und Umsetzung dieses Angebotes interessiert.

Das Studienangebot soll ein systematisches Grundwissen über Theorie und Praxis der nonformalen politischen Bildung vermitteln und die Teilnehmenden in die Lage versetzen, die eigene Praxis und das eigene Selbstverständnis weiterzuentwickeln oder besser fachlich einordnen zu können.

Auf Grund der besonderen Zielgruppen wird es sich bei den meisten Teilnehmenden um ein berufsbegleitendes Studium handeln. Die Struktur und Dauer des Studienangebotes passt sich durch die intensive Einbindung von Online-Modulen und einer Durchführungsdauer von 18 Monaten den Bedarfen der Zielgruppen an. An der Entwicklung der Konzeption waren sowohl Fachexpert*innen aus dem Bereich der nonformalen politischen Bildung wie auch Praxisakteure beteiligt.

Der Autor steht für weitere Informationen zur Verfügung und nimmt Interessensbekundungen für das Studienangebot an.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zum Autor



Ulrich Ballhausen ist Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) der Leibniz Universität Hannover und arbeitet seit über 30 Jahren im Bereich der nonformalen politischen Jugendbildung, der internationalen Jugendarbeit und der europapolitischen Bildung. Er ist Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Koblenz und der Universität Wien und war von 2013 bis 2019 Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

ballhausen@idd.uni-hannover.de

Literatur

Hufer, Klaus-Peter / Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke (2004): Positionen der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Scheidig, Frank (2014): Zwischen den (Lehr-)Stühlen. In: Hafenecker, Benno / Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Wohin die Reise geht. Diskurse um die Zukunft der nonformalen politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Gesamtübersicht über die Modulschwerpunkte des Studienangebotes

Schwerpunkt der Weiterbildung	Themen, Inhalte, Ziele
Modul 1 (Präsenzmodul) Selbstverständnis und Verortung: Bildung und Politische Bildung	<p>Das Präsenzmodul führt in die Weiterbildung ein, reflektiert die Kernbegriffe Bildung und Politische Bildung, problematisiert das Verhältnis zwischen Themenkompetenz und Fachkompetenz (Politische Bildung) und betont die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Bildungsinitiativen und -akteure für die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Bildungsbegriff und die Fachprofession Politische Bildung, • den Kompetenzbegriff und seine Bedeutung in der (nonformalen) politischen Bildung, • die Relevanz zivilgesellschaftlicher Akteure und Initiativen für die politische Bildung und die Demokratieentwicklung, • die aktuelle Situation (Ressourcen, Ausbildung/Studium, Lehrstühle, Teilnehmendenzahlen und -gruppen etc.) der nonformalen politischen Bildung.

Schwerpunkt der Weiterbildung	Themen, Inhalte, Ziele
<p>Modul 2 (Online-Modul) Politische Bildung in nationaler, europäischer und internationaler Perspektive</p>	<p>Das Onlinemodul analysiert (a) die Tätigkeitsfelder der Teilnehmenden und bietet einen Einblick in aktuelle Positionierungen zum Thema Politische Bildung im Kontext von Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland und Europa. Zudem werden (b) vertiefte Kenntnisse über die unterschiedlichen Zielgruppen nonformaler politischer Bildung vermittelt.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verfahren und Instrumente zur Praxisreflexion, • die politischen Dimensionen ihrer Bildungspraxis, • aktuelle Positionierungen und Schlüsseltexte zur Bedeutung politischer Bildung in der Jugend- und Erwachsenenbildung, • politische Bildung in unterschiedlichen sozial-kulturellen Milieus sowie im europäischen und internationalen Kontext, • Forschungsergebnisse zu politischen Einstellungen und zur politischen Partizipation.
<p>Modul 3 (Präsenzmodul) Gesellschaftlicher Wandel und gesellschaftspolitische Herausforderungen als Grundlagen und Themen der politischen Bildung</p>	<p>Das Modul thematisiert aktuelle gesellschaftliche Wandlungsprozesse, stellt gesellschaftliche Beschreibungsmodelle vor und diskutiert gesellschaftspolitische Herausforderungen in nationaler, europäischer und internationaler Perspektive.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • aktuelle gesellschaftliche Wandlungsprozesse und Theorien des Wandels, • aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie (Legitimationskrise, mangelnde soziale Repräsentation, Postdemokratie, Rechtspopulismus etc.), • Herausforderungen für die Demokratie durch Globalisierungsprozesse, Prozesse der globalen Migration, Re-Nationalisierungsprozesse, ökologische Krisen, Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und Digitalisierung.
<p>Modul 4 (Online-Modul) Pädagogische und sozialwissenschaftliche Grundbegriffe und Grundverständnisse der politischen Bildung</p>	<p>Das Modul thematisiert die normativen Orientierungen von Pädagogik und nonformaler politischer Bildung, setzt sich mit Schlüsselbegriffen der politischen Bildung auseinander und führt in ausgewählte Aspekte der Politik- und Sozialwissenschaft ein.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Grund- und Menschenrechte, die Antidiskriminierungsgesetze sowie den Beutelsbacher Konsens als Grundlagen bzw. Orientierungen der politischen Bildung, • die Kernziele und über Kernbegriffe der politischen Bildung, • den Zusammenhang von Demokratie und politischer Bildung, • die Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform, • ausgewählte praxisrelevante politische Theorien und Demokratiemodelle.
<p>Modul 5 (Präsenzmodul) Das Praxisfeld der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung</p>	<p>Das Modul thematisiert die Kernmerkmale der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung als Praxisfeld.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die historischen Entwicklungslinien und die gesetzlichen Grundlagen, • die aktuellen Organisationsstrukturen und Förderinstrumente bzw. Förderprogramme, • die fachlichen und trägerspezifischen Selbstverständnisse, • das konkrete Praxisfeld und die Angebotsstrukturen bzw. Angebotsinhalte, • didaktische Konzeptionen in der nonformalen politischen Bildung und die Diskussion um eine Didaktik.
<p>Modul 6 (Online-Modul) Das Praxisfeld der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung im europäischen und internationalen Kontext</p>	<p>Das Modul vertieft das Feld der politischen Bildung aus internationaler Perspektive.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Verortung der politischen Bildung im europäischen und internationalen Kontext sowie über entsprechende Konzepte, • Grundverständnisse und Ansätze im Kontext der Europäischen Union und des Europarates, • Grundverständnisse und Ansätze im Kontext der Bildungsarbeit der UN.



Schwerpunkt der Weiterbildung	Themen, Inhalte, Ziele
Modul 7 (Online-Modul) Politische Bildung in spezifischen Professions- und Handlungsfeldern	<p>Das Modul thematisiert die Politische Bildung im Kontext angrenzender Professions- und Handlungsfelder.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Selbstverständnis einer menschenrechtsorientierten Sozialen Arbeit, • das Selbstverständnis der Jugendarbeit in Bezug auf Bildung und politische Bildung, • das Verständnis von politischer Bildung in der internationalen Jugendarbeit, der kulturellen Bildung sowie im Bereich des Globalen Lernens, • die besonderen Herausforderungen der politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, • die Politische Bildung als Unterrichtsfach, als Auftrag von Schule und über die Kooperationsmöglichkeiten mit der nonformalen politischen Bildung.
Modul 8 (Online-Modul) Re-Lecture: neue und alte „Klassiker“ im Kontext der politischen Bildung	<p>Das Modul bietet eine Auswahl an Texten und Materialien, die für die Entwicklung und Fundierung der nonformalen politischen Bildung von besonderer Bedeutung sind. Hierzu gehören beispielsweise Autor*innen wie H. Giesecke, P. Freire, Th. W. Adorno, H. Marcuse, H. Arendt, Ch. Mouffe, O. Negt, J. Habermas, P. Bourdieu, M. Foucault, C. Crouch, B. Lösch u. a.</p>
Modul 9 (Online-Modul) Lerntheoretische Grundlagen, Wirkungsfelder und Zugänge der politischen Bildung	<p>Das Modul vermittelt einen Einblick in die lerntheoretischen Grundlagen der politischen Bildung, die unterschiedlichen Wirkungsfelder bzw. Konzepte sowie die Zugänge.</p> <p>Die Teilnehmenden erwerben unter anderem ein vertieftes Verständnis über folgende Wirkungsfelder:</p> <ul style="list-style-type: none"> • historisch-politische Bildung und politisch-soziale Bildung, • menschenrechtsorientierte, diversitätsorientierte und antirassistische politische Bildung, • geschlechterreflektierende politische Bildung, • Global Citizenship Education und inclusive citizenship education, • arbeitsweltorientierte politische Bildung <p>sowie über unterschiedliche Zugänge (z. B. alltagsweltorientierte und subjektorientierte Zugänge) zur politischen Bildung.</p>
Modul 10 (Präsenzmodul) Aktuelle fachwissenschaftliche Diskurse, Fragestellungen und Kontroversen in der politischen Bildung	<p>Das Modul thematisiert unter anderem die folgenden aktuellen fachwissenschaftlichen und fachpraktischen Diskurse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ökonomisierung von (politischer) Bildung, • Verhältnis von politischer Bildung und politischer Aktion, • soziales und politisches Lernen, • Neutralität und normative Orientierungen in der politischen Bildung, • Politisierung und Entpolitisierung in der politischen Bildung, • Rationalität und Emotionalität in der politischen Bildung , • politische Bildung für alle und von Anfang an (politische Bildung mit Kindern, mit Menschen mit Behinderungen etc.), • Politische Bildung, Demokratiebildung, Demokratiepädagogik, • Politische Bildung und „Wirkungsforschung“.
Modul 11 (Präsenzmodul)	<p>Das Modul reflektiert, vor dem Hintergrund der gesamten Weiterbildung, die eigene pädagogische Praxis.</p> <p>Im Mittelpunkt steht unter anderem die:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reflexion des eigenen pädagogischen Handelns auf der Grundlage der bisherigen Module, • Analyse der eigenen pädagogischen Praxis unter lerntheoretischen und kompetenzorientierten Konzepten, • Analyse des eigenen pädagogischen Tätigkeitsfeldes im Kontext der Tradition und des Selbstverständnisses der nonformalen politischen Bildung, • Reflexion der jeweiligen thematischen Fachkompetenz im Kontext gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen sowie im Kontext aktueller Schlüsselthemen.
Modul 12 (Präsenzmodul)	<p>Abschluss-, Auswertungs- und Prüfungsmodul</p>

Are we always the good guys?

Deutsch-amerikanische Programme in Zeiten des abnehmenden Multilateralismus

Wie kommt Unilateralismus zustande? Welche historischen Entwicklungen haben seine Entstehung begünstigt? Welche Entsprechungen findet er in der Innenpolitik? Wo wird er durch die Unterstützung gesellschaftlich relevanter Gruppen mitgetragen oder gefördert? Diesen Fragen widmeten sich verschiedene Seminare deutsch-amerikanischer Begegnungsprogramme exemplarisch für die USA. Die Beispiele aus den Veranstaltungen können nicht die Gesamtheit einer globalen Erscheinungsform erklären, aber sie machen deutlich, welche Strukturen und historischen Vorläufe die gegenwärtige Situation prägen und wie diese in der Praxis bearbeitet werden. von Martin Kaiser

Fehlender Perspektivwechsel: ein amerikanisches Dilemma?

Welche historischen Narrative prägen unsere Geschichtsbücher? Wie wir in der Gegenwart die Vergangenheit beschreiben, sagt viel über unsere augenblickliche politische Positionierung aus. Genau darum ging es im Seminar „What keeps society together? Dialogue and democracy in times of migration“, das im Juli 2017 im *Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen* durchgeführt wurde. Im Vorfeld der Veranstaltung wurden die Teilnehmenden gebeten, ihre „textbooks on the history of the 20th century“ zum Seminar mitzubringen. Geschichtsbücher werden in der Regel nicht schnell und nicht kurzfristig umgeschrieben. Deshalb kann dieser Ansatz keinen Aufschluss darüber geben, wie genau das Narrativ der *Trump-Administration* beispielsweise zur amerikanischen Weltpolitik in der Nachkriegszeit aussähe. Aber die im Folgenden beschriebene Seminarsequenz zeigt auf, an welche inhaltlichen Traditionen, an welche Sichtweisen auf die Weltpolitik, an welche historischen Narrative und an welches Verständnis von Multi- oder Unilateralismus die *Trump-Administration* anknüpft. Angesichts der

Aufkündigung des INF-Vertrages mit Russland, der wachsenden Spannungen mit China und der Konfrontation mit dem Iran in Sachen Atomprogramm sprechen zahlreiche Analytiker*innen von einem neuen – wie manche behaupten: unvermeidbaren – Kalten Krieg, der aufgrund einer unilateralistischen Interessenpolitik der *Trump-Administration* provoziert werde (vgl. Bierling 2019).

Diese Entwicklungen haben die Teilnehmenden des multilateralen Seminars im Sinn, als ihnen ihre Aufgabe gestellt wird: Sie sollen, ihre eigenen Quellen zugrunde legend, den anderen Beteiligten eine Frage stellen, wie ein historisches Ereignis von herausragender Bedeutung oder eine bestimmte Epoche aus dem eigenen Land in den Geschichtsbüchern der anderen dargestellt wird. Die Antwort soll sowohl die Inhalte wie auch eine Beschreibung der Narrative, einen Hinweis auf die Quellen und die Art der Darstellung wie beispielsweise die Veranschaulichung durch Fotos oder Diagramme und Statistiken beinhalten. Teilnehmende aus Deutschland, den USA, Polen, Litauen und Nordirland machen sich an die Arbeit.

„Are we always the good guys?“ wollen die amerikanischen Teilnehmenden wissen. Diese Frage erläutern sie: Wenn sie in ihren Geschichtsbüchern die Beschreibung →

der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges betrachteten, ergebe sich ein eindeutiges Bild: Die USA hätten in der Weltpolitik Freiheit und Menschenrechte verteidigt, wenn notwendig mit militärischen Mitteln; manchmal interveniert, manchmal sogar Kriege geführt, für Ordnung gesorgt, sich dann wieder zurückgezogen. „It seems as if we had always been the good guys in that period. We wonder if this period of American world politics is described in the same way in your textbooks.“

Welche historischen Narrative prägen unsere Geschichtsbücher? Wie wir in der Gegenwart die Vergangenheit beschreiben, sagt viel über unsere augenblickliche politische Positionierung aus.

Deutsche Schulbücher, die präsentieren die Teilnehmenden als Ergebnis ihrer Ausarbeitungen, beschreiben die amerikanische Nachkriegspolitik als durchaus widersprüchlich und in Teilen hypokritisch: Unterschiedliche Quellentexte stellen verschiedene Schulen amerikanischer Analyse sowie die sowjetische Position dar und fordern zu einer kritischen Stellungnahme auf (vgl. Zuber/Cornelissen 1997, S. 165). Gerade in der Afrika- und Asienpolitik der USA und ihrer westlichen Verbündeten sehen sie wirtschaftliche und ideologische Interessen die demokratischen Werte dominieren: „Die Eindämmungsstrategie verleitete den Westen dazu, ungeachtet der eigenen Ziele von Demokratie und Menschenrechten in der Dritten Welt alte Gesellschaftsstrukturen zu stabilisieren und selbst reaktionäre Diktatoren zu unterstützen.“ (Jäger/Keitz 2001, S. 625) Auch Schaubilder, Zeittafeln und weitere Gegenüberstellungen von Materialien lassen ein Narrativ erkennen, das die amerikanische Politik mit sehr viel Ambivalenz beschreibt. Der Blick in polnische Geschichtsbücher ergibt ein anderes Bild: Hier werden die USA stärker als westliche Schutzmacht beschrieben; von einem möglichen Widerspruch zwischen Weltmachtspolitik und Eintreten für die Menschenrechte ist nicht die Rede. In Litauen klingen kritische Töne an, ähnlich wie in den deutschen, ohne dass hier explizit zu einer kritischen Stellungnahme aufgefordert wird. Die nordirischen Geschichtsbücher werden gerade neu geschrieben. Die älteren verweisen – ganz im

Sinne der anglo-amerikanischen Verbundenheit – auf die Notwendigkeit, im Kalten Krieg dem Expansionsdrang der Sowjetunion durch eine starke transatlantische Zusammenarbeit entgegenzuwirken.

Die amerikanische Gruppe gibt das amerikanische Narrativ wieder, das geprägt ist von der Grundannahme, alle Anstrengungen auf die Verteidigung der freien westlichen Welt gegenüber dem Expansionsdrang der kommunistischen Länder unternehmen zu müssen, in der Innenpolitik (McCarthy-Ära) wie in der Außenpolitik. „The United States now became committed to defending anti-communist nations against attack or communist-led revolutions.“ (Weisberger 1972, S. 753)



Foto: Martin Kaiser / GSI Bad Bevensen

Sehr schnell wird in der Diskussion deutlich: Den amerikanischen Teilnehmenden wurde im Unterricht eine Perspektive vermittelt, die das Vorgehen ihrer Regierung während des Kalten Krieges – einschließlich der Unterstützung diktatorischer Regime in Lateinamerika und Afrika sowie des Vietnamkrieges – nicht grundsätzlich kritisch hinterfragte, nicht an den proklamierten Idealen von Demokratie und Menschenrechten maß und auch nicht die Sichtweise anderer Akteur*innen in der Weltpolitik einbezog. Darin liegt der Bezug zur Gegenwart, der Rückgriff der *Trump-Administration* auf Ansätze, auf Perspektiven und Narrative, die schon lange gewachsen waren: ein Blick auf Geschichte und gegenwärtige Politik, der andere Perspektiven nicht einbezieht und das Vorgehen der eigenen Regierung in den Kontext amerikanischer Interessenwahrung stellt. Dies geschehe auch, das machen die amerikanischen Teilnehmenden deutlich, als Gegenreaktion auf die *Obama-Administration*, in der demokratische Politik einen gegenteiligen Ansatz verfolgt habe und von Multilateralismus geprägt gewesen sei.

Ausgrenzung – ein amerikanisches Dilemma?

Sind die Versuche der *Trump-Administration*, Einwanderung aus muslimischen Ländern zu beschränken, bisher beispiellos? Die ersten beiden Jahre seiner Regierungszeit zeigten, wie die Frage der Einwanderungspolitik, nicht nur bezogen auf muslimische Länder sondern auch auf Mexiko und Lateinamerika, die amerikanische Gesellschaft spaltete. Die Auseinandersetzungen führten zu Klagen vor Bundesgerichten bis hin zum *Supreme Court*, zu zahlreichen Protestaktionen und Gegendemonstrationen, zu Solidaritätsbekundungen für den Präsidenten. Sie stehen für eine Politik, die – ganz im Sinne von „America first“ – das, was die Administration und die Mehrheit der *Trump-Wähler* unter amerikanischen Interessen verstehen, in den Vordergrund stellt: die Abgrenzung nach außen durch die Begrenzung von Zuwanderung, die Förderung der amerikanischen Wirtschaft durch Schutzzölle und Standortentwicklung, die Unterstützung dessen, was Analytiker*innen unter dem Begriff „white supremacy“ zusammenfassen (Thrush/Haberman 2017).

In einem bilateralen deutsch-amerikanischen Fachprogramm im August 2019 wird das Thema Ausgrenzung in einen größeren Zusammenhang gestellt: Beide Gruppen erhalten die Aufgabe, eine Präsentation über Hoffnungen und Befürchtungen zusammenzustellen, die sie hinsichtlich der demokratischen Entwicklung in ihren Ländern hegen. „Choosing hope over fear“, das berühmte Zitat *Barack Obamas*, steht als Leitmotiv über dem Seminar. Jetzt sollen sie dies mit jeweils vier Beispielen konkretisieren und dabei Fotos zur Veranschaulichung verwenden. Die deutsche Gruppe präsentiert zwei Fotos zu den Ereignissen in Chemnitz vom August 2018: Das eine zeigt rechtsextreme Gruppen, die den Vorfall nutzen, um gegen Zuwanderung Stimmung zu machen. Auf dem anderen sind die vielen Besucher*innen des Konzerts „we are more“ zu sehen, die sich für Vielfalt und Toleranz einsetzen. „Manchmal“, sagt *Melina*, Teilnehmerin aus Deutschland, „steckt in einem Ereignis beides: die Ausgrenzung, die wir erleben, und die Unterstützung für eine offene Gesellschaft.“ Die beiden anderen Fotos greifen den Mord an einem achtjährigen Jungen auf, der in Frankfurt vor einen Zug gestoßen wurde („War es wirklich die wichtigste Nachricht, dass es sich hierbei um einen Eritreer handelte?“ fragt Jonas, der dieses Beispiel präsentiert) und die *Fridays for Future-Bewegung*, die die deutsche Gruppe mit viel Hoffnung verbindet.

Die amerikanische Gruppe zeigt ein Bild des „March in Charlottesville“ vom August 2017, in dessen Verlauf rechtsextreme Gruppen rassistische Parolen vorbrachten

und gewalttätig wurden, Gegendemonstranten verprügeln – Ereignisse, die *Donald Trump* zunächst mit den Worten kommentierte „You had very fine people on both sides“ (Thrush/Haberman 2017). Was die Teilnehmenden besonders beunruhigt: „They feel free and encouraged to express their racist ideas in the public“, erklärt *Lindsay*, Teilnehmerin aus Philadelphia. Das andere Foto zu ihren Befürchtungen stellt den *Supreme Court* dar. Hier hätten sich *Trump* und die republikanische Partei durch geschicktes Manövrieren eine konservative Mehrheit verschafft.

Und was macht ihnen Mut? Sie zeigen die Demonstrationen von Schüler*innen der *Parkland-Bewegung*, die nach dem Amoklauf an der *Stoneman-Douglas-Highschool* in Florida für Änderungen in der Waffengesetzgebung demonstrieren. Und ein letztes Foto zeigt die „blue wave“ von progressiven demokratischen Abgeordneten, die bei den letzten Kongresswahlen ins Parlament kamen. „This gives us hope“, erklärt *Laala*, amerikanische Teilnehmerin mit gambischen Wurzeln, „that the opposition with diverse roots can voice its opinion and gain representation.“

Diese Seminareinheit macht deutlich, in welchem Umfang die Auseinandersetzung zwischen Uni- und Multilateralismus, zwischen Forderungen nach Vielfalt und Homogenität auch durch innergesellschaftliche Debatten, Strömungen und Aktivitäten geprägt wird. Ausgrenzung gegenüber Zugewanderten, die die Schließung von Grenzen fordert, wird durch rechtspopulistische Gruppen unterstützt und getragen. Eine auf Unilateralismus basierende Politik in den USA findet ihre Entsprechung und ihr „back-up“ in der Innenpolitik.

Zahlreiche Publikationen aus jüngster Zeit weisen nach, dass solche Strömungen in den USA nicht neu sind, sondern in unterschiedlichen historischen Epochen über lange Zeiträume beispielsweise sehr unterschiedliche Zuwanderungsgruppen systematisch ausgrenzten und das forderten, was heute unter dem Label „white supremacy“ zusammengefasst wird. Stellvertretend sei hier das Buch mit dem sprechenden Titel „American Intolerance“ angeführt, in dem die Verfasser*innen eine Ausgrenzungsstruktur nachweisen, die sich nach ihrer Auffassung an vielen Stellen der amerikanischen Geschichte wiederholte und jeweils gegen unterschiedliche Zielgruppen richtete. „The fear of foreigners threatening our security, creating social unrest, taking jobs, and corrupting the moral fabric of society has a long and storied history that is vital to understanding the present-day immigration crisis.“ (Bartholomew/Reumschüssel 2018, S. 26) Auch und gerade beim Thema Ausgrenzung, bei der Frage von Zuwanderungsverboten →

und damit der Umsetzung eines weiteren Bestandteils der *America-first-Strategie* kann *Donald Trump* auf historische Entwicklungen zurückgreifen, in denen vergleichbare Ansätze zum Tragen kamen.

Hillbilly Elegie – die Geschichte der Abgehängten?

In ganz unterschiedlichen Ländern mit demokratischen Gesellschaftsordnungen sind in den letzten Jahren Zweifel am Funktionieren des politischen Systems entstanden. Auch sie sind Ausdruck einer von Desintegration gekennzeichneten neuen „Weltunordnung“, in der sich Menschen mit ihren Anliegen nicht repräsentiert und abgehängt fühlen. In Ungarn, Polen und Frankreich, in Deutschland und den USA formierten sie sich zu populistischen Bewegungen, die in vielerlei Hinsicht übereinstimmende Signale aussandten: Sie wollen wahrgenommen werden, sie wollen in der Politik vorkommen, nicht selten fordern sie für sich Privilegien gegenüber Zugewanderten ein; in der internationalen Politik unterstützen sie das Verfolgen nationaler Interessen und verweigern multilateralen Ansätzen ihre Zustimmung (vgl. Mudde 2017).

„The comparison of historic narratives. This was a real eye-opener. It was not only about history. This was about what happens in the present time.“

Auch dieses Phänomen griffen wir – diesmal im Rahmen des bilateralen Fachprogramms „Making the world we seek. Dialogue and diversity in the U.S. and Germany“ im August 2018 – auf. Als Hintergrund nutzten wir dabei zum einen die politikwissenschaftliche Analyse und die Berichterstattung in den Medien. Amerikanische Analytiker*innen sprechen in diesem Zusammenhang von „the left behind“ in den ländlichen Regionen der USA (Wuthnow 2018), von „the unspoken truth of our racial divide“ (Anderson 2016), von den Gefühlen des Abgehängt-seins der weißen Mittel- und Unterschicht, die sich als „strangers in their own land“ fühle (Hochschild 2016) und immer wieder findet sich der Hinweis auf den sogenannten *white trash* (Isenberg 2016). In Deutschland ist von der gespaltenen und der verlorenen Mitte die Rede (vgl. Zick u. a. 2016), von der Tendenz zum Rechtspopulismus und -extremismus. Zum anderen greifen wir die Situation anhand biographischer Berichte auf.

In seinem Bestseller „Hillbilly Elegy“ beschreibt der amerikanische Autor *J. D. Vance* die Geschichte seiner Familie „und einer Gesellschaft in der Krise“, im amerikanischen Originaltitel ist von „Culture in Crisis“ die Rede. Aufgewachsen ist er in Middletown, Ohio. Bevor sie arbeitslos wurden, arbeiteten seine Familienmitglieder zunächst im Bergwerk, später in der einzigen lokalen Fabrik, die Autoteile herstellte, dann von *Kawasaki* aufgekauft und später geschlossen wurde. *Vance* lebt bei der Großmutter, um der Drogensucht, dem instabilen Lebenswandel seiner Mutter und der „revolving door of father figures“ (Vance 2016, S. 88) zu entgehen. Der Hartnäckigkeit und Weitsicht seiner Großmutter verdankt er die Geborgenheit eines Zuhauses und einen halbwegs gesicherten Alltag; die Förderung durch einzelne Lehrer ermöglicht ihm den Zugang zum College und später zur Universität.

Aber er bleibt der einzige aus seiner Umgebung, dem das gelingt. Die anderen verharren im Kreislauf aus Drogen, Gewalt und Arbeitslosigkeit. Als die Fabrik schießt, entfallen die Investitionen in die lokale Schule, den Park und das öffentliche Schwimmbad. Die Gegend verarmt. Als Teenager nimmt er seinen ersten Job in einem Supermarkt an. Dort beobachtet er, dass Leute zwei Dutzend Six-Packs Soda mit Lebensmittelmarken erstehen und die Getränke anschließend im Discounter gegen Bargeld wieder verkaufen. Er erlebt, wie andere, die Sozialhilfe empfangen, T-Bone-Steaks kaufen, die er sich mit seinem geringen Lohn nicht leisten kann. Selbstkritisch beschreibt er die Situation von seinesgleichen: „We hillbillies spend our way into the poorhouse“ und beklagt „the broken connection between the world we see and the values we preach.“ (Ebd., S. 146f.) Sie sind empfänglich für die Botschaft der Rechten: „It’s not your fault that you’re a loser; it’s the government’s fault“. Als *Barack Obama* ins Präsidentenamt gewählt wurde, hatten viele bereits die Hoffnung auf Veränderung verloren: „So many people in my community began to believe that the modern American meritocracy was not built for them.“ (Ebd., S. 191)

Die Ursache sieht *Vance* im Kontext seiner Herkunft, in „disrupted families“ und sozialem Abstieg: „By almost any measure, American working-class families experience a level of instability unseen elsewhere in the world. (...) The most depressing part is that relationship instability, like home chaos, is a vicious cycle.“ (Ebd., S. 228) Wer so aufwächst, das wird schnell klar im Seminar, den interessiert die Weltpolitik der USA nicht. Es wird auch deutlich, dass die „Hillbillies“ vor allem gegen das Establishment sind, ein Umstand, den *Trump* sich zunutze machen

und ihre Unterstützung gewinnen konnte. Um ihren verlorenen Lebensstandard wiederzugewinnen und einen Platz in ihrer Gesellschaft zu finden, stimmen sie für denjenigen, der ihnen Jobs und Infrastruktur, keine Konkurrenz durch Zugewanderte – ob diese real sein mag oder nicht – und die Verwirklichung der einfachen Werte verspricht wie „loyalty, honor und toughness“ (ebd., S. 66), zu denen sie sich bekennen.

„Hier ist eine Welt in Unordnung geraten“, sagt *Marwan*, arabischstämmiger Leiter der amerikanischen Gruppe. „Hier zählt kein Pluralismus in unserer Gesellschaft; hier gibt es keinen Multilateralismus. Hier gibt es auch kein Interesse an der internationalen Politik. Das einzige, was hier zählt, ist der Weg, wie diese Menschen ihren Platz in der amerikanischen Gesellschaft wiedergewinnen können.“ Damit stellt er erneut die Verbindung zwischen der innenpolitischen Situation, der gesellschaftlichen Entwicklung und der internationalen Politik seines Landes her.

Gefragt nach der wichtigsten Erfahrung, die sie vom Seminar mit nach Hause nimmt, antwortet *Lindsay*, Teilnehmerin des Fachprogramms im August 2019: „The comparison of historic narratives. This was a real eye-opener. It was not only about history. This was about what happens in the present time.“ Und *Marwan* fügt an: „So beginnt Multilateralismus: mit der Multiperspektivität, die wir in einem Fachprogramm nutzen, um politische Ereignisse zu analysieren.“

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zum Autor



Martin Kaiser ist Leiter des Gustav Stresemann Instituts in Niedersachsen e. V. In seinen internationalen Projekten arbeitet er mit Partnerorganisationen in den USA, dem Nahen Osten sowie West- und Osteuropa zusammen. Zu seinen thematischen Schwerpunkten gehören Demokratie-Bildung, Umgang mit Vielfalt, Multiperspektivität und historische Narrative. Er ist seit 12 Jahren Mitglied im Vorstand des AdB.

martin.kaiser@gsi-bevensen.de

Literatur

Anderson, Carol (2016): *White Rage. The Unspoken Truth of Our Racial Divide.* New York: Bloomsbury

Bartholomew, Robert E. / Reumschüssel, Anja E. (2018): *American Intolerance. Our dark history of demonizing immigrants.* Amherst: Prometheus Books

Bierling, Stephan (2019): *Amerika unter Trump. Die zerrissene Nation.* In: faznet vom 22.01.2019; www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/usa-die-zerrissene-nation-15986701.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Zugriff: 17.09.2019)

Hochschild, Arlie Russell (2016): *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right.* New York: The New Press

Isenberg, Nancy (2016): *White Trash. The 400-Year Untold History of Class in America.* New York: Penguin Random House

Jäger, Wolfgang / Keitz, Christine (2001): *Kursbuch Geschichte – Thüringen. Von der Antike bis zur Gegenwart.* Berlin: Cornelsen / Volk und Wissen

Mudde, Cas (Ed.) (2017): *The Populist Radical Right. A reader.* New York: Routledge

Thrush, Glenn / Haberman, Maggie (2017): *Trump Gives White Supremacists an Unequivocal Boost.* In: *The New York Times* vom 15.08.2017

Vance, J. D. (2016): *Hillbilly Elegy. A Memoir of a Family and Culture in Crisis.* New York: HarperCollinsPublishers

Weisberger, Bernard (1972): *The Impact of Our Past. A History of the United States.* Rockville: American Heritage Publishing

Wuthnow, Robert (2018): *The Left Behind. Decline and Rage in Rural America.* Princeton: Princeton University Press

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Krause, Daniela (2016): *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.* Bonn: Dietz Verlag

Zuber, Karl-Heinz / Cornelissen, Joachim (1997): *bsv Geschichte 4 GN. Das 20. Jahrhundert.* München: Bayerischer Schulbuch Verlag

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Das Grundgesetz als Gegenstand non-formaler politischer Bildung

Das Grundgesetz feiert 2019 seinen runden Geburtstag, es ist nun 70 Jahre jung. Dieses Jubiläum hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) zum Anlass genommen, das Grundgesetz in den Mittelpunkt seines Jahresthemas 2019 zu stellen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“. Dieser Beitrag gibt einen Einblick, wie die Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz in der Praxis politischer Bildung aussehen kann.

von Rebecca Arbter und Lea Jaenicke

Das Grundgesetz-Jubiläum und das AdB-Jahresthema 2019 boten einen guten Anlass, sich eingehend und auf unterschiedlichen Ebenen mit dem Grundgesetz zu beschäftigen. Als Garant unserer Grund- und Bürgerrechte und unserer demokratischen, institutionellen Ordnung, sollte es auch ein wesentlicher Baustein non-formaler politischer Bildung sein. Gerade für die Vermittlung von Wissen und das Erleben von Demokratie, für die Auseinandersetzung sowohl mit dem *Politischen* als auch mit der *Politik*, bietet das Grundgesetz zahlreiche Anknüpfungspunkte.

Das Grundgesetz als Gegenstand der non-formalen politischen Bildung bietet sich als Bezugspunkt an, um die Wirkungspotenziale der politischen Bildung zu nutzen, die Urteils- und Handlungsfähigkeit zu fördern und Neugierde für das Politische zu wecken. Es lassen sich bei der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen zahlreiche Bezüge zum Grundgesetz aufzeigen.

Formate zur Arbeit mit dem Grundgesetz bei der Jahrestagung des AdB

Als Beispiele politischer Erwachsenenbildung dienen hier zunächst drei unterschiedliche Zugänge, die auf der AdB-Jahrestagung anlässlich des Jahresthemas im Novem-

ber 2018 umgesetzt wurden. In drei Gesprächsforen fand eine Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz, seinen Werten und seiner Historie statt. Im Vordergrund standen der Austausch und der Bezug zur jeweiligen Bildungspraxis der Teilnehmenden in ihren Einrichtungen der politischen Jugend- und/oder Erwachsenenbildung.

Unter dem Titel *„Die Würde des Menschen ist (un) antastbar“* widmete sich eines der Foren dem Artikel 1 des Grundgesetzes. Hier standen die Fragen, „ob“, „wodurch“ und „wie weit“ die Menschenwürde (aktuell) antastbar geworden ist und welche Entwicklungen dabei in den letzten Jahren zu beobachten sind im Mittelpunkt. Beispiele von menschenverachtenden Äußerungen in politischen Debatten dienten als Einstieg in die Diskussion. Anhand von Zeitungsartikeln wurden verschiedene politische und gesellschaftliche Debatten der vergangenen Jahre aufgegriffen, die in Kleingruppen unter der Fragestellung diskutiert wurden, ob und inwiefern hier Grundrechte angegriffen wurden und werden. Als Beispiele dienten unter anderem die Debatten um das Arbeitslosengeld II, das sogenannte Hartz IV, über Überwachungsszenarien und Polizeigesetzgebungen sowie Obdachlosigkeit. Die Diskussionen zeigten, dass Grundrechte immer wieder und unabhängig der

politischen Couleur zur Debatte gestellt werden und hierbei in den letzten fünf Jahren eine Verschärfung der Angriffe zu beobachten ist. Nicht zuletzt ging es damit auch um die Frage, was diese Entwicklung für die non-formale politische Bildung bedeutet. Bei den diskutierten Themen hat sich gezeigt, dass sich sowohl Bezüge zum Grundgesetz als auch zur eigenen pädagogischen Praxis herstellen lassen. Das heißt, wer diese Themen in der eigenen pädagogischen Praxis einbringen und aufgreifen möchte – sei es mit Jugendlichen oder auch in Gruppen von Erwachsenen – kann bei fast allen Themen und Formaten der politischen Bildung Bezüge zum Grundgesetz herstellen.

Einen weiteren Zugang zum Thema bot das Gesprächsforum „Wertorientierungen des Grundgesetzes“. Als Ausgangssetting waren die Wände des Seminarraums mit unzähligen Karten beklebt, auf denen verschiedenste Werte (bspw. Integrität, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit) notiert waren. Dies hatte keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern diente als Inspiration. Die Anwesenden bekamen die Gelegenheit, sich die unterschiedlichen Werte in Ruhe anzusehen. Anschließend erhielten die Teilnehmenden in Kleingruppen eines der Grundrechte und hatten nun den Auftrag, diesem Werte zuzuordnen und diese Kombination anschließend den anderen Teilnehmenden vorzustellen. Abschließend diskutierte die Gruppe mögliche Zusammenhänge der Wertorientierung der Grundrechte / des Grundgesetzes mit der Praxis politischen Bildens.

Hier wurde deutlich, dass die Praxis politischer Bildung viel enger mit den Grundrechten verknüpft ist als auf den ersten Blick angenommen. Die Auseinandersetzung und auch die kontroverse Diskussion waren bereichernd und es konnten Brücken zum eigenen Leben, dem Alltäglichen, dem gesellschaftlichen Miteinander und zur eigenen Bildungspraxis gebaut werden. Vor allem die Arbeit mit Jugendlichen zu Grundrechten / dem Grundgesetz bietet Chancen: Die Auseinandersetzung mit Werten und Gesetzen schafft Raum für Diskussionen und den Austausch verschiedener Meinungen, hier kann Empathie und Perspektivübernahmefähigkeit erlernt und erlebt und die eigene Urteilsfähigkeit gestärkt werden.

Das dritte Gesprächsforum widmete sich dem „Grundgesetz im gesellschaftlichen Wandel“ und wählte einen historischen Zugang zum Thema, denn das Grundgesetz wurde in den vergangenen 70 Jahren immer wieder verändert und somit an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst. Damit spiegelt es in gewisser Weise in seiner heutigen Form den gesellschaftlichen Wandel der vergangenen

Jahrzehnte wider. Einem Zeitstrahl, der über gesellschaftliche Ereignisse der letzten 70 Jahre informierte, konnten die Teilnehmenden Grundgesetzänderungen zeitlich zuordnen. Sie konnten dem Wandel nachgehen und diskutieren, welche gesellschaftlichen Ereignisse welche Veränderungen ausgelöst und wie diese wiederum die Gesellschaft beeinflusst haben. Diskutiert wurden auch hier der Bezug zur non-formalen politischen Bildungspraxis und die Frage, wie das Grundgesetz im gesellschaftlichen Wandel stärker zum Thema in der politischen Bildung gemacht werden kann.

Dieses inhaltlich-methodische Vorgehen ließe sich auch anhand einzelner Themen oder Veränderungen des Grundgesetzes umsetzen, indem deren historische Genese nachgegangen und diese mit Bezug zur Veränderung von Werten diskutiert werden. Hier bieten Methoden der historisch-politischen Bildung und der Erinnerungskultur viele Anknüpfungspunkte.

Formate zum Thema Grundgesetz in den AdB-Mitgliedseinrichtungen

Auch in AdB-Mitgliedseinrichtungen fanden passend zum Jahresthema Workshops oder Seminare der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung statt. Im Folgenden werden zwei unterschiedliche Veranstaltungen kurz beschrieben und ihre Bezüge zum Grundgesetz aufgezeigt.

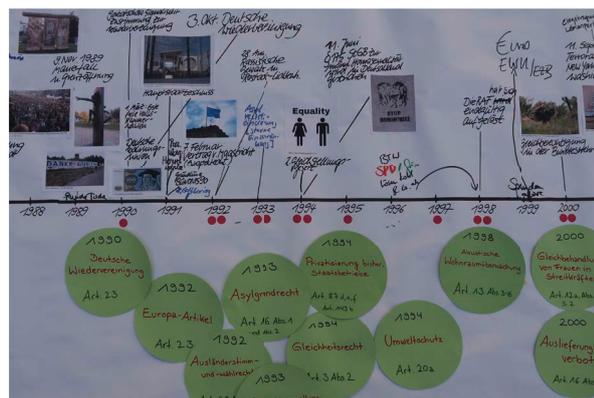


Foto: AdB

Im April 2019 fand in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing ein Seminar mit dem Titel „Demokratieerziehung in unsicheren Zeiten“ statt. ¹ Dies richtete sich gezielt an Lehrkräfte als Multiplikator*innen und schulte →

¹ www.apb-tutzing.de/programm/tagung/15-1-19; Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 11.09.2019.

deren Kompetenzen, politische und alltägliche Auseinandersetzungen entsprechend auch kontrovers in der Schule im Umgang mit Schüler*innen einzubinden und als Demokratieerziehung beziehungsweise politische Bildung in ihren Schulalltag einfließen zu lassen. Im Veranstaltungsprogramm heißt es dazu, der „Beutelsbacher Konsens muss neu belebt werden. Neutralität in der politischen Bildung kann und darf nicht Beliebigkeit heißen gegenüber den Werten und Grundsätzen unserer Verfassung!“ (Ebd.) Bei Diskussionen über Neutralität und den *Beutelsbacher Konsens* spielt das Grundgesetz eine wichtige Rolle, garantiert es doch, die Rechte und Pflichten aller in einer pluralen Demokratie zu sichern. Methodische Zugänge zum Thema waren Inputvorträge aus Wissenschaft und Hochschule sowie aus Praxis, Schule und der Perspektive von Verbänden. In einem klassischen Format der politischen Erwachsenenbildung wurden den Teilnehmenden vielseitige Perspektiven rund um das Thema und ein Austauschforum geboten.

An Jugendliche, die sich politisch in der Schule, in Jugendverbänden oder anderen Kontexten engagieren, richtete sich das „Demokratiecamp“ der *Friedrich-Ebert-Stiftung* im Juli 2019.² Als Tagungsort diente die *Alte Feuerwache e. V.* in Berlin, ebenfalls eine ADB-Mitglieds-einrichtung. Teilnehmende Jugendliche sollten für ihr bisheriges Engagement wertgeschätzt und gefördert werden. „An Herausforderungen für Demokratie ging es den jungen Teilnehmenden vor allem um Rechtspopulismus, die Klimakrise, soziale Ungleichheit in Deutschland und die Frage, wie man sich als junger Mensch überhaupt politisches Gehör verschaffen kann.“ So *Kerstin Ott*, Leiterin *Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. / Politische Akademie* und verantwortlich für das Demokratiecamp. Nach Prinzip des *Beutelsbacher Konsenses* (Schülerorientierung beziehungsweise Teilnehmendenorientierung) bot das Programm eine vielseitige Mischung aus interaktiven Angeboten, zum Beispiel Kreativworkshops, ein Simulationsspiel und ein Projektlabor. Eine Mischung, die den Jugendlichen vermittelt, was es für eine politische Haltung und ein politisches Engagement braucht: „eine politische Urteilsfähigkeit, gute Zusammenarbeit mit anderen und Ideen und Handwerkszeug für konkrete Projekte“ (ebd.). Auch gab es zahlreiche inhaltliche Anknüpfungspunkte zum Grundgesetz als Grundlage der demokratischen Ordnung, sei es bei der Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ oder in Auseinandersetzung mit Grundwerten und

Gerechtigkeit (vgl. ebd.). *Kerstin Otts* Resümee ist eindeutig und blickt sehr positiv auf die gemachten Erfahrungen: „Vielen jungen Menschen ist bewusst, dass ihr Engagement für Demokratie immer nötiger ist und sie sind bereit anzupacken – vor allem aber, wenn sie damit nicht alleine sind.“

Weitere Formate und Methoden zur Arbeit mit dem Grundgesetz

Auch andere Organisationen und Einrichtungen haben sich mit dem Grundgesetz beschäftigt und Formate und Methoden entwickelt, die in der politischen Bildung genutzt werden können.

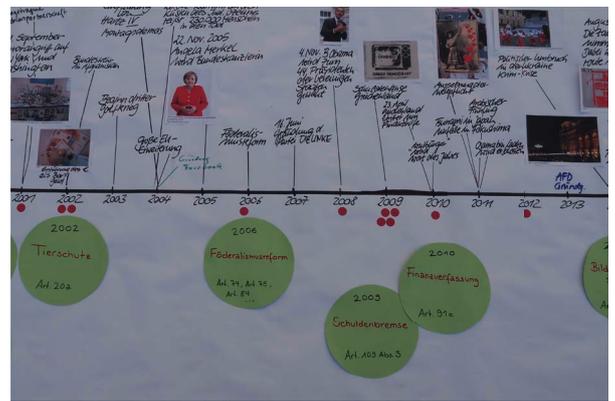


Foto: ADB

Der Verein *Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.* hat ein Heft mit dem Titel „Grundrechte – das ist dein Gutes Recht!“ herausgegeben in dem er niedrigschwellig an die Grundrechte heranführt, diese erläutert und Fragen dazu beantwortet. Auch wenn das Heft sehr textlastig ist und keine Methoden an die Hand gibt, kann der Inhalt oder können Teile davon für die Arbeit insbesondere mit Jugendlichen nutzbar gemacht werden, bspw. indem diese sich in Kleingruppen eines der erläuterten Grundrechte erarbeiten.

Neben diesem Heft hat die Organisation verschiedene Spiele produziert, die vornehmlich für Diskriminierungsformen sensibilisieren. Bald erscheint auch ein Spiel, das sich explizit mit Demokratie beschäftigt und somit auch das Grundgesetz thematisiert.³

Die *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb* hat zusammen mit dem *Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)* zum 70. Geburtstag des Grund-

2 www.fes.de/themenportal-demokratie-engagement-rechtsstaat-kommunalpolitik/artikelseite/demokratiecamp-12-07-14-07-2019-1

3 www.gesichtzeigen.de/angebote/material/spiele

gesetztes ein multimediales Storytelling gestartet, in der die Geschichte von *Karl*, einem fiktiven Stenografen des *Parlamentarischen Rates*, nachverfolgt werden kann. Neben der Entstehung der Grundrechte werden auch zeitgeschichtliche Ereignisse und die Lebensumstände, die Ende der 1940er Jahre Realität waren, deutlich. Mit Ton und Bildmaterial lassen sich unterschiedliche, interaktiv aufbereitete Zugänge zum Thema finden. Hintergrundinformationen und ein Glossar ergänzen die Geschichten. ⁴

Anlässlich seines 70. Geburtstages sind das Grundgesetz und sein Wert für eine heterogene und demokratische Gesellschaftsform in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt.

Ufuq e. V., als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe auch in der politischen Bildung aktiv, schlägt vor, sich bei der Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz mit der zum 65. Geburtstag des Grundgesetzes von *Navid Kermani* gehaltenen Rede zu beschäftigen. Diese Rede bietet viele tagesaktuelle und historische Beispiele, die zur Annäherung an und Auseinandersetzung mit Grundrechten und dem Grundgesetz einen guten Einstieg bieten können. ⁵

Fazit: Altes Papier oder aktuelle Herausforderungen?

Geburtstage bieten Chance zur Reflexion über das Erreichte und das noch Erstrebenswerte. Anlässlich seines 70. Geburtstages sind das Grundgesetz und sein Wert für eine heterogene und demokratische Gesellschaftsform in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Viele Veranstaltungen und Themenreihen haben sich in diesem Jahr mit dem Grundgesetz befasst. Auch der AdB hat sich im Rahmen des Jahresthemas mit dem Grundgesetz in seiner vielfältigen Rolle für die non-formale politische Bildung beschäftigt.

Die besprochenen Beispiele zeigen unterschiedliche Zugänge zur Arbeit mit dem Grundgesetz und bieten für unterschiedliche Kontexte die Möglichkeit, Rückschlüsse und Anregungen in die eigene berufliche Praxis mitzunehmen.

Im Kontext der Formate wurden unter anderem fol-

gende Themen mit Bezug auf das Grundgesetz bearbeitet: Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte als Errungenschaften im Kontext einer historischen Betrachtung der Entwicklung des Grundgesetzes, politisch kontroverse Themen und Diskriminierungsfreiheit sowohl in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen als auch mit Erwachsenen, sowie die Fragen nach Werten wie Solidarität und Freiheit unter Berücksichtigung von Rechten und Pflichten. Dieses Themenspektrum lässt sich beliebig erweitern.

Auch wenn das Grundgesetz bei einigen ein verstaubtes Image hat, es lohnt sich, es sich erstens genau anzuschauen, um seine Werte für eine offene, diverse und radikal-demokratische Gesellschaft zu erkunden und zweitens, es zum Gegenstand non-formaler politischer Jugend- und Erwachsenenbildung zu machen. Die aufgekommenen und hier angesprochenen Themen sind dabei nicht neu, aber stets aktuell. Das Grundgesetz bietet vielfältige Anknüpfungspunkte und lässt sich methodisch zielgruppengerecht aufarbeiten, weil lebensweltliche und (tagesaktuelle) politische Bezüge einfach herzustellen sind.

Insbesondere in Zeiten erstarkten Rechtspopulismus' bietet das Grundgesetz starke Argumente sowie Bezugspunkte für die Diskussion zu vielen gesellschaftlichen und politischen Themen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2019

Zu den Autorinnen



Rebecca Arbter ist seit 2017 Projektreferentin in der Geschäftsstelle des AdB und dort für das Projekt „Empowered by Democracy. Stärken. Bilden. Vernetzen.“ verantwortlich. Zuvor war sie in der Flüchtlingshilfe und als freie Mitarbeiterin in der Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen tätig.

arbter@adb.de



Lea Jaenicke ist seit 2018 Referentin Bildungspraxis im AdB-Fachreferat „Religiös begründeter Extremismus“. Zuvor koordinierte sie ein Peer-Education Programm an Berliner Schulen und theaterpädagogische Ferienprogramme für geflüchtete Kinder- und Jugendliche.

jaenicke@adb.de

⁴ www.siebzig-jahre-gg.de

⁵ www.ufuq.de/70-jahre-grundgesetz-anregungen-fuer-den-unterricht

Rezensionen

Kersten Lahl/Johannes Varwick: Sicherheitspolitik verstehen

Handlungsfelder, Kontroversen und
Lösungsansätze



Frankfurt am Main 2018
Wochenschau Verlag, 223 Seiten

VON DETMAR DOERING Bei kaum einem Wissensgebiet spürt man zurzeit so deutlich, was die Folgen sein können, wenn Uninformiertheit und Scheuklappendenken sich durchgesetzt haben, wie bei der Sicherheitspolitik. Gerade in Deutschland scheint bei der Setzung von strategischen Prioritäten und bei den dazu nötigen Entscheidungen über die Ausstattung kaum noch ein klarer Konsens oder der Wille zur Durchsetzung zu bestehen. Es ist daher ein guter Anfang, wenn man das Problem ganz grundsätzlich aus dem Blickwinkel der politischen Bildung angeht. Das tun in dem Buch „Sicherheitspolitik verstehen“ zwei Profis, die sich der Sache vor allem aus zwei Richtungen nähern: der Wissenschaft, wie Johannes Varwick, und der Praxis (wenngleich kombiniert mit akademischem Berufsweg), wie Generalleutnant a. D. Kersten Lahl.

Das Buch erfüllt fast alle Erwartungen, die man an ein einführendes Bildungswerk zum Thema haben kann: Es informiert umfassend und ist vor allem nicht einseitig wertend. Es macht keine dogmatischen Vorgaben, sondern setzt Lernprozesse in Gang.

In der Tat behandeln die Autoren den Bereich der Sicherheitspolitik in allen ihren Facetten. Das umfasst strategische Grundfragen wie die Sinnhaftigkeit von militärischer Gewalt als ultima ratio der Politik (sehr gut erläutert am Sechstagekrieg von 1967) und von militärischer Stärke

als Element der Friedenssicherung. Der Bogen spannt sich weiter zu der Analyse der wesentlichen (oder weniger wesentlichen) politischen Akteure der Sicherheitspolitik – die reformbedürftigen Vereinten Nationen, die ihre Rolle suchende Europäische Union, die zwischen Isolationismus und globaler Verantwortung schwankende USA oder schwierige Länder wie Russland oder China.

Der Sicherheitsbegriff wird dabei bewusst sehr weit gespannt und umfasst auch die Auswirkung langfristiger Faktoren wie Bevölkerungsentwicklung, Staatsverfall oder Klimawandel. Alle diese Faktoren können irgendwann „Treiber der Unsicherheit“ (S. 71) werden.

Damit ist ein Lernziel quasi schon von selbst erreicht. Der/die Leser*in erkennt die volle Komplexität der sicherheitspolitischen Debatte, und dass die Sicherheitspolitik „keine Erfolgsgarantien oder allumfassenden Patentrezepte“ kenne. „Sie zielt immer ins Ungewisse.“ (S. 10) Ein Beispiel, das zunächst einmal einfach erscheint, es aber nicht ist, ist für die Autoren z. B. die Regel, dass Nato-Länder 2 % ihres Bruttoinlandsprodukts für Militär ausgeben sollten. Wie berechnet man das? Einige Länder haben gesonderte Sozialwerke über (Ex-)Militärangehörige, andere nicht. Zählt man die dazu? Nichts ist einfach.

Entsprechend wichtig ist für die Autoren daher der Aspekt des Zusammenhangs von öffentlicher Meinung und Sicherheitspolitik, der umso produktiver ist, je informierter die Diskussion geführt wird. Eine gute Sicherheitspolitik darf nicht von kurzfristigen Willensschwankungen abhängig sein, sie darf aber auch nicht undemokratisch durchgesetzt werden. „Es bleibt ein Spannungsbogen zwischen Führungsverantwortung der Politik, unpopulären Entscheidungen und Rücksicht auf die innergesellschaftlichen Präferenzen“, meinen die Autoren und folgern daraus: „Dies gelingt dann am besten, wenn eine belastbare außen- und sicherheitspolitische Strategie vorhanden und kommuniziert ist.“ (S. 70) Dass es daran mangelt, scheint für Varwick und Lahl eines der Hauptprobleme der deutschen Sicherheitspolitik zu sein.

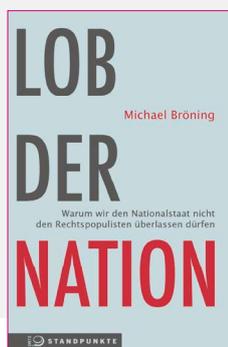
Die Autoren beenden jedes Kapitel mit einigen gesondert markierten Diskussionsfragen für deren Behandlung sie jeweils reichlich inhaltliches Material geboten haben. Es bliebe allenfalls kritisch anzumerken, dass das Buch wegen seiner Materialfülle und des insgesamt sehr sachlich-

wissenschaftlichen Stils (der andererseits die gebotene Zurückhaltung bei Wertungen unterstreicht) vielleicht nicht für absolute Anfänger oder Schüler*innen unterer Klassen geeignet ist. Es setzt schon einiges an politischen Kenntnissen voraus.

Für fortgeschrittene Lernende, aber auch für alle an sicherheitspolitischen Fragen Interessierte ist das Buch aber auf jeden Fall eine Fundgrube an Wissen und eine geistig anregende Lektüre, deren größere Verbreitung man sich nur wünschen kann.

Michael Bröning: Lob der Nation

Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen



Bonn 2018
Verlag J.H.W. Dietz Nachf.,
112 Seiten

VON DETMAR DOERING Keine Frage: Die Spaltung unserer modernen Gesellschaften in kosmopolitische Eliten und Menschen, die ihr Heil in Bewahrung und nationaler Abschottung suchen, ist eine der großen politischen Konfliktlinien unserer Zeit. Sie hat in den letzten Jahren sowohl zu innenpolitischen (etwa die Verwandlung Ungarns in eine Scheindemokratie) als auch zu globalen Verwerfungen (Brexit, Krise der Welthandelsordnung) geführt. Nationalpopulistische Scharfmacher sind dabei schon fast allzu leicht als die „Schurken im Stück“ identifizierbar und damit ist zugleich der von ihnen so hochgehaltene Nationalstaat arg in Verruf geraten. Die Globalisierung gegen ihre regressiven Feinde zu verteidigen, scheint heute für jeden fortschrittlich denkenden Menschen wichtiger denn je.

Diese Sicht der Dinge, so meint Michael Bröning in seinem Buch „Lob der Nation“, sei dann doch ein wenig

zu vereinfachend. Man habe das Konzept des Nationalstaats als reaktionär verdammt, ohne zu sehen, dass es auch weiterhin für fortschrittliche Politik eine unersetzliche Rolle spiele. Damit haben sich die fortschrittlichen Kräfte geradezu vielfach ins Abseits gesetzt und dem Gegner das Feld überlassen.

Bröning ist Leiter des Referats für Internationale Politikanalyse bei der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung und man kann daher das Buch auch als einen Ratschlag an die Sozialdemokratie sehen, bei der die einseitige Kritik am Nationalstaat besonders klar zur Entfremdung traditioneller Wählergruppen geführt habe. Der Grund dafür sei, dass die progressive Seite mit dem Nationalstaat die „Handlungsebene“ aufgegeben habe, „auf der sie stets ihre größten Erfolge“ feierte (S. 109).

Eines der Probleme sei, so Bröning, dass keine der „Erstzoptionen“ – von der Globalisierung bis zur Lokalisierung – bei den Bürgern als so stark legitimiert empfunden wird und zur Identifikation einlädt. Diese Erkenntnis führe noch nicht zu einem engstirnigen Nationalismus, sondern könne mehr positive Handlungsfähigkeit in der Politik ermöglichen. Die solle seiner Meinung nach nicht gegen die Globalisierung und Europäisierung gerichtet sein, sondern in ihr eine wichtige Rolle spielen. Gerade die Globalisierung brauche auch den starken Nationalstaat. Es gehe z. B. um eine „vernünftige Europäisierung“ (S. 64), die die Frage nach Zuständigkeiten nicht dogmatisiert – weder im Sinne des Nationalstaats noch im Sinne einer Überhöhung des Supranationalen.

Damit stellt sich auch die Frage der Demokratie, die für Bröning einen hohen Stellenwert einnimmt. Im Nationalstaat können sich demokratische Präferenzen deutlicher ausbilden als in der EU-Supranationalität. Selbst wenn die EU über ein starkes Parlament verfügt, bleibt bestehen, dass etwa eine so enorme Übertragung von Kompetenzen an die EU-Ebene wie sie bei der Euro-Rettung einsetzte, die (oft kulturellen) Differenzen der demokratischen Willensbildungen schlichtweg ignorieren muss. Griechenland und Deutschland haben z. B. unterschiedliche finanzpolitische Ziele und jede europäische Regelung muss zumindest einer Seite undemokratisch aufoktroziert werden. Ob Brönings Idee verschiedener „aneinandergeschlossener Währungsräume“ (S. 68) wirklich funktioniert, bleibt dahingestellt. Interessant ist aber in der Tat die dahinter liegende, sehr subsidiäre, Idee der Flexibilität, die pluralen und diversen Politikvorstellungen in den Nationalstaaten Raum zum Atmen lässt.

Ob der flexible Ansatz immer hinreicht oder doch nur schleichender europäischer/supranationaler Zentralisie- →

nung Vorschub leistet, sei ebenfalls dahingestellt. Immerhin gibt das Buch zur Beantwortung dieser allerdings dort kaum abschließend beantworteten Fragen diskussionswürdige Denkanstöße. Gerade in Europa wären vielleicht auch klarere Verteilungen von Exklusivzuständigkeiten nötig. Ähnliches gilt auch global, wo etwa das Erfolgsmodell der WTO als Agent der Handelsliberalisierung immer diffuser zu agieren droht, wo ein klares Mandat nötig wäre.

Man braucht die Kritik Brönings an den weltweiten Folgen der liberalen Globalisierungswelle seit den 90er Jahren (die in Wirklichkeit das größte Armutsbekämpfungsprogramm aller Zeiten war) nicht zu teilen, um zu sehen, dass sowohl die wirtschaftspolitische Flankierung die soziale Abfederung von Folgen globaler Transformationen auch meist weiterhin besser bei den Einzelstaaten aufgehoben ist als auf der supranationalen Ebene.

Der Titel „Lob der Nation“ war sicher als ein provokativer Aufmacher für sein (sozialdemokratisches?) Zielpublikum gedacht. Das Buch selbst ist jedoch in der Tat eher ein sehr balanciertes Plädoyer für eine Austarierung des Verhältnisses von Nationalität und Supra-Nationalität jenseits der ideologischen Scheuklappen, die man sich derzeit auf beiden Seiten der Debatte so gerne aufsetzt.

Steffi Lehmann: Jugendpolitik in der DDR

Anspruch und Auswirkungen



Baden-Baden 2019,
Band 35 der Reihe
„Extremismus und Demokratie“
Nomos Verlagsgesellschaft,
879 Seiten

VON FRIEDRUN ERBEN Wie ein Ziegelstein liegt das Buch in der Hand und demonstriert damit die ganze Schwere der Themas – wenigstens aus Sicht der Rezensentin, die gespannt ist, wo sie selbst sich in diesem Band wiederfindet

und die dann beim Lesen so manche Erinnerung an eigenes Erleben beschleicht. Auf bald 900 Seiten wird die 2017 an der Universität Chemnitz zur Dissertation zugelassene Arbeit das Thema Jugendpolitik in der DDR umfassend in den Blick nehmen. Schon zu Beginn des Jahres 2019 erschienen, kommt diese wissenschaftliche (Fleiß-)Arbeit doch gerade recht zum 30jährigen Jubiläum des Mauerfalls.

Die Autorin nimmt sich mit dem Thema Jugendpolitik der SED/DDR von den Anfängen bis zum Ende der DDR eines bisher kaum beforschten Themas an und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung von politischen Einflüssen auf die Biografie junger Heranwachsende in der DDR und zur Wertschätzung von Nischen und nonkonformistischen Jugendkulturen im Osten Deutschlands. Diese haben letztlich die offizielle Jugendpolitik immer indirekt mit beeinflusst, musste die offizielle Seite doch auf die dadurch entstehenden Bewegungen reagieren.

Nach einer ausführlichen Einleitung mit Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes, der Quellenlage (die Autorin ist sich dessen bewusst, dass die meisten Quellen aus der DDR-Zeit sehr kritisch gelesen werden müssen), der Methodik und der Einordnung der Untersuchung werden, gestützt auf gründliche Text- und Datenanalyse, in den Hauptkapiteln 3–6 vier Phasen – „Konstituierung der Jugendpolitik“ (1949–1964); „Konkretisierung und Ausbau der Erziehungsinhalte“ (1964–1973); „Militarisierung und Distanzierung“ (1974–1981); „Wachsende Diskrepanz und das Ende der Jugendpolitik“ (1992–1990) – in einem immer gleichen und daher gut vergleichbaren Schema beschrieben: (1) Jugendpolitik (Ziele, Sozialistische Erziehungsdoktrin, Funktionen der FDJ); (2) Konsequenzen (Einstellung zur FDJ, Privater Raum und Freizeitgestaltung, Konformitätszwang und Anpassung, Nonkonformismus). In den Abschnitten zum Nonkonformismus wird die in der jeweiligen Phase zu beobachtenden Entwicklung von Jugendkultur beschrieben, werden die westlichen Einflüsse beleuchtet sowie die staatlichen Reaktionen dargestellt. Die Überschriften der Hauptkapitel zeigen sehr gut die jeweiligen Schwerpunkte, die die Autorin den Zeiträumen zuschreibt.

In einer anschaulichen Tabelle (S. 763 ff.) werden die Phasen mit Blick auf Herrschaftsanspruch, Herrschaftsausübung, die angestrebte und die reale Herrschaftsreichweite in Stichworten zusammengefasst. Die Diskrepanz zwischen den beiden Polen „angestrebte Herrschaftsreichweite“ (sie bewegt sich zwischen allumfassend und umfangreich) und der „realen Herrschaftsreichweite“, die ge-

prägt ist von einer eher geringen Identifikation mit der FDJ und einem wachsenden subkulturellen Nonkonformismus, zeigt, wie schwer es für die jugendpolitischen Funktionäre war, ihr erklärtes Ziel, die Schaffung einer „sozialistischen Persönlichkeit“, zu erreichen.

Die Jugend- und Nischenkulturen wurden durch Musik und Mode, durch Filme und Comics, Fernsehen und Radio beeinflusst. Sie konnten in kirchlichen Kreisen, in der Friedens- und Umweltbewegung und in weiteren unabhängigen Jugendgruppen wachsen. Diese Gruppen standen natürlich unter verschärfter Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit. Erschreckend ist das Ausmaß an rechten Jugendgruppen, die – oft streng hierarchisch organisiert – zum Teil offen erkennbar, zum Teil verdeckt, ihre Naziideologie auslebten.

Die mit diesem umfassenden Band vorliegende Beantwortung der Leitfrage „Welche Ansprüche stellten die Machthaber an Heranwachsende in der DDR und wie wirkte die daraus resultierende Jugendpolitik, insbesondere im Freizeitbereich und auf Mitglieder nonkonformistischer Jugendkulturen?“ (S. 28) ist nicht nur für jemanden, der sich den Zwängen der FDJ und des Ende der 70er Jahre eingeführten Wehrkundeunterrichts entziehen konnte, spannend. Das Buch sei allen empfohlen, die sich für DDR-Geschichte und die Wechselwirkungen zwischen Ost und West interessieren, die sich in historisch-politischer Bildung mit Jugend und Jugendpolitik in der DDR und den aus der Jugendpolitik erwachsenen Folgen beschäftigen und die verstehen wollen, warum sich manches im Osten so entwickelt hat, wie es heute zu beobachten ist.

Man könnte denken, dass mit dieser umfassenden Arbeit dem Forschungsgegenstand „Jugendpolitik in der DDR“ ausreichend Genüge getan wurde. Das kleine Schlusskapitel „Offene Fragen“ zeigt aber, dass es noch einige interessante offene Forschungsfelder gibt, z. B. der Umgang mit linksextremistischen Strömungen, die Rolle von Mädchen und jungen Frauen; der Umgang mit jungen Menschen, „die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung (Homosexuelle), ihres Glaubens (Zeugen Jehovas und Juden), ihrer Herkunft (Sorben) oder ihres Gesundheitszustands (psychische bzw. physische Erkrankungen) möglicherweise nicht vollständig dem Idealbild der sozialistischen Persönlichkeit entsprechen konnten.“ (S. 782) Die Forschungsarbeit kann also im besten Sinne Anstoß sein für weitere Forschungen.

Dass ein Schlagwortverzeichnis das Stöbern in diesem seitenstarken Buch vereinfacht hätte, sei am Ende als kleine Anmerkung erlaubt.

Sander, Wolfgang: Bildung

Ein kulturelles Erbe für die Weltgesellschaft



Frankfurt am Main 2018
Wochenschau Verlag, 232 Seiten

VON ULRICH STEUTEN Wie manche Tiere und Pflanzen zu bedrohten Arten gehören, gehört heute die humanistische Bildung zu den bedrohten Kulturgütern. Ihre Feinde – Kompetenzen, Skills, Tools und solides Halbwissen – lauern überall und sind dabei, sie zu verdrängen. Ihre Verteidiger sind wenige, Konrad Liessmann, Peter Bieri, Julian Nida-Rümelin und Andreas Dörpinghaus gehören dazu; nicht erst mit seinem jüngsten Buch auch Wolfgang Sander. Sein Plädoyer für ein humanistisch fundiertes Konzept der pädagogischen und philosophischen Bildung konkretisiert er in sechs Kapiteln.

Seine Verteidigung der Bildung beginnt – nach einer kurzen Einführung zur Aktualität des Begriffs – tatsächlich bei Adam und Eva. Anhand der biblischen Darstellung der „Vertreibung aus dem Paradies“ (S. 11) verdeutlicht Sander, dass die Früchte der Erkenntnis nicht durch Diebstahl zu erlangen sind, sondern erarbeitet werden müssen. Wissen, das durch Verknüpfung mit anderem Wissen zu Bildung wird, ist nicht durch Downloads und Speicherung auf Festplatten zu erlangen. Beides muss durch geistige Arbeit lebenslang erworben werden. Die grundlegenden Unterscheidungen von „Realität“, „Wirklichkeit“ und „Wissen“ sowie der „Ebenen der Konstruktion von Wirklichkeit“ (S. 25) sind für Sanders konstruktivistisches Verständnis von Bildung dabei wichtig.

Im zweiten Kapitel skizziert der Autor die Wichtigkeit von Bildung in Bezug auf das „Leben in der Weltgesellschaft“. Entscheidend sind für ihn hier die Prozesse der Globalisierung, ihre Auswirkungen auf Schule und Universität, die Rolle der Religion. Systemtheoretische sowie „Neo-institutionalistische Theorien“ bieten ihm zufolge →

hier Erklärungspotenziale zum Verständnis der multikulturellen Weltgesellschaft.

Die beiden ersten Teile entpuppen sich schließlich als sehr ausführliche Einleitung zur zentralen Fragestellung: „Wie lassen sich Bildungsaufgaben (...) im Kontext der heutigen Weltgesellschaft bestimmen und begründen?“ (S. 58) Die folgenden Ausführungen loten hierfür die notwendigen Bedingungen und Grenzen aus. Dazu referiert der Autor Theorien, die zu einem globalen „konzeptuellen Fundament für Bildung“ in einer „sich verdichtende(n) Weltgesellschaft“ (S. 62) beitragen können. Zu relevanten Bezugsgrößen rechnet Sander hier insbesondere John Rawls' Konsenskonzept, die Charta der Vereinten Nationen, die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und diskutiert, ob der europäische Humanismus die Basis für eine Bildungstheorie der Weltgesellschaft bilden kann. Einbezogen werden dabei auch neuere Ansätze des „Post- und Transhumanismus“ (Adorno/Horkheimer, Lyotard, Derrida, Foucault, Sloterdijk). Humanismus – so Sanders Fazit dieser Reflexionen – ist heute aus weltgeschichtlicher Perspektive als ein „globaler Diskursraum“ zu verstehen (S. 86).

Den unterschiedlichen „Traditionen der Bildung“ widmet sich Sander im vierten Kapitel. Hier betont er zunächst die christlichen Wurzeln der neuhumanistischen Bildungstheorie und maßgebliche Beiträge – Sokrates Mäeutik, Platons Höhlengleichnis – zur Bildung in der griechisch-römischen Antike. Ebenso werden entscheidende Erkenntnisbeiträge aus anderen Weltreligionen gewürdigt: Die Literalität des Judentums, die Forschungen in der Medizin, Mathematik, Astronomie durch islamische Gelehrte, die Tugendlehre des Konfuzius, erkenntnistheoretische Reflexionen des Hinduismus und Buddhismus.

Nach den „Perspektiven der Bildung“ fragt der Autor im fünften Kapitel. Er diskutiert hier zunächst sehr ausführlich die „Schwäche des Neuhumanismus“, die er in der „prägenden Säkularisierung bestimmter christlicher Vorstellungen unter Ausblendung anderer“ sieht (S. 135). Bedeutsamer erscheint ihm dagegen die allgemeine Dialektik von „Einbindung und Ent-Bindung des Individuums“ in Bildungsprozessen: Sie ermöglicht sowohl die Befreiung aus sozialen Zwängen als auch die Einbindung in andere Kulturen im Sinne von „Beheimatung in einer fremden Welt“ (S. 154). Weitere Überlegungen dieses Kapitels zeigen den vermeintlichen Antagonismus von Zweckfreiheit und lebenspraktischer Nützlichkeit auf und setzen sich – eng an Wolfgang Klafkis Allgemeinbildungskonzept orientiert – mit der „Vielfalt und Einheit“ von Bildung auseinander.

Welche Konsequenzen sich aus dem Dargelegten für die schulische Praxis ergeben, diskutiert Sander im abschließenden sechsten Kapitel. Hier findet sich die sympathisch-altmodische Empfehlung, dass „für Bildung das Lesen von Büchern unerlässlich“ ist (S. 191).

Die Stärke von „Bildung“ ist zum Teil auch seine Schwäche: In seiner Darstellung und Verteidigung der humanistischen Bildung als ein zu bewahrendes Erbe der Menschheit holt Sander sehr weit aus. Das Buch ist äußerst gehaltvoll, größtenteils gut verständlich geschrieben, an manchen Stellen aber zu detailverliebt, folgt Neben- und Seitensträngen, sodass mitunter der rote Faden aus dem Blickfeld gerät. Die Ausführungen zu Systemtheorie, Erlösungsideologien und Symbolsystemen geraten stellenweise zu ausführlich. Sie setzen geduldige, sorgfältige und interessierte Lesende voraus, die man dem Buch wünscht.

**Anke Grotlüschen / Sabine Schmidt-Lauff / Silke Schreiber-Barsch / Christine Zeuner (Hrsg.):
Das Politische in der
Erwachsenenbildung**

Eine Einführung in das Thema



Reihe: Non-formale
politische Bildung
Frankfurt am Main 2018
Wochenschau Verlag, 272 Seiten

VON CATRIN OPHEYS Der Sammelband behandelt – als Gedenschrift an Peter Faulstich und entstanden aus einer gleichnamigen Tagung – die Forderung, das Politische in der Erwachsenenbildung in unterschiedlicher Ausgestaltung nicht aus dem Blick zu verlieren und in verschiedenen Zugängen zu fokussieren und zu stärken.

Das Buch ist in 13 Kapitel (Diskurse und Fachforen), orientiert an unterschiedlichen Teilbereichen und Perspektiven der Erwachsenenbildung, gegliedert. Jedes Fachforum wird mit einem Impuls eingeführt und von einem oder mehreren Beiträgen flankiert.

Aus der Perspektive kritischer Erwachsenenbildung erfolgt zunächst eine Heranführung an das Politische in der Erwachsenenbildung. Dann steht in Anlehnung an Peter Faulstich das Politische innerhalb der Lerntheorie im Fokus. Nach einer internationalen Einbettung werden Theorien des Lernens und Lehrens sowie unterschiedliche inhaltliche Felder der Erwachsenenbildung (z. B. im Kontext Beruf und Medien) mit Blick auf das Politische diskutiert. Systemische, zeitliche und strukturelle Dimensionen der Erwachsenenbildung werden fokussiert sowie die Perspektive innerhalb der betrieblichen Weiterbildung und des Lernens im Alter. Abschließend wird die kulturelle Bildung, werden die Dimensionen Raum und Lernorte sowie biografische Zugänge in diesem Kontext diskutiert.

Der Beitrag von Daniela Holzer und die darauf reagierenden Beiträge (Diskurs 1) fragen, ob das Politische in allen, sogar in den als unpolitisch bezeichneten Angeboten der Erwachsenenbildung, zu finden sei. Holzer ist überzeugt, dass das Politische alle Bereiche durchdringt, in denen Macht, Herrschaft und Konflikt deutlich werden können. Diese Perspektive wird von Klaus-Peter Hufer kritisch diskutiert, da zweifelhaft sei, ob alle Angebote per se politisch sein müssten.

Auch werden im Weiteren Bezüge zum Politischen in der Lerntheorie deutlich gemacht (Diskurs 2). So kann mit Blick auf die Gestaltung von Lehr-Lernverhältnissen festgehalten werden, dass es durch die subjektwissenschaftliche Lerntheorie eine „erwachsenengerechte (Neu-)Fassung des Lehr-Lernverhältnisses“ (Grotlüschen, S. 43) gibt, welche Lernwiderstände anerkennt. Lernen als Möglichkeit der Veränderung von Gesellschaft wird Anke Grotlüschens Einschätzung nach aktuell weniger diskutiert. Pätzold konkretisiert hingegen, dass Lernende per se von habituellen und gesellschaftlichen Einflüssen abhängig sind. Auch Ulla Klingovsky spricht hier von einer „sozialen Bedingtheit der Subjektivierungsformen in Lernverhältnissen“ (S. 53). Hier wird das Politische anhand dieser Einbettung des subjektiven Lernens deutlich.

Ein weiteres Thema ist das der Integration allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung. So wird in Anschluss an Peter Faulstich konstatiert, dass es immer noch eine Trennung zwischen beruflicher und politischer Bildung gebe, welche aber kritisch gesehen werden muss. Bei Hel-

mut Bremer und Karin Büchter werden aber Überschneidungen sichtbar: „Wenn Arbeit und Beruf in ihrer Politikaftigkeit erkannt würden, bieten sie Anknüpfungspunkte für Widerstand der beruflich Tätigen gegenüber ihren Arbeitsbedingungen.“ (S. 89) Hier zeigt sich das Politische ebenso wie bei Helmut Bremer in Form von gesellschaftlich-politischen Ordnungsvorstellungen (Gesellschaftsbildern) in Lernprozessen. Gleichzeitig muss hier diskutiert werden, wie bei der Integration dieser Bereiche „inhaltliche Kerne und Zielsetzungen politischer Bildung diskutiert und übermittelt werden und an wen“ (S. 97). Deutlich wird: Das „Politische“ ist immer umkämpft und beinhaltet verschiedene Perspektiven.

In einem weiteren Impuls geht es um die Bedeutung von Räumen als Lernorte in gesellschaftlichen Verhältnissen (Silke Schreiber-Barsch, Malte von Eschenbach, Hannelore Faulstich-Wieland). So wird bei Faulstich-Wieland eine Vollversammlung in der Universität, in der ein Polizeieinsatz stattfand, als Lernanlass begriffen, weil hier spezifische Machtmechanismen sichtbar werden. „Die Verwobenheit von Raum und Hierarchie wird hier m. E. extrem deutlich: Die Rangfolge des Eintretens und Sitzens symbolisiert, wer das Sagen hat.“ (S. 238) So werden an diesem Beispiel Raumkonflikte deutlich, die Kritik und Veränderung am Bestehenden hervorbringen. Auch Schreiber-Barsch konkretisiert alternative Lernorte, hier Gedenkstätten, die durch ihre Offenheit alternative Lernprozesse ermöglichen und expansives Lernen durch pädagogisch-professionelle Impulse anregen können. Hier werden verschiedene Anknüpfungspunkte des Politischen mit Blick auf Lernorte deutlich.

Der Sammelband ermöglicht einen sehr vielschichtigen und weiten Einblick und konkretisiert insbesondere für die Disziplin der politischen Erwachsenenbildung, wie differenziert der Blick auf das Politische erfolgen kann und wie dies stetig reflektiert und dem Theorierahmen angepasst wird. Die Perspektive verschiedener Felder, Bereiche und Fragestellung innerhalb der Disziplin als politisch zu diskutieren, schafft neue Zugänge für die Erwachsenenbildung.

→

**Sigurður A. Rohloff / Mercedes
Martínez Calero / Dirk Lange
(Hrsg.): Soziale Arbeit und Politische
Bildung in der
Migrationsgesellschaft**



Wiesbaden 2018
Springer Fachmedien, 242 Seiten

VON KLAUS WALDMANN Die Beiträge dieses Sammelbandes greifen eine Fragestellung auf, die in den vergangenen Jahren immer wieder gestellt worden ist: Kann politische Bildung durch die Kooperation mit der Sozialen Arbeit den immer wieder kritisierten Mittelschichtsbias überwinden und durch eine engere Zusammenarbeit sozial benachteiligte, sogenannte bildungsferne Zielgruppen eher erreichen? Insbesondere im Kontext der Extremismusprävention gilt die Zusammenarbeit zwischen Jugendsozialarbeit und politischer Jugendbildung als erfolgversprechend, um mit niedrigschwelligen Angeboten Jugendliche anzusprechen. Bislang schien das Thema der Kooperation jedoch mehr Programm als Wirklichkeit der Praxis zu sein. Der Titel des Bands – publiziert in einer Reihe zum Thema „Bürgerbewusstsein“ – weckt deshalb große Neugierde. Das erste Kapitel widmet sich migrationstheoretischen Diskursen im Kontext Sozialer Arbeit und politischer Bildung. Rohloff/Martínez Calero untersuchen erfolgreiche Strategien der Integration bildungsambitionierter Zuwanderergruppen (Griechen, Spanier, Aleviten und jüdische Kontingentflüchtlinge). Selbstorganisierte Partizipationsstrategien werden als Impulse für Soziale Arbeit und politische Bildung bewertet. Von Grönheim plädiert für ein politisches Verständnis Sozialer Arbeit, analysiert Menschenrechtsverletzungen und rassistische Strukturen in der Arbeit mit Geflüchteten und diskutiert das unaufhebbare Spannungsverhältnis zwischen Hilfe und Kontrolle in der Praxis.

Im zweiten Kapitel geht es um migrationsgesellschaftliche Konzepte politischer Bildung und Sozialer Arbeit. Schulte diskutiert die Rolle von Religion in der Einwanderungsgesellschaft im Horizont des Religionsverfassungsrechts und fragt nach dem Primat von Religion oder Menschenrechten und Demokratie. Ein wichtiges Ziel sei die Befähigung zur Religionssensibilität. Geiling beschäftigt sich mit Alltag und Politik von Muslimen am Beispiel der Gülen-Bewegung. Ihn interessiert, ob religiöses Engagement in der eigenen Gemeinschaft zum bürgerschaftlichen Engagement führt. Ebert stellt einen Zusammenhang zwischen Menschenrechtsbildung, Demokratiepädagogik und Sozialer Arbeit her. Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit sind für ihn zentrale Bezugspunkte Sozialer Arbeit. In der Ausbildung müssten Studierende eine demokratische Handlungsrationale ausbilden.

Das dritte Kapitel widmet sich Praxisräumen politischer Bildung und Sozialer Arbeit. Ottersbach zeigt unter der Überschrift „Politische Bildung mit marginalisierten Jugendlichen“ die Paradoxien der Bildungsexpansion auf und kritisiert institutionelle Trennungen in der Sozialen Arbeit, ein Phänomen, das auch als Versäulung der Kinder- und Jugendhilfe bekannt ist. Abschließend skizziert er einige Ideen zu einer niedrigschwelligen politischen Jugendbildung. Lokschin untersucht die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund im politischen System. König verfolgt diese Frage am Beispiel von Gewerkschaften und weist auf die integrative Funktion von Massenorganisationen hin. Barongo-Mukewe betrachtet den Zusammenhang zwischen intersektionaler Diskriminierung und inklusiver Bürgerschaft. Stender beschreibt das spannungsvolle Verhältnis zwischen Bürgerbewegung und Sozialer Arbeit am Beispiel der Organisation der Sinti und Roma und fordert, dass Soziale Arbeit sich als rassistuskritische Bildung verstehen muss. Martínez Calero stellt vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten und wirkungsvolle Empowermentstrategien Sozialer Arbeit am Beispiel des Quartiersmanagements dar.

Abschließend argumentiert Rohloff für eine umfassende politische Sensibilisierung Sozialer Arbeit. Soziale Arbeit ist als „Aktivierung politischer Sozialisationsleistungen“ (S. 225) und „systematische Organisation von Teilhabe“ (S. 226) zu verstehen. Sie wird von ihm als Menschenrechtsprofession charakterisiert, die inklusiven, menschenrechtstheoretischen, handlungsmotivierenden, zur Teilhabe befähigenden Ansätzen folgt.

Die Beiträge des Bandes sind überwiegend anregend, nehmen Diskurse aus der Sozialen Arbeit und der politi-

schen Bildung auf und widmen sich den Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft. Sie sind überwiegend aus der Perspektive der Sozialen Arbeit geschrieben und ermöglichen einen gründlichen Einblick in die Handlungslogiken dieses Felds. Sie zeigen, dass in Hinblick auf Programmatik und Ziele zwischen politischer Bildung und einer sich politisch verstehenden Sozialen Arbeit Übereinstimmungen bestehen. Wer eine intensivere Beschäftigung mit Chancen, Schwierigkeiten und Potenzialen einer Kooperation zwischen politischer Bildung und Sozialer Arbeit erwartet, wird von diesem Band enttäuscht sein.

Ärgerlich sind die vielen formalen Mängel, die nicht für eine sorgfältige Durchsicht der Manuskripte sprechen. Ebenfalls ist zu bemängeln, dass im Band keine Informationen zu den Autor*innen der Beiträge zu finden sind.

Klaus-Peter Hufer: *Neue Rechte, altes Denken*

Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker



Weinheim 2018
BELTZ JUVENTA, 157 Seiten

VON RONJA INHOFF „Das was jetzt neu ist, hat tiefe Wurzeln“ (S. 7), so lautet die Kernthese des Buches „Neue Rechte, altes Denken“, das in Zusammenarbeit von Klaus-Peter Hufer, Jens Korfkamp und Laura Schudoma verfasst wurde. Die Idee zum Buch hatte Klaus-Peter Hufer. Korfkamp und Schudoma stiegen kurz darauf in das Buchprojekt ein. Auf die von ihnen verfassten Texte wird namentlich verwiesen.

Obgleich der Begriff „Neue Rechte“ suggeriert, dass es sich um ein neues Phänomen handelt, legen die Autor*innen in acht Kapiteln Ursprünge und Tradition des Phänomens dar. In Kapitel 1 werden Strömungen und handelnde Personen, die den Rechtsruck in Deutschland

und Europa forcieren, sowie weitere Begriffe dazu vorgestellt. Zudem wird erläutert, warum sich der Begriff Neue Rechte trotzdem am meisten anbietet, um die Gesamtheit begrifflich zu fassen, auch wenn es ambivalentes Verhalten und Verhältnisse untereinander gibt.

In Kapitel 2 wird als Exkurs die „Identitäre Bewegung“ (IB) behandelt, da diese auf Grund ihrer breitenwirksamen Selbstdarstellung und ihrer Agitationsmuster eine Besonderheit darstellt. Es wird weitestgehend auf Primärquellen der IB selbst oder Gleichdenkender zurückgegriffen.

Darauf folgt das ausführlichste 3. Kapitel. 25 Kernbegriffe der Neuen Rechten werden aufgeführt und durch Gegenargumente versucht zu dechiffrieren. Dem geht eine kurze aber sinnvolle Abhandlung über einen „Kampf der Begriffe“ vorweg. Die einzelnen Begriffe sind Schlüsselkategorien zugeordnet; z. B. der von den Identitären geschaffene Begriff „Ethnopluralismus“ zu „Identität“ und „Volk“. Wie verquer Begriffe – z. B. „Demokratie“ – von Neurechten gedeutet werden, ist erschreckend. Leider fallen die Gegenargumente teilweise dünn aus. Hieran zeigt sich, wie schwer es ist, Argumente zu widerlegen, die dem eigenen Denken und Fühlen radikal widerstreben.

In Kapitel 4 werden sogenannte Vordenker als „philosophische Ahnenreihe“ vorgestellt, um den ideologischen Überbau der Neuen Rechten zu erklären. Mit Ausnahme des letzten Teilkapitels folgt die Einordnung der zehn „Vordenker“ nach dem gleichen Muster: Einführung, Person, Werk/Programmatik, Rezeption durch die Neue Rechte. Darunter fallen bekannte Konservative als auch nationalsozialistische Staatsideologen, wie Carl Schmitt und Martin Heidegger. Im Teil zu Friedrich Nietzsche gelingt es den Autor*innen die Instrumentalisierung seines Werkes „von Rechts“ darzustellen und diese zu dekonstruieren. Mit dem letzten Teil zu „Armin Mohler und die Konservative Revolution“ wird die Auswahl der „Vordenker“ erläutert. Mohler etablierte den Sammelbegriff „Konservative Revolution“ und gab Rechtskonservativen die theoretischen Grundlagen zur Selbstentlastung nach 1945. Er gilt daher auch als die Schlüsselfigur bei der Reorganisation und Legitimierung rechtskonservativer Ideen in der jungen Republik (S. 123).

In Kapitel 5 soll auf drei Seiten die Verbindung von „Esoterik, Okkultismus und die Neue Rechte“ erklärt werden. Der Zusammenhang wird durch den Bezug auf Adorno erklärt.

Das Fazit wird in Kapitel 6 „Die neue Rechte und die Demokratie – sehen, beurteilen, handeln“ gezogen. Das rechte Weltbild wird dort noch einmal zusammengefasst →

und es wird deutlich an die Leser*innen appelliert: „Die Neuen Rechten versuchen, eine Deutungshoheit zu erlangen durch einfache Erklärungen für komplexe Zusammenhänge, durch schlichte Lösungen für anstrengende Verfahren, durch inszenierte Metapolitik anstelle von realer Politik. Dafür muss man genau hinschauen, und das ist schwieriger als eingängige Botschaften auf dem Leim zu gehen.“ (S. 134)

Jeweils ein Glossar zu aktuellen Vertretern der Neuen Rechten und zu deren Sprachrohren findet sich in Kapitel 7 und 8. Über welche Mittel und Möglichkeiten die Neue Rechte bereits verfügt, um ihren Einfluss zu vergrößern und ihre Ideologie zu verbreiten, wird hier abschließend deutlich benannt.

Die abschließende Bewertung des Buches fällt ambivalent aus. Manche Kapitel sind überaus lesenswert, die Appelle zu Anfang und zum Ende sehr deutlich und wirklich sehr wichtig. Sicherlich bietet es sich auch an, Inhalte des Buches für die Praxis aufzubereiten. So bietet besonders Kapitel 4 einen tollen Einblick in den Ursprung der Ideologie der Neuen Rechten. Für politische Bildner*innen, die über Vorwissen über die Neue Rechte besitzen, wird dieses Buch eine gute Wissensergänzung sein. Inhaltlich wurde teilweise zu weit ausgeholt, aber gleichzeitig die Seitenanzahl knapp gehalten. Vielleicht hätte dem Buch ein anderer Aufbau und inhaltlicher Bezug gut getan, z. B. zu benennbaren Gruppen, als Gegenentwurf zu Mohlers Handbuch. Zur Orientierung beigetragen hätte auch eine frühe historische Einordnung der „Konservativen Revolution“. Insgesamt ist das Buch aber gut geschrieben.

Dass die Strategie der Rechten, ihre Ideologie zu „normalisieren“ eine Kontinuität aufweist, sollten gerade diejenigen zum Nachdenken anregen, die den Ansatz „mit Rechten reden“ für sinnvoll erachten.

Julian Schenke / Christopher Schmitz / Stine Marg / Katharina Trittel: Pegida-Effekte?

Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit



Bielefeld 2018
transcript Verlag, 432 Seiten

VON NORBERT REICHEL Die qualitative Studie wurde vom Göttinger Institut für Demokratieforschung erstellt und vom BMFSFJ im Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ gefördert. Sie fragt nach Veränderungen der Einstellungen junger Menschen zwischen 16 und 35 Jahren durch das Auftreten von PEGIDA. „Konnten die Demonstrationen (...) Stereotype prägen, Pauschalisierungen etablieren oder Aggressionen schüren, die bei Jugendlichen eine sichtbare Wirkung zeitigen?“ (S. 15) Befragt wurden 88 junge Menschen aus Dresden, Leipzig, Nürnberg und Duisburg, darunter einige aus NOLEGIDA, der Leipziger Gegenbewegung zu PEGIDA.

Die Antwort: PEGIDA ist keine Jugendbewegung. Die befragten Jugendlichen reagieren auf die Erwähnung von PEGIDA distanziert, allerdings in „eine(r) differenzierten Mischung (...), die von unpolitischer Indifferenz bis hin zu inaktiver Zustimmung reicht. Die Grenzen zwischen diesen Fällen sind fließend (...)" (S. 184). So wirken von PEGIDA vertretene Positionen, insbesondere die Einstellung zu als „Fremde“ identifizierten Menschen, auch ohne ausdrückliche Identifikation mit PEGIDA. Die Debatte um PEGIDA „reproduziert (...) die Demarkationslinie zwischen (sekundärer) Anschlussfähigkeit an PEGIDA auf der einen Seite und einer entschiedenen Anschlussrenitenz auf der anderen Seite.“ (S. 323)

Die Studie bietet mehr als der Titel verspricht. In vielen Passagen hat sie den Charakter einer Monographie über PEGIDA. Sie enthält Passagen über die Bedeutung von Politik im

Leben junger Menschen und zur Forschungslage zum Wertebegriff, die die Autor*innen als „Wertewandelforschung“ (S. 153) verstanden wissen wollen. Sie referiert die Geschichte von PEGIDA samt Ablegern und ihrer Beziehung zu anderen rechtspopulistischen bis rechtsextremen Akteur*innen, darin mit Informationen zu internen Streitigkeiten der Organisator*innen und zu unterschiedlichen Einschätzungen, beispielsweise durch die beiden Dresdner Professoren Vorländer und Patzelt. Fazit der Autor*innen: „PEGIDA wirkt als eine Art Chiffre, aber auch als Spiegel und Brennglas.“ (S. 77) Zur Illustration dient eine ausführliche Fallbeschreibung der Proteste gegen ein Heim für „Asylbewerber*innen“ im Dresdener Stadtteil Klotzsche (S. 323 ff.).

Die befragten jungen Menschen interessieren sich weniger für allgemeine gesellschaftliche und politische Zusammenhänge als für ihre eigene private und berufliche Zukunft, die sie sich in bekannten Bahnen vorstellen: auskömmlicher Beruf, Familie, Kinder, Haus, Urlaubsreisen. „Politik spielt für einen Großteil der Befragten nur dann eine Rolle und wird erst in dem Augenblick von ihnen aktiv verfolgt, wenn sie Emotionen, wie Ängste, Enttäuschungen oder gefühlte Wahrheiten, anspricht, oder dezidiert im Alltag als Interventionsmacht wahrgenommen wird.“ (S. 191). Den Staat, den sie mit „Politik gleich“ setzen (S. 201), verstehen sie am ehesten als Dienstleister, „nach dem Motto ‚wir fragen und bestellen‘, ‚ihr antwortet und liefert‘“ (S. 200).

Deutschland sehen sie durch „Traditionen“ definiert, vom Weihnachtsmarkt über Martinszüge zu einem eher diffusen Begriff von Christentum. Wer diese „Traditionen“ nicht vertritt oder nicht zu vertreten scheint, wirkt bedrohlich. „Allein an der Wortwahl (der Befragten, NR) zeigt sich, dass Konzepte der Neuen Rechten über den „Großen Austausch“ durchaus, wenn auch unterbewusst, Eingang in Argumentationsschemata gefunden haben.“ (S. 135) Der Weg zum Einfluss von Verschwörungstheorien ist nicht weit: „Die Befragten sind mitnichten in rechten ‚Verschwörungstheorien‘ verfangen, jedoch strukturell offen für Verschwörungskonstruktionen.“ (S. 300)

Die Wirkungen von PEGIDA und Bündnispartnern auf Einstellungen und Mentalitäten dürfen nicht unterschätzt werden: „Die Emergenz von PEGIDA und die fortschreitende Etablierung und Normalisierung der AfD, zwei Phänomene, die in einer gewissen Opposition zu den bewährten demokratischen Aushandlungsmodi stehen, lassen darauf schließen, dass die Überzeugungskraft der demokratischen Prozesse insgesamt weiter erodiert – so wie das Vertrauen in die Parteien beispielsweise auch.“ (S. 372 f.)

Die Ergebnisse der Studie stützen Ergebnisse der Bielefelder Mitte-Studie von 2019 und der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2018. Es gibt immer mehr Menschen, die zumindest Teilen rechtspopulistisch oder rechtsextrem belegter Positionen zustimmen – eine Art schleichendes Gift. Wie wirksam diese Entwicklung auf längere Sicht tatsächlich ist, lässt die Studie offen. Hier sehen die Autor*innen „dringenden Forschungsbedarf“ (S. 376) und eine Aufgabe der politischen Bildung: So „erscheint es notwendig, die Leitwerte einer demokratischen Debattenkultur nicht als gegeben vorauszusetzen, sondern stärker selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen, ohne sie dabei aufzugeben.“ (S. 301)

Karina Becker / Klaus Dörre / Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts?

Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte



Frankfurt am Main 2018
Campus Verlag, 359 Seiten

VON FRANZ ANGER Wenn hierzulande eine gestrenge Domina auf einem AfD-Plakat wutbürgerliche Wähler*innen agitiert, indem sie halluzinierend fordert „Hol Dir Dein Land zurück!“, dann ist das ein Grund dafür, dass 15 % der abstimmenden Gewerkschaftsmitglieder und gar 21 % der votierenden Arbeiter*innen die völkisch-populistische Alternative für Deutschland (AfD) wählen. Da dieses proletarische Trauerspiel bei der Bundestagswahl 2017 zu betrachten war, gibt es nun den Sammelband „Arbeiterbewegung von rechts?“, in dem etliche Sozialwissenschaftler*innen sich mit dem gesellschafts-

lichen Phänomen namens Rechtspopulismus beschäftigen, um herauszufinden, warum er für die „Arbeiterschaft“ attraktiv ist und was dagegen getan werden kann.

Obgleich man als Praktiker*in der außerschulischen Bildung zuweilen durch elaborierten Soziologejargon – wie etwa „abwärtsmobile Flugbahnen“ – arg strapaziert werden mag, gelangt man beim Studium des zentralen Beitrags von Klaus Dörre (S. 49 ff.) zu der praxisrelevanten Erkenntnis, dass die „Resonanzfähigkeit des Rechtspopulismus“ bei einer großen Minderheit der Lohnabhängigen ihren Grund in der rechtspopulistischen „Neuinterpretation der sozialen Frage“ hat. Denn AfD-Ideologen deuten die vertikale soziale Frage, die aus dem real existierenden Gegensatz zwischen den (produktionsmittelbesitzenden) Reichen oben und den (arbeitskraftbesitzenden) Armen unten resultiert, um in eine horizontale soziale Frage, die „Konflikte zwischen innen und außen, zwischen Migranten und einem als kulturell homogen vorgestellten deutschen Volk“ als konstitutiv behauptet. Dieser „völkischen Umdeutung“ der sozialen Frage stimmen Lohnabhängige zu, weil in ihrem rechtsaffinen Alltagsbewusstsein „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ wirkungsmächtig ist, die sich gegen (Flucht-)Migranten richtet, deren (halluzinierter) „Landraub“ gestoppt werden müsse. Übrigens diene dieser üble Sachverhalt dem AfD-Agitator Höcke als Anlass dazu, aus einem Ideologem einer Minderheit ein gesellschaftliches Faktum zu konstruieren, indem er bereits 2016 schnarrte: „Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.“ (S. 71)

Weil aber der Anteil der wahlberechtigten Arbeiter*innen mit AfD-Präferenzen mittlerweile bei 34 % liegt, womit die AfD deutlich vor der Linkspartei (22 %), der SPD (17 %), der CDU (16 %), der FDP (11 %) und den Grünen (9 %), aber knapp hinter den Nichtwählern (39 %) rangiert (S. 69), schlägt Soziologieprofessor Dörre vor, die „rechtspopulistische Rebellion“ mittels einer „inkluisiven demokratischen Klassenpolitik“ einzudämmen, in deren Zentrum die Interessenvertretung aller Lohnabhängigen – seien sie Eingeborene oder Migranten – stehen müsse (S. 73 f.). Dabei komme es letztlich darauf an, den Rassismus, der die Basis des „völkischen Populismus“ ist, „nicht nur zu kritisieren, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, die ihn hervorbringen“ (S. 75). Ob das allerdings gelingt, indem „wir“ (sic!) alles daransetzen, durch Reformen „soziale Gerechtigkeit“ innerhalb der herrschenden Marktwirtschaftsgesellschaft zu etablieren, ist zumindest fraglich. Denn in dieser Gesellschaftsformation wü-

tet, was Dörre weiß, der „Mahlstrom des Marktes“ (S. 72), der die lohnabhängigen Menschen zu kostengünstigem „Humankapital“ macht, um den Betriebsgewinn der Produktionsmittelbesitzer durch Erzeugung von Waren oder Dienstleistungen zu maximieren.

Eingedenk dessen legt Martin Kronauer, Professor für Gesellschaftswissenschaft, in seinem Beitrag des Sammelbandes (S. 81 ff.) dar, dass hinter der Fassade des frommen Wunsches nach „sozialer Gerechtigkeit“ die weiterreichende Stoßrichtung erkannt werden müsse, die sich gegen die kapitalistische Produktionsweise richte. Zur Veranschaulichung zitiert er Karl Marx, der sich 1850 mit der proletarischen Gerechtigkeitsforderung nach einem „Recht auf Arbeit“ befasste: „Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinn ein Widersinn, ein elender, frommer Wunsch, aber hinter dem Recht auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses.“ (S. 83) Indem sich Linke dergestalt der „Ungerechtigkeitserfahrungen“ der lohnabhängigen Bevölkerung annehmen, könnte der Aufstieg der rechtspopulistischen AfD beendet werden, wozu auch die politischen Bildner*innen in den außerschulischen Bildungsstätten beitragen können, indem sie die kapitalismuskritische Auseinandersetzung mit dem „völkischen Sozialpopulismus“ unter die Leute bringen.

AdB Aktuell

Wie können Bildungsstätten im Internet sichtbarer werden?

Fortbildung zur Einführung in die Suchmaschinenoptimierung



Teilnehmende beim Netzwerken Foto: AdB

SEO, SEM, SEA, CTR, SERP-Optimierung, Tracking, On- und Off-Page-Optimierung, Rankingfaktoren, Keywords ... eine Menge neuer Begriffe und Abkürzungen stürzte auf die Teilnehmer*innen der Fortbildung „Einführung in die Suchmaschinenoptimierung. Wie können Bildungsstätten im Internet sichtbarer werden? Ranking-Check und Website-Optimierung“ ein, die vom 23. bis 25. September 2019 im Jugendbildungszentrum Blossin e. V. stattfand.

Die Fortbildung wurde vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) organisiert und richtete sich an Referent*innen, die in den Mitgliedseinrichtungen des AdB für die Öffentlichkeitsarbeit, für die Betreuung der Homepages und/oder für Social Media verantwortlich sind. Für die meisten Teilnehmer*innen war das Thema Neuland und so war es ein Glücksfall, dass mit Moritz Andresen, Gründer und Geschäftsführer von DigitalCenturyBerlin (www.dcberlin.com), ein SEM-Experte gewonnen werden konnte, der nicht nur sein Wissen großzügig und verständlich teilte, sondern sich auch auf die besondere Zielgruppe, die Vertreter*innen von Bildungsstätten, die sich überwiegend der politischen Bildung widmen, einstellte. Ihm ist es gelungen, in einhalb Tagen einen umfassenden Einblick in das Thema und Anregungen für eine Optimierung der Bildungsstätten-Websites zu geben: Alle fuhren nach der Fortbildung mit einer langen Aufgabenliste in ihre Bildungsstätten zurück.

Folgende Themen und Fragestellungen wurden in der Fortbildung aufgegriffen:

- Wie funktionieren Suchmaschinen eigentlich und wie können sie zum Vorteil von Bildungsstätten genutzt werden?
- Was sind die wichtigsten Faktoren, um besser im Netz gefunden zu werden?
- Wo steht meine Bildungsstätte im Vergleich da?
- Suchmaschinenwerbung und ihre Mechanik
- Themenfindung und Recherche: Wie finde ich passende Keywords?
- Praktische Tipps für das Schreiben von spannenden und zugleich SEO-optimierten Texten

Inputs zu diesen Themen wurden immer wieder mit Praxisphasen flankiert, bei denen die Teilnehmenden mit konkreten Aufgaben erste Recherchen für die eigenen Websites umsetzten. Sie analysierten den Status Quo ihres Suchmaschinenmarketings und erarbeiteten nächste Schritte für ein besseres Ranking. Auch wenn der Grad des Vorwissens sehr unterschiedlich war, konnten so alle mitgenommen werden und wurden motiviert, sich weiter mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

Der anregende Rahmen der Fortbildung war durch die Jugendbildungsstätte Blossin gesetzt, die – gelegen am Wolziger See – ein besonderes Seminarerlebnis im schwimmenden Seminarraum ermöglichte.

Diese Fortbildung war die fünfte einer Reihe, die sich besonders an das Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit im AdB richtet und Themen aufgreift, die von den Mitgliedern des Netzwerks gewünscht werden. Um den Netzwerkgedanken zu stärken war es wichtig, neben den inhaltlichen und methodischen Impulsen auch die Möglichkeit zu bieten, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich über Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und neue Ideen dafür zu entwickeln, wie die Rahmenbedingungen für die politische Bildung noch besser gestaltet werden können.

E+ Projekt DIGIT-AL startet in Riga

Erstes Projekttreffen vom 25. bis 27. September 2019



Teilnehmer*innen des ersten Projekttreffens in Riga Foto: EDC Latvia

Was bedeutet digitale Transformation für politische Erwachsenenbildung? Dieser Frage nehmen sich sieben Partnerorganisationen im Erasmus+ Projekt „DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship“, das von Oktober 2019 bis zum Frühjahr 2022 durchgeführt wird, an.

Gemeinsam gehen die Partnerorganisationen der Frage nach, wo in welchen gesellschaftspolitischen Bereichen die Digitale Transformation Fragen an politische Beteiligung und Mitwirkung stellt und demokratische Beteiligung herausfordert.

Was bedeutet digitaler Wandel unter Menschenrechtsaspekten und welche Fragen stellen sich neu an de-

mokratische Beteiligungs- und Aushandlungsprozesse? Auf welche Veränderungen und Herausforderungen muss sich politische Bildung einstellen?

Mit der über das EU Programm Erasmus + geförderten Strategischen Partnerschaft beleuchten der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., das Jaan Tõnisson Institute (Estland), das Education Development Centre (Lettland), die Partners Bulgaria Foundation, das Center for International Cooperation Trento (IT), die Kooperative Inducar und das DARE-Netzwerk „Democracy and Human Rights Education in Europe“ den digitalen Wandel im europäischen Kontext, um Fragestellungen und Anforderungen an politische Bildung und Menschenrechtsbildung mit Erwachsenen herauszuarbeiten.

Das Auftakttreffen für das Projekt fand vom 25. bis 27. September 2019 in Riga, Lettland, statt.

Digitaler Wandel findet statt, er betrifft uns alle und kann sowohl positive wie negative Auswirkungen zeitigen. Damit umzugehen bedeutet zunächst einmal, Kompetenzen aufzubauen und Fragen der Bearbeitung aufzuwerfen und kennenzulernen.

Nils-Eyk Zimmermann koordiniert als Projektreferent das Projekt DIGIT-AL in der Geschäftsstelle des AdB. Zuvor hat er Programme der politischen Bildung und zur Engagementförderung aufgebaut, unter anderem in Mittel- und Osteuropa. Als Autor und Herausgeber entwickelte er verschiedene Fachpublikationen und eine Onlineplattform.

Politische Bildung mit geflüchteten Jugendlichen – Konzepte. Erfahrungen. Perspektiven

Abschlussveranstaltung im Projekt „Empowered by Democracy“ in Berlin



Teilnehmende berichten von ihren Erfahrungen im Projekt

Foto: Sepehr Atefi

Am 25. und 26. September 2019 fand in Berlin die Abschlussveranstaltung des Projekts „Empowered by Democracy. Stärken. Bilden. Vernetzen.“ statt. Mehr als 80 Teilnehmende kamen im Jugendkulturzentrum PUMPE in Berlin zusammen, um gemeinsam die letzten zweieinhalb Jahre des Projekts Revue passieren zu lassen, Ergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren und sich austauschen.

Die Teilnehmenden kamen aus dem ganzen Bundesgebiet in Berlin zusammen, um zurück und nach vorne zu blicken und gemeinsam den Projektabschluss zu feiern. Nach einem Auftakt mit Begrüßung und einem Kennenlernen im großen Saal des Jugendkulturzentrums Pumpe in Berlin Schöneberg, startete ein Rückblick auf das Projekt anhand von Eindrücken aus der Praxis.

An vier verschiedenen Stationen zeigten junge Teilnehmende mit und ohne Fluchterfahrung, die im Rahmen von „Empowered by Democracy“ an Veranstaltungen teilgenommen haben oder zu Teamer*innen qualifiziert wurden, Eindrücke aus ihren Maßnahmen und Projekten. Die von den Teilnehmenden durchgeführten halbstündigen Kurz-Workshops reichten vom gemeinsamen Köfte-Zubereiten und der dabei diskutierten Frage „Was hat Essen mit politischer Bildung zu tun?“ über die Präsentation von selbst geschriebenen Gedichten bis zu einem Workshop zu syrischer Geschichte.

Aus dem AdB präsentierten Teilnehmende der Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin Eindrücke aus ihrer Seminarreihe „Come as you are“. Auch Teilnehmende und Jugendbildungsreferent*innen aus fast allen anderen im

Projekt beteiligten AdB-Mitgliedseinrichtungen nahmen an der Veranstaltung teil.

In der anschließenden Fishbowl-Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt: „Was macht uns stark für die Teilhabe an einer lebendigen Demokratie?“ Neben vielen positiven Erfahrungen von denen Teilnehmende mit eigener Fluchterfahrung in Deutschland und in der politischen Bildung berichteten, wurden auch viele Herausforderungen beim Ankommen und der Teilhabe in Deutschland benannt. Wer immer als zugewandert und nicht zur deutschen Gesellschaft zugehörig betrachtet wird, für den sind die Hürden, sich heimisch zu fühlen und etwas beizutragen besonders hoch. Deutlich wurde aber vor allem: Die jungen Menschen wollen teilhaben und Demokratie mitgestalten – auch wenn ihnen das nicht immer einfach gemacht wird.

Am Abend feierten die Teilnehmenden dann gemeinsam unter dem Motto „Alle an einem Tisch – Erfahrungen teilen, voneinander lernen“. An langen Tischen, die Gelegenheit zum Austausch und später zum gemeinsamen Essen boten, begrüßte Juliane Seifert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die Teilnehmenden. Sie betonte in ihrer Rede, wie wichtig politische Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Weiterentwicklung der Demokratie sei. „Engagement und Teilhabe halten unsere Demokratie aufrecht und unser Miteinander am Leben“, so Seifert.

In einer anschließenden Gesprächsrunde diskutierte der Moderator Michel Abdollahi mit Asem Alsajjare, Referent der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, und mit den Teamer*innen Kinda Muhsen, Joudi Muhsen und Ahmad Alkridi. Die drei jungen Teamer*innen sind erst vor rund drei Jahren nach Deutschland gekommen und haben sich in kurzer Zeit zu politischen Bildner*innen weitergebildet. Sie diskutierten über die Frage, was ein gutes Zusammenleben in Deutschland bedeutet und was junge Menschen mit Fluchterfahrung stärkt, um sich in demokratische Debatten erfolgreich einbringen zu können.

Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschuss Politische Bildung (bap e. V.), hob hervor, wie wichtig eine ausreichend und dauerhaft finanzierte bundesweite Struktur der außerschulischen politischen Jugendbildung ist, →

um sich für eine vielfältige Gesellschaft und ein friedliches Zusammenleben ohne Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.

Qassim Alhumayyer, der vor dem Krieg in Syrien nach Deutschland geflohen ist, sagte: „Die politische Bildung hat vieles für mich getan. Die Erfahrung, innerhalb nur eines Jahres vom Teilnehmer zum Teamer der politischen Bildung zu werden, war großartig. Das war Empowerment!“

Özlem Topuz, Projektkoordinatorin in der Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Hozaifa Khalaili und Wael Bisher, Teamer*innen der politischen Jugendbildung, machten im abschließenden Gespräch deutlich, wie sie die Begegnungen bereichert haben. Mit musikalischer Begleitung der „Madar Band“ klang der Abend bei Gesprächen und gemeinsamen Essen aus.

Der zweite Tag der Veranstaltung richtete dann den Blick in die Zukunft: Was bleibt vom Projekt? Wie lassen sich Erkenntnisse und Ergebnisse in der politischen Jugendbildung nachhaltig etablieren? Was brauchen neue

Teamer*innen, um auch zukünftig aktiv zu sein?

In fünf thematischen Workshops wurde ausprobiert und diskutiert und daran anschließend in einer kurzen Podiumsdiskussion zur Frage „Was nehmen wir aus dem Projekt mit für unsere politische Bildungsarbeit?“ vertieft. Deutlich wurde, dass die Entwicklung der beteiligten Träger hin zu mehr Diversität zwar begonnen hat, jedoch noch viele weitere Hürden zu nehmen sind, bis dies auf allen Ebenen sichtbar wird.

Im letzten Veranstaltungsteil hob Professor Dr. Aladin El-Mafaalani von der Universität Osnabrück in seiner Keynote unter dem Titel „Die Rolle der politischen Bildung für Aushandlungsprozesse und eine demokratische Streitkultur in der Migrationsgesellschaft“ hervor, dass die Bedeutung von politischer Bildung in einer Gesellschaft, die darum kämpft eine offene Gesellschaft zu bleiben, eine hohe und steigende Bedeutung zukommt. Eine Aufzeichnung des Vortrags ist über die Projekthomepage <https://empowered-by-democracy.de> abrufbar.

„Netz & Werk“ – Fachaustausch und Weiterentwicklung

Gemeinsames Arbeitstreffen von vier AdB-Fachkommissionen auf dem Sonnenberg



Teilnehmer*innen an der gemeinsamen Kommissionssitzung

Foto: AdB

„Experiment gelungen!“ – so könnte das erste Resümee nach der gemeinsamen Kommissionssitzung der AdB-Fachkommissionen „Jugendbildung“, „Erwachsenenbildung“, „Europäische und Internationale Bildungsarbeit“ und „Geschlechterreflektierte Bildung“ lauten, die vom 30. September bis zum 2. Oktober 2019 im Internationalen Haus

Sonnenberg – Sonnenberg-Kreis e. V. in St. Andreasberg stattfand.

Auch das Sturmtief „Mortimer“ konnte – trotz verspäteter Anreise vieler Kolleg*innen – das spannende Experiment nicht verhindern: Es war das erste Mal, dass vier der fünf AdB-Fachkommissionen zur gleichen Zeit am gleichen Ort tagten und der mittlere Tag dem gegenseitigen Austausch, der kollegialen Beratung, der Information über spannende Projekte und Konzepte sowie dem Ausprobieren von Methoden gewidmet war. Als besonderer Moment kam noch hinzu, dass dieses Treffen das letzte in der aktuellen Legislatur war und so auch das Abschließen der vierjährigen Zusammenarbeit in den einzelnen Kommissionen, der Abschied von einigen Kolleg*innen, die in den kommenden vier Jahren nicht mehr mitarbeiten werden, sowie der Blick in die nächsten Jahre und die Themenplanung mit auf der Tagesordnung standen. Dafür hatten die Kommissionen am ersten und letzten Veranstaltungstag ausreichend Zeit.

Der mittlere Tag unter dem Motto „Netz & Werk“ sollte, so die gemeinsame Planung, der inhaltlichen und

praktischen Vertiefungen, dem Vorstellen neuer Ansätze, Konzepte, Inputs, Fragen, Methoden zu den vier Themenkorridoren: „Gender und Diversity“, „Kompetenzen und Haltungen“, „grenzenlos“ und „Digitale Lebenswelten und politische Bildung“ dienen. Dafür hatten alle Mitglieder der vier Kommissionen Gelegenheit, ihre Themen und Ideen vorab einzubringen. Aus diesen Themen wurde in der AdB-Geschäftsstelle ein Plan erstellt, der es allen Teilnehmer*innen ermöglichte, zu vier verschiedenen Zeiten aus vier Angeboten einen Workshop auszusuchen, der von einem oder mehreren Kolleg*innen aus den Kommissionen vorbereitet wurde.

Folgende Themen standen zur Auswahl:

Korridor A „Gender und Diversity“

- Gerne anders! Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf Diversität und Inklusion von jugendlichen Teilnehmer*innen im Anne Frank Zentrum
- Diskriminierungs- und gendersensible Sprache
- Immersive, storybasierte Bildungsformate
- Gender(ge)recht – wie geht das? Reflexionsraum für eine gender- und diversitätsgerechte Praxis

Korridor B „grenzenlos“

- Neuvermessung der politischen Bildung. Modernisierung und Ausbau von Trägerstrukturen der politischen Erwachsenenbildung
- Das Europäische Solidaritätskorps: auch für Träger der politische Bildung!
- Qualitätskriterien in der Politischen Bildung am Beispiel des Council of Europe Quality Label for Youth Centres

Korridor C „Kompetenzen und Haltungen“

- Familienfreundlichkeit in Bildungsstätten zwischen Anspruch und Wirklichkeit
- Bildungsfreistellung als Motor für die politische Bildung
- Kompetenzen in der Politischen Bildung: Haltung(en) – Methoden und Ansätze – Lernprozesse – Lernende

- COE Reference Model on Competences for Democratic Culture

Korridor D „Digitale Lebenswelten und politische Bildung“

- Alternate Reality Games – urbane, crossmediale Abenteuerspiele, die die Grenze zwischen Realität und Fiktion verwischen
- Digitalisierung/digitale Transformation – was bedeutet das für politische (Erwachsenen)bildung
- Mit dem ETS Competence Model for Trainer/youth workers arbeiten

Hinzu kamen zwei freie Slots, die für aktuelle Themen und spontane Ideen genutzt werden konnten, so z. B. für einen kollegialen Austausch über Anfragen an und Angriffe auf AdB-Mitgliedseinrichtungen.

In allen Workshops wurde festgehalten, welche Anregungen für die weitere Kommissionsarbeit, aber auch für die Zusammenarbeit im Verband gegeben werden können. Bei letzterem ging es oft um die Veränderung und Stärkung von (Vernetzung-)Strukturen, um das Aufgreifen verschiedener, als wichtig erachteter Themen (wie z. B. die „Digitale Transformation“, „Autoritäre Versuchungen“, Extremismus) sowie um die Verbesserung des fachlichen Austauschs. Diese Anregungen werden in die Gremien des AdB weitergegeben und dienen so ebenfalls als Bausteine in dem aktuell laufenden Verbandsentwicklungsprozess. Der gemeinsame Austausch wird als sehr wertvoll erachtet und es wird angestrebt, in gewissen Abständen solche gemeinsamen Treffen zu wiederholen.

Der besondere Tagungsort – mitten im Nationalpark Harz und UNESCO-Weltkulturerbe Oberharzer Wasserwirtschaft gelegen – konnte durch eine kleine Naturführung durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Internationalen Haus Sonnenberg – Sonnenberg-Kreis e. V., Dr. Friedhart Knolle, gewürdigt werden, der als Pressesprecher des Nationalparks Harz e. V. sein umfassendes Wissen mit den Teilnehmer*innen teilte.

Stärkung und Diversifizierung der politischen Erwachsenenbildung im AdB

Ein Modellprojekt zur Modernisierung und Ausbau der Trägerstrukturen der politischen Erwachsenenbildung



Foto: Tomizak/pixelio.de

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) hat sich an der Ausschreibung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb zur Modernisierung und zum Ausbau der Trägerstrukturen der politischen Erwachsenenbildung beteiligt und den Zuschlag für ein dreijähriges Projekt bekommen.

In dem Projekt geht es um die Weiterentwicklung des Feldes der politischen Bildung in Richtung Diversität. Da die Landschaft der bislang geförderten und anerkannten Träger der politischen Bildung noch nicht die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt, möchte der AdB die Zusammenarbeit und Vernetzung der AdB-Mitgliedsorganisationen und (post)migrantischen Organisationen und jungen Trägern der politischen Bildungsarbeit stärken. Damit kann die Expertise von (neuen) Organisationen sichtbar gemacht, neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet sowie eine noch stärkere Perspektivenvielfalt und eine umfassende Zielgruppenerreichung im Verband ermöglicht werden.

Gleichzeitig wird sich das Projekt mit Fragen auseinandersetzen, welcher Maßnahmen es im Verband selbst bedarf, um vielfältiger zu werden und besser gesellschaftliche Vielfalt abzubilden. Wie sind AdB-Mitgliedseinrichtungen in Bezug auf Diversität und entsprechende Themen aufgestellt? Was können wir hier von anderen Bildungsstätten und Bildungsorten lernen? Welche Angebote, Formate

und ggf. Veränderungsprozesse werden benötigt, um eine möglichst heterogene Zielgruppe zu erreichen?

Ausgehend von einer Bedarfsanalyse und mit Unterstützung einer begleitenden Steuerungsgruppe mit Expert*innen aus Wissenschaft, Bildungseinrichtungen und Migrationsorganisationen sollen Angebote für AdB-Mitgliedsorganisationen und interessierte migrantische/postmigrantische Organisationen organisiert werden. Das können z. B. (Fach-)Veranstaltungen, Qualifizierungsworkshops und Vernetzungsmöglichkeiten sein.

Ziel des Projektes ist es auch, neue und vielfältige Verbandsmitglieder und Partner*innen zu gewinnen und damit auch den Ausbau und die Diversifizierung der Träger politischer (Erwachsenen-)Bildung insgesamt zu unterstützen. Das Projekt richtet sich primär an Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung, ist aber offen für alle Interessierte, da das Thema Diversität als ein Querschnittsthema im Verband verstanden wird.

Die Erfahrungen und gewonnene Expertise bringen den diversitätsorientierten Öffnungsprozess des Verbandes weiter voran und tragen zu mehr Offenheit für neue Träger, Angebote und Zielgruppen bei. Das Projekt bildet damit einen wichtigen Baustein, um den Diversitäts- und Verbandsentwicklungsdiskurs im AdB fördern.

Das Modellprojekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb für den Zeitraum von Juli 2019 bis Juni 2022 gefördert.

Narmada Saraswati ist die Projektverantwortliche und seit dem 16. September 2019 als Referentin für Diversität in der Erwachsenenbildung in der Geschäftsstelle des AdB tätig. Sie ist Sozialpädagogin (M.A.) und beschäftigt sich beruflich seit längerem mit Fragen von Chancengleichheit, Intersektionalität und Rassismuskritik in Bildungskontexten. Zuletzt war sie für die Koordination eines Diversity-Projektes der historisch-politischen Arbeit verantwortlich, in dem es u. a. um die Entwicklung eines Planspiels im Kontext von „Al Andalus“ für Jugendliche und Erwachsene ging und für antimuslimischen Rassismus und heterogene Geschichtsnarrative sensibilisierte.

Prävention und politische Bildung – Wie weiter?

Bericht über die Fortbildungsreihe des AdB-Fachreferats „Religiös begründeter Extremismus“



Die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln Foto: AdB

Im Jahr 2019 hat das Fachreferat „Religiös begründeter Extremismus“ des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. in Kooperation mit cultures interactive e. V. eine modulare Fortbildungsreihe für Pädagog*innen und Fachkräfte aus Jugend(sozial)arbeit, Bildung und Schule durchgeführt.

Der Fokus der Veranstaltungsreihe lag auf politischer Bildung und phänomenübergreifender Prävention, sowohl deren Unterscheidungen als auch Synergien und Überschneidungsbereiche. Ziel der Fortbildungsreihe war die Vermittlung von Handlungskompetenzen für den Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus.

Ideen und Äußerungen der Ungleichwertigkeit, die entweder religiös, völkisch, ethnisch oder kulturalistisch begründet werden, finden immer mehr Eingang in die öffentlichen Diskurse. Oft werden diese in unterschiedlichen Präventionsangeboten verhandelt und es findet entweder eine Fokussierung auf Rechtsextremismus oder auf den Bereich des religiös begründeten Extremismus statt. Für manche Gruppen und Settings kann aber ein phänomenoffener Zugang von Vorteil sein. Auch bietet sich auf inhaltlicher Ebene eine vergleichende jugendkulturelle und medial gestützte politische Bildung an. Mit diesem phänomenübergreifenden Ansatz hat die Fortbildungsreihe in insgesamt vier Modulen je ein Schwerpunktthema vertieft, welches einen Bezug zu beiden Formen des Extremismus aufweist. So wurde den Überschneidungen und Unterscheidungen in beiden Phänomenbereichen nachgegangen:

- *Medien*: 29./30. April 2019 in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW),

- *Rollenbilder/Gender*: 17./18. Juni 2019 im Jugendgästehaus Bochum,
- *Diversität/rassismuskritische Bildungsarbeit*: 2./3. September 2019 in der Jugendbildungsstätte LidiceHaus Bremen und
- *Antisemitismus*: 9./10. Oktober im Max Mannheimer Haus in Dachau, mit Besuch der KZ Gedenkstätte in Dachau am 11. Oktober 2019.

Neben Hintergrundwissen wurden bewährte Methoden der politischen Bildung vorgestellt und neue Ideen für das eigene Arbeitsfeld entwickelt. Dabei war es oft eine Herausforderung, die unterschiedlichen Perspektiven, Kenntnisstände und Erfahrungswerte der Teilnehmenden mit einzubeziehen.

Was haben wir gemacht?

Bei den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus handelt es sich um strukturell ähnliche Ideologien, die sich jedoch als Antagonisten gegenseitig bei der Mobilisierung unterstützen, bspw. durch mediales Aufgreifen und Inszenieren von vermeintlichen Fakten, Aktionen oder Geschehnisse. Um Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen zu erkennen, ist daher die Kenntnis über Codes und Inhalte extremistischer Gruppierungen von großer Bedeutung. Methodisch wurde viel mit Fotos, Videos und Musik gearbeitet, da sich zum einen die verwendeten Codes dort wiederfinden und dies zum anderen insbesondere im jugendkulturellen Bereich sehr erfolgreich ist.

Für das Schwerpunktthema *Medien* war es daher wichtig, sowohl auf unterschiedliche Medienpräsenzen und Strategien, aber auch auf die Vermittlung medienpädagogischer Kompetenzen aufmerksam zu machen. Unter Berücksichtigung der *Geschlechterrollen* und *Genderkonzepte* beider Phänomenbereiche kann eine pädagogische Antwort ein diversitätsfokussierter Ansatz sein. Hier können zum einen Widersprüche in Ideologien aufgezeigt als auch alternative Lebenskonzepte und Biografien in die Arbeit mit Jugendlichen einbezogen werden. So können Irritation erreicht und Empowerment gefördert werden. Dies gilt auch für den *diversitätssensiblen* und *rassismuskritischen* Ansatz, der in erster Linie Denkanstöße liefert und zur Reflexion der eigenen Arbeitsansätze anregen soll. Bei dem Schwerpunktthema *Antisemitismus* lag der →

Fokus auf einer Befähigung zu Ambiguitätstoleranz und kritischer Urteilskompetenz. Doch auch hier wurde deutlich, wie wichtig auch das Anerkennen von Diskriminierungserfahrungen bspw. von antimuslimischem Rassismus ist – für ein Empowerment von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Was nehmen wir mit?

Was nehmen wir nach vier Fortbildungsmodulen mit anspruchsvollen Inhalten und Schwerpunktthemen und einer sehr heterogenen Teilnehmerschaft mit? Im Grunde ist festzustellen, dass die zu vermittelnden Kompetenzen nicht nur für Kinder und Jugendliche wichtig sind, sondern auch und gerade für Multiplikator*innen von großem Wert sind. Dies betrifft bspw. Medienkompetenzen und eine kritische Mediennutzung, aber auch den Einsatz für unterschiedlichste Gender- und Lebensformen und da-

mit einhergehend ein Bewusstsein für Selbstbestimmung statt Fremdzuschreibung. Darüber hinaus wurde deutlich, wie wichtig die Reflexion der eigenen Haltung und eigener Rassismen ist. Dies betont auch die Notwendigkeit von Diversität und einer *radikalen Vielfalt*, sowohl im eigenen Team als auch in den Netzwerken. Nur so kann eine authentische Abbildung einer heterogenen und diversen Gesellschaft erfolgen. Um die politische Bildungsarbeit dahingehend zu stärken und zu sensibilisieren, bedarf es entsprechender Programme und Projekte, die sich nicht zuletzt in Fortbildungsveranstaltungen realisieren lassen. Wir freuen uns darauf, uns auch im kommenden Jahr diesen Themenbereichen zu widmen und so einen Beitrag für eine weltoffene und diverse Gesellschaft zu leisten.

Das AdB-Fachreferat „Religiös begründeter Extremismus“ wird aus Mitteln des BMFSFJ gefördert.

Politische Bildung für eine weltoffene Demokratie

Festveranstaltung anlässlich des 60. Gründungsjubiläums des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.



Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB); Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) und Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (v.li.n.re.) Foto: AdB

Mehr als 100 Gäste waren am 17. Oktober 2019 der Einladung in die Vertretung des Landes Bremen beim Bund gefolgt, um zusammen mit den Vertreter*innen der AdB-Mitgliedereinrichtungen, dem Vorstand und der Geschäfts-

stelle des AdB das 60. Gründungsjubiläum des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. zu feiern. Zu den Gratulant*innen gehörte auch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Franziska Giffey, die mit einer ermutigenden Rede und Zeit für ein Gespräch mit Jugendlichen dem AdB ihre besondere Wertschätzung zeigte.

Die Ministerin hob die langjährige und gute Zusammenarbeit mit dem AdB hervor. Sie unterstrich die Wichtigkeit und Bedeutung der Förderung der politischen Jugendbildung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), den sie als zentrales Förder- und Strukturinstrument hervorhob. Ebenso erwähnte sie die bewährte und konstruktive Zusammenarbeit in verschiedenen Bundesprogrammen und die wichtigen Beiträge, die der AdB auf jugendpolitischer Ebene leistet: so zum Beispiel die Mitarbeit am 16. Kinder- und Jugendbericht, an der Weiterentwicklung der Jugendstrategie und der Eigenständigen Jugendpolitik.

Die Ministerin betonte die Bedeutung, die die politische Bildung in der Demokratie hat. Es gehe darum, starke politische Bürger*innen auszubilden. Dafür sei politische

Bildung in Schule, aber eben auch außerhalb von Schule dringend erforderlich. „Und da ist noch Luft nach oben“, so ihre Worte, die mit Applaus von den Festtagsgästen unterstützt wurden. Ihre herzlichen Glückwünsche zum Jubiläum verband sie mit einem ermunternden „Gut so – weiter so – und mit uns zusammen!“

In einer Gesprächsrunde mit jugendlichen Teamer*innen der Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Kinda Muhsen, Wael Bisher und Adrian von Treuenfels, konnten die Ministerin und die Teilnehmer*innen erfahren, welche Wege die Jugendlichen gegangen sind – von den ersten Kontakten zur politischen Bildung bis hin zur eigenen Mitarbeit an der Gestaltung von Bildungsangeboten.

Zu einer weiteren Gesprächsrunde, in der Politik und politische Bildung in die Diskussion gebracht wurden, konnten auf dem Podium die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Ulrike Bahr und Christoph Bernstiel begrüßt werden und als Vertreterin der Praxis politischer Bildung Anne Dwertmann, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus. Thema war, wie Politik und politische Bildung gemeinsam die demokratischen Kompetenzen junger Menschen und damit auch die Demokratie stärken können, wie die Beteiligung von Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben erhöht werden kann und welchen Herausforderungen die politische Bildung sich in den kommenden Jahren stellen muss.

Mit einer Ausstellung verschiedener Projekte von AdB-Mitgliedseinrichtungen, mit Plakaten, Material und kleinen

filmischen Impressionen konnte gute Praxis sichtbar gemacht werden. Folgende Projekte waren vertreten:

- Stolpersteinprojekt „Jeder Mensch hat einen Namen“, Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.
- Projekt „Politische Bildung für Groß und Klein“, Villa Fohrde e. V.
- Projekt „Kinderreporter_innen – Frag doch mal uns“, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
- So stark – Frauenrechte und Empowerment für Mädchen und junge Frauen; #waswillich, HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg
- Projekt #Denk_net, Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
- Ausstellung „Mehr bezahlbarer Wohnraum – aber wie“, Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung
- „Empowered by Democracy. Stärken. Bilden. Vernetzen“ und „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.

Zum Gelingen der Festveranstaltung trugen nicht zuletzt die hervorragenden Rahmenbedingungen in der Vertretung des Landes Bremen beim Bund bei, das Willkommen durch Staatsrat Dr. Olaf Joachim, Der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, und die außerordentlich gute Bewirtung durch die hauseigene Küche. So klang der Abend mit anregenden Gesprächen und vielen Möglichkeiten zum Netzwerken aus.

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus ist im Rahmen der *Brücke | Most-Stiftung* die Landesserviceestelle Lernorte des Erinnerns und Gedenkens ins Leben gerufen worden. Die Serviceestelle bietet für pädagogische Fachkräfte aus Sachsen kompetente Beratung, Unterstützung und Begleitung bei schulischen Vorhaben zu historischen Lernorten des 20. Jahrhunderts in Sachsen, Deutschland, Tschechien oder Polen.

Vor 20 Jahren, im August 1999, wurden die ersten Gäste in der *EJBW – Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“* begrüßt. Seitdem bietet die EJBW ein vielfältiges Programm der politischen Bildung für Jugendliche, Fachkräfte und Multiplikator*innen aus Deutschland, Europa und der ganzen Welt an. Die EJBW hat eine besondere Jubiläumskommunikation – auf Facebook, auf der Webseite und im September-Newsletter zum Thema „20 Jahre EJBW“ – gestartet.

Am 12. September 2019 beging die *Auslandsgesellschaft in Dortmund* feierlich ihr 70-jähriges Bestehen. Die Auslandsgesellschaft entstand nach dem Zweiten Weltkrieg aus einer Bürgerinitiative für Völkerverständigung. Aus dem im Dezember 1948 gegründeten Deutsch-Französischen Institut entstand mit Zustimmung der britischen Besatzungsmacht und dem tätigen Interesse von Niederländern, Schweden und anderen, das am 28. März 1949 gegründete Internationale Auslandsinstitut, das heute 28 Länderkreise umfasst.

Das Haus Rissen wurde 1954 gegründet. Den 65. Geburtstag hat die *Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V. – Haus Rissen – Institut für internationale Politik und Wirtschaft* am 13. September 2019 mit einem festlichen Abend begangen. Der Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg, Dr. Peter Tschentscher, hielt den Festvortrag.

Am 19. Oktober 1959 wurde der Verein „Karl-Arnold-Bildungsstätte“ in Bonn-Bad Godesberg gegründet. Am 16. November 2019 feierte der Verein *Karl-Arnold Stiftung e. V.* seinen 60. Geburtstag mit Mitgliedern, Freunden, Förderern, Partnern und weiteren Gästen und dem Motto „Zukunft gestalten mit politischer Bildung“.

In der Edition *Bildungsstätte Anne Frank* ist im Oktober ein neuer Band mit dem Titel „Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts“ erschienen. Er wurde von Katharina Rhein, Tom Uhlig und Eva Berendsen im Verbrecher Verlag herausgegeben. Der Band enthält kritische Beiträge zum „Hufeisenmodell“ und der Gleichsetzung von Links und Rechts u. a. von Wolfgang Wippermann, Daniel Keil, Dana Ionescu, Ingolf Seidel, Meron Mendel und Deborah Krieg.

Vom 6. November 2019 bis zum 3. Mai 2020 wird die von der *Bildungsstätte Anne Frank* produzierte Sonderausstellung anlässlich 30 Jahre Mauerfall „Anderen wurde es schwindelig. 1989/90: Schwarz, jüdisch, migrantisch“ initiiert. Drei künstlerisch-dokumentarische Positionen von Hito Steyerl, spot_the_silence und Malte Wandel laden zur Auseinandersetzung mit den Erfahrungen und Perspektiven von Schwarzen Menschen und People of Color, Jüdinnen und Juden sowie Migrant*innen ein.

Die AdB-Mitgliedseinrichtung *basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach* hat die Ergebnisse ihres Projekts „Politisch motivierte Gewalt erforschen. Mit kritischer Medienkompetenz Terrorismus verstehen und für Demokratie eintreten“ veröffentlicht. Auf der Projektpage walter.basa.de stehen neben der Broschüre alle im Projekt erstellten Podcasts, weiteres Material und Methoden zum Download zur Verfügung.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

Auf der DARE General Assembly am 27. August 2019 in Berlin wurde ein neuer Vorstand des europäischen Netzwerks DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe für die Jahre 2019–2021 gewählt: **GEORG PIRKER** (AdB, DE) president; **EVGENIYA KHOROLTSEVA** (Norwegian Human Rights Academy, NO) vice-president; **AGNESE KOLIGINA BALODE** (Baltic Human Rights Society, LV) vice-president; **ZUZANA SCHREIBEROVÁ** (Multicultural Centre Prague, CZ) vice-president; **MARCO OBEROSLER** (International Centre for Cooperation Trento, IT) vice-president; **FRANK ELBERS** (Human Rights Campus, Netherlands) secretary; **MATIA LOSEGO** (Inducar, PT) treasurer.

Am 15. September 2019 konnte **NARMADA SARASWATI** als neue Mitarbeiterin in der AdB-Geschäftsstelle begrüßt werden. Sie ist als Referentin für Diversität in der Erwachsenenbildung zuständig für die Realisierung des von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Modellprojekts „Netzwerkentwicklung für die Stärkung der Demokratie. Modernisierung und Ausbau von Trägerstrukturen der politischen Erwachsenenbildung“.

Die Mitgliederversammlung des Rats der Weiterbildung – KAW hat am 8. Oktober 2019 turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Neue Vorsitzende der KAW ist Professorin **DR. REGINA EGETENMEYER**. Sie hat eine Professur für Erwachsenenbildung/Weiterbildung an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg inne und wurde im Oktober 2019 in die „International Hall of Fame for Adult and Continuing Education“ aufgenommen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden **ANDREA HEIM**, Bundesgeschäftsführerin der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB), und **SASCHA REX**, (kommissarischer) Leiter des Grundsatzreferats im Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) gewählt.

Am 1. November 2019 hat **DANA MEYER** die Geschäftsführung des ABC Bildungs- und Tagungszentrums e. V. in Drochtersen-Hüll übernommen. Die Sozialwissenschaftlerin ist seit vielen Jahren als Referentin für politische Bildung mit dem Fokus Gender, Diversität und Ungleichwertigkeit-sideologien aktiv – zuletzt bei der Bildungsstätte Alte Schule Anspach, basa e. V.

NILS-EYK ZIMMERMANN koordiniert seit Anfang Oktober 2019 als Projektreferent in der Geschäftsstelle des AdB das Erasmus+ Projekt „DIGIT-AL: Digital Transformation and Adult Learning for Active Citizenship“. Zuvor hat er Programme der politischen Bildung und zur Engagementförderung aufgebaut, unter anderem in Mittel- und Osteuropa. Als Autor und Herausgeber entwickelte er verschiedene Fachpublikationen und eine Onlineplattform.

Die Mitgliederversammlung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. hat am 21. Oktober 2019 den Europaabgeordneten **MARKUS FERBER** einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er war seit 2014 stellvertretender Stiftungsvorsitzender. Er tritt sein neues Amt zum 1. Januar 2020 an. Die Wahl wurde erforderlich, da die bisherige Vorsitzende, Staatsministerin a. D. Prof. **URSULA MÄNNLE**, zum Jahresende 2019 den Vorsitz der Hanns-Seidel-Stiftung vorzeitig aufgeben wird. Als Stellvertreterin rückt die evangelische Regionalbischöfin **SUSANNE BREIT-KESSLER** nach, die ihr Amt als Regionalbischöfin zum 30. November 2019 beenden wird. Auch sie wurde einstimmig gewählt. Neu in den Vorstand aufgenommen wurden Staatsministerin im Kanzleramt für Digitales, **DOROTHEE BÄR**, der EVP-Fraktionsvorsitzende **MANFRED WEBER** sowie der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Leiter der Staatskanzlei, **DR. FLORIAN HERRMANN**.

Der Nachhaltigkeitsforscher **DIRK MESSNER** wird zum 1. Januar 2020 neuer Präsident des Umweltbundesamts. Das Kabinett stimmte dem Personalvorschlag von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) Ende Juli zu. Er wird auf **MARIA KRAUTZBERGER** folgen, die in den Ruhestand geht. Zurzeit ist er Direktor des Institute for Environment and Human Security an der Universität der Vereinten Nationen und Ko-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung.

FRANZISKA PORST übernimmt am 1. Januar 2020 die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Sie folgt damit dem langjährigen Geschäftsführer **PETER KLAUSCH** nach, der in den Ruhestand verabschiedet wird.

Aus Profession und Politik

18. Shell Jugendstudie: Jugendliche melden sich zu Wort

Im Oktober 2019 wurde die 18. Shell Jugendstudie 2019 in Berlin vorgestellt. Seit 1953 beauftragt Shell in Deutschland unabhängige Wissenschaftler*innen mit der Erstellung von Studien, um Einstellungen und Erwartungen von Jugendlichen zu dokumentieren. Die Jugendstudie zeichnet nicht nur ein Abbild der aktuellen Jugendgeneration, sondern bietet Anlässe zu Denkanstößen und gesellschaftspolitischen Debatten.

Die aktuelle Studie wurde von Prof. Dr. Mathias Albert (Leitung, Universität Bielefeld), Prof. Dr. Gudrun Quenzel (Universität Vorarlberg), Prof. Dr. Klaus Hurrelmann (Hertie School of Governance) sowie einem Expertenteam des Münchner Forschungsinstituts Kantar im Auftrag der Deutschen Shell verfasst. Sie stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.572 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren. Die Erhebung fand auf Grundlage eines standardisierten Fragebogens im Zeitraum von Anfang Januar bis Mitte März 2019 statt. Im Rahmen der qualitativen Studie wurden zwei- bis dreistündige Interviews mit 20 Jugendlichen dieser Altersgruppe durchgeführt.

Das Bild von der Jugend in Deutschland ist komplex, vielfältig und in jeder Hinsicht in Bewegung. Jugendliche melden sich vermehrt zu Wort und artikulieren ihre Interessen und Ansprüche nicht nur untereinander, sondern zunehmend auch gegenüber Politik, Gesellschaft und Arbeitgebern. Dabei blickt die Mehrheit der Jugendlichen eher positiv in die Zukunft. Ihre Zufriedenheit mit der

Demokratie nimmt zu. Das seit Beginn des Jahrtausends stark gestiegene Interesse an Politik bleibt stabil. Die EU wird überwiegend positiv wahrgenommen. Jugendliche sind mehrheitlich tolerant und gesellschaftlich liberal. Am meisten Angst macht Jugendlichen die Umweltzerstörung. Die Debatten um Flucht und Migration spiegeln sich in gestiegener Angst sowohl vor Ausländerfeindlichkeit als auch – auf niedrigerem Niveau – vor Zuwanderung wider.

Jugendliche meinen, dass politisches Engagement eine hohe Bedeutung hat. Mehr als drei Viertel der Jugendlichen sind mit der Demokratie zufrieden. Gleichzeitig kritisieren mehr als zwei Drittel, dass die Politiker sich nicht um ihre Belange kümmern, was als Ursache für Politikverdrossenheit gesehen werden kann.

Nach wie vor lässt sich ein starker Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft feststellen. Bei Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern ist es nur halb so wahrscheinlich, dass sie das Abitur erreichen wie bei Jugendlichen aus gebildeten Elternhäusern. Allerdings ist die Bildungspolitik der letzten Jahre insofern erfolgreich, als auch Jugendliche aus bildungsfernen Schichten das Abitur mittlerweile deutlich häufiger anstreben bzw. erreichen als früher.

Quelle und weitere Informationen: www.shell.de/jugendstudie

Jung! digital! Sozial? – Studie des Deutschen Jugendinstituts

Mit dem Titel „JUNG! DIGITAL! SOZIAL? Erklärungsfaktoren für Online-Sozialkompetenzen im Kindes- und Jugendalter“ wurde eine neue Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) veröffentlicht. Sie wurde von der Vodafone Stiftung gefördert.

Online-Medien sind aus dem Sozialleben der meisten Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Doch wie ist es eigentlich um die Sozialkompetenzen der Always-On-Generation bestellt? Agieren junge Menschen in sozialen Netzwerken tatsächlich sozial? In dieser Studie wird erstmals differenziert untersucht, wie sozial kompetent sich Jugendliche online verhalten und durch welche Faktoren ihr Verhalten beeinflusst wird. Sowohl die elterliche Medienerziehung als auch Gruppendruck durch Peers spielen den Ergebnissen zufolge für das Online-Sozialverhalten eine wichtige Rolle. Zudem fällt es vielen Jugendlichen schwer, untereinander oder mit Eltern oder Lehrern über negative Online-Erfahrungen und -Erlebnisse zu kommunizieren.

Je intensiver Jugendliche online kommunizieren, desto eher weichen sie von angemessenem Verhalten ab. Ju-

gendliche, die das Internet und soziale Medien besonders häufig nutzen, geben seltener an, sich online respektvoll und fair gegenüber anderen zu verhalten. Gleiches gilt für Jugendliche, die berichten unter einem hohen Druck von ihren Peers zu stehen, ständig online und erreichbar zu sein.

Die Studie beruht auf einer Selbsteinschätzung von Jugendlichen im Rahmen einer quantitativen Befragung. Dafür wurden Ende 2017 insgesamt 1.508 Jugendliche in den Klassenstufen 7 bis 10 an unterschiedlichen Schulformen in Bayern befragt. Die Studie orientiert sich an einem Medienkompetenzmodell, demzufolge durch die Nutzung von Medien grundlegende Bedürfnisse nach Kompetenz, Autonomie und sozialer Verbundenheit erfüllt werden.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.dji.de/digitalundsozial; www.vodafone-stiftung.de

Demokratie in Gefahr – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

In ihrer Handreichung analysiert die Amadeu Antonio Stiftung auf knapp 80 Seiten die Geschichte der AfD, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit und ihre parlamentarische Praxis im Deutschen Bundestag, in den Landtagen und den Kommunalparlamenten. In weiteren Kapiteln setzt sich die Veröffentlichung mit Angriffen der Partei auf die Zivilgesellschaft, die Gleichstellungspolitik und die politische Bildung an Schulen und in außerschulischen Kontexten auseinander. In einem eigenen Kapitel untersucht die Stiftung die Bedeutung der AfD für die Kinder- und Jugendarbeit. Am Beispiel von Hannover wird nachgezeichnet, welche Auswirkungen die Übernahme des Vorsitzes eines Jugendhilfeausschusses durch ein Mitglied der AfD-Fraktion hat. Die einzelnen Kapitel der Handreichung schließen jeweils mit Handlungsempfehlungen bzw. Interventionsstrategien.

Die Amadeu Antonio Stiftung warnt davor, die AfD als Partei zu verharmlosen. Sie habe mit ihren Angriffen auf die liberale Demokratie die Programmatik der NPD modernisiert und anschlussfähig gemacht. Sie höhle die Demokratie von innen aus, greife die Grundrechte an und versuche, Verteidiger der Demokratie gezielt unter Druck zu setzen.

Die gemeinnützige Amadeu Antonio Stiftung hat seit ihrer Gründung im Jahr 1998 das Ziel, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Die Stiftung steht unter der Schirmherrschaft von Wolfgang Thierse.

Quelle und weitere Informationen: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Neutralitätsgebot und politische Bildung: Kritische Behandlung rassistischer und rechtsextremer Positionen von Parteien ist geboten

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat die Publikation „Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?“, verfasst von Hendrik Cremer, veröffentlicht. Die Publikation geht insbesondere der Frage nach, ob und inwiefern es rechtlich geboten und damit auch zulässig ist, dass Lehrkräfte im Schulunterricht oder Akteure der außerschulischen Bildung rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien thematisieren. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie das parteipolitische Neutralitätsgebot des Staates und das Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb (Art. 21 GG) zu verstehen ist.

Diese rechtlichen Fragen sind bisher wenig untersucht und es gibt auch keine gefestigte Rechtsprechung in dem

Feld. Sie stellen sich aber, insbesondere seit die Partei AfD in einigen Bundesländern die gegen Lehrer*innen gerichtete Aktion „Neutrale Schule“ gestartet hat. Zudem stellt die Partei von der Bundesregierung und Landeregierungen aufgelegte Programme zur Demokratieförderung infrage und setzt dabei Akteure unter Druck, die sich im Bereich der außerschulischen Bildung kritisch mit rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien auseinandersetzen.

Quelle, Download und Bestellung: www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen

Kartenset „Antidiskriminierung, Rassismuskritik und Diversität“ erschienen

Wie viele Angriffe gab es 2017 auf Muslim*innen und muslimische Einrichtungen? Was verbirgt sich hinter dem Begriff Antiziganismus? Wie kann ich mich verhalten, wenn ich beobachte, dass jemand aufgrund seiner sexuellen Orientierung beleidigt wird?

In diesem Kartenset sind 105 Reflexionskarten für die Praxis zu finden, auf denen Rassismus, Diskriminierung und Diversität auf fünf verschiedene Arten und in fünf Kategorien thematisiert werden: in Begriffen, in Konzepten und Methoden rassismuskritischer und kultursensibler Denkweisen, in Aussagen aus dem öffentlichen Leben und in statistischen Zahlen.

Entwickelt wurde das Kartenset von Eden Mengis, freie Mitarbeiterin des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e. V. (IDA), und IDA-Geschäftsführer Ansgar Drücker. Die Texterstellung wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Die Karten sind für die Gruppenarbeit mit Menschen ab 14 Jahren geeignet, um über diese Themen miteinander ins Gespräch zu kommen. Sie helfen, Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen angemessen zu thematisieren und tragen zur (Selbst-)Reflexion bei. Das Kartenset ist ein guter Einstieg in Bildungsprozesse und Diskussionen für gesellschaftliche Offenheit und Vielfalt, gegen Rassismus und Diskriminierung.

In dem 20-seitigen, begleitenden Booklet geben die Autor*innen ausführliche Hinweise zum pädagogischen Einsatz der Karten, erläutern Fachbegriffe und empfehlen weiterführende Literatur und Ansprechpartner in diesem Themenfeld pädagogischer Arbeit.

Das Kartenset ist im Buchhandel für 29,95 Euro erhältlich oder kann versandkostenfrei bestellt werden unter der E-Mail-Adresse medienservice@beltz.de

Quelle und weitere Informationen: www.idaev.de

Jugendliche berichten über ihre Erfahrungen im Projekt „Empowered by Democracy“

Im September 2019 ist die Broschüre „Zwei Jahre ‚Empowered by Democracy‘ – Jugendliche berichten“ erschienen. Das Zitat eines Jugendlichen „...doch dann hat es mich gepackt, ich habe politisches Interesse entwickelt“ zeigt eine Perspektive der Projekterfahrungen. Im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy. Stärken. Bilden. Vernetzen“ nahmen über 3.500 Jugendliche an Angeboten der politischen Bildung teil, gut die Hälfte davon mit Fluchterfahrung. Für diese Broschüre wurden junge Teilnehmende

mit und ohne Fluchterfahrung befragt, wie sie die Bildungsangebote erlebt haben. Auch zu ihrer Lebenssituation und ihrer Meinung zu Demokratie und dem Zusammenleben in Deutschland wurden qualitative Interviews geführt. Die Broschüre gibt einen lebendigen Eindruck in die Praxis und die Erfahrungen der Teilnehmer*innen des Projekts.

Quelle, weitere Informationen und Download der Broschüre:
<https://empowered-by-democracy.de>

Studie zur Rolle von Migrantenorganisationen im Flüchtlingsbereich veröffentlicht

Die Studie „Die Rolle von Migrantenorganisationen im Flüchtlingsbereich – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen“ von Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH, wurde gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Ziel der Untersuchung war es, anhand einer bundesweiten Bestandsaufnahme mit 85 Migrant*innenorganisationen die Rolle und Aktivitäten von Migrant*innenorganisationen im Flüchtlingsbereich zu ermitteln und durch die Analyse von Praxisbeispielen Empfehlungen für die Unterstützung und Förderung dieser Aktivitäten zu entwickeln. Dabei wur-

den Angaben zur Motivation der Organisationen gemacht, zu Kooperation und Vernetzung der Akteursgruppen, zu „Gelingensfaktoren“ und zu Unterstützungs- und Förderbedarfen. Abschließend werden Empfehlungen an staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure im Handlungsfeld ausgesprochen.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.inbas-sozialforschung.de/projekte/die-rolle-von-migrantenorganisationen-im-fluechtlingsbereich.html

Diskussionspapier „Inklusion in der Jugendarbeit“

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat im Juni 2019 das Diskussionspapier „Inklusion in der Jugendarbeit. 10 Jahre UN-BRK – ein Blick auf die Entwicklungen in der und Erwartungen an die Jugendarbeit“ beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2019 beschäftigt sich die AGJ mit dem Thema Inklusion in der Jugendarbeit. Das Diskussionspapier verdeutlicht, welchen Beitrag Jugendarbeit – trotz vielfältiger struktureller Hindernisse – zur Inklusion junger Menschen mit und ohne Behinderung beitragen will und kann. Der Fokus des Papiers liegt hier auf der Beschreibung inklusiver Praxis und ihrer Gelingensbedingungen. Hierfür wird zunächst auf bestehende rechtliche Rahmenbedingungen und daraus resultierende segregierte Sozialräume und Lebenswelten

junger Menschen mit Behinderung eingegangen. Die Potenziale der Jugendarbeit in diesem Kontext werden beleuchtet und positive Beispiele aus der Praxis benannt, welche Inklusion praktisch neu denken und leben. Gelingensbedingungen für inklusive Praxis werden hieraus abgeleitet und mit Empfehlungen für verschiedene Akteure auf unterschiedlichen Ebenen verknüpft. Denn das Ziel, dass junge Menschen mit und ohne Behinderung in der Jugendarbeit ihren Platz finden, Angebote gestalten, sich beteiligen und gemeinsam Alltag leben, wird von der AGJ hier nochmal stark gemacht.

Quelle und weitere Informationen: www.agj.de

Download: www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2019/Inklusion_Jugendarbeit.pdf

Aktuelle Umfrage zeigt: Jeder Zweite erlebt Diskriminierung wegen Beeinträchtigung

Die Aktion Mensch e. V., die sich mit ihrer aktuellen Kampagne gegen Diskriminierung und für Inklusion von Anfang an einsetzt, hat eine Online-Befragung zum Thema „Diskriminierungserfahrungen“ in Auftrag gegeben. Für die Erhebung hat das internationale Markt- und Meinungsforschungsinstitut YouGov (<https://yougov.de>) deutschlandweit insgesamt 517 Menschen (ab 18 Jahren) mit Beeinträchtigung befragt. Die Umfrage erfolgte vom 29. Juli bis zum 3. August 2019. Unter Menschen mit Beeinträchtigung sind in der vorliegenden Studie Personen gemeint, die eine Behinderung oder chronische Erkrankung haben.

Diskriminierungserfahrungen haben starke Auswirkungen auf das Leben von Menschen mit Beeinträchtigung: Fast alle von Diskriminierung betroffenen Befragten (93 %) berichten über emotionale und psychische Belastungen, 88 % spüren sogar körperliche Auswirkungen. Erfahrungen mit Diskriminierung hat bereits mehr als die Hälfte der Befragten (51 %) gemacht. Bei den 18- bis 50-Jährigen sind es mit 70 % sogar noch deutlich mehr. Dabei kommen nach Angaben der Befragten mit Diskriminierungserfahrungen diese am häufigsten im alltäglichen Umgang vor – zum Beispiel durch rücksichtsloses Verhalten (60 %) – oder in Form direkter verbaler Belästigung (41 %). Besonders erschreckend ist: Mehr als jeder Zehnte (11 %) hat sogar schon körperliche Angriffe erlebt.

Diskriminierungen in der Gesellschaft nehmen nach Ansicht der Mehrheit der befragten Menschen mit Beeinträchtigung (52 %) sogar noch weiter zu. Bei der Frage nach den drei wichtigsten Akteuren, die diesem Trend entgegenwirken sollten, nennen mehr als drei Viertel (77 %) alle Mitglieder der Gesellschaft – also jeden Einzelnen.

Diese Verantwortung aller Menschen für ein inklusives Miteinander steht auch im Mittelpunkt der aktuellen Kampagne, mit der die Aktion Mensch ihr Engagement zum Thema „Inklusion von Anfang an“ weiterführt. In ihrem neuen Kampagnenfilm „Mission Zukunft 2: Realitätsschock“ (<https://youtu.be/Tp43iRt6Yc0>) zeigt sie, dass Inklusion und ein vorurteilsfreier Umgang noch lange nicht selbstverständlich sind. Sie will damit ein Zeichen gegen Intoleranz, Hass und die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung setzen. Das passt auch zum Wunsch der Befragten, mehr über das Thema aufzuklären und Diskriminierung stärker öffentlich zu machen.

Gleichzeitig ruft die Aktion Mensch dazu auf, sich aktiv für Inklusion einzusetzen: Jeder kann etwas tun und #Inkluencer werden.

Quelle und weitere Informationen: www.aktion-mensch.de/vonanfangen

„Einfach (was) bewegen“ – Kampagne für inklusiven Freiwilligendienst

Die Essener Organisation bezev (Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e. V.) hat gemeinsam mit Eurodesk Deutschland die Kampagne „Einfach (was) bewegen“ gestartet. Ziel der Kampagne ist es, junge Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung über die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthalts zu informieren und sie einzuladen, sich an Freiwilligendiensten im Ausland zu beteiligen. Highlight der Kampagne ist ein barrierefreier Film, der von der Aktion Mensch Stiftung gefördert wurde und verschiedene Arten von Auslandsfreiwilligendiensten vorstellt: ein inklusives Workcamp in Wien, einen weltwärts-Freiwilligendienst in Ghana und einen ESK-Freiwilligendienst eines Österreicherers in Deutschland. Der Film zeigt authentische Bilder von Freiwilligen mit Beeinträchtigung

vor Ort, stellt die Vielfalt der Dienste vor und lädt dazu ein, sich von bezev e. V. beraten und an inklusiv arbeitende Organisationen vermitteln zu lassen. Auf der Seite www.inklusivefreiwilligendienste.de erhalten Interessierte alle Informationen dazu, zum Beispiel welche Unterstützung sie erhalten und wie sie sich bewerben können. Das Kampagnenvideo steht in einer Version mit Gebärdensprachverdolmetschung und in einer Version mit Audiodeskription zur Verfügung, auch Untertitel lassen sich dazu schalten.

Quelle, weitere Informationen, Link zum Film: www.inklusivefreiwilligendienste.de oder www.jetzt-einfach-machen.de

Futurium – das Haus der Zukünfte

Anfang September 2019 hat in Berlin das Futurium – das Haus der Zukünfte mit Ausstellung, Forum und Futurium Lab – eröffnet. Die Zukunftsausstellung mit den drei Bereichen Mensch, Natur und Technik, das Futurium Lab mit interaktiven Exponaten und Experimenten zum Ausprobieren sind kostenfrei zugänglich. Alles dreht sich um die Frage: Wie wollen wir leben? In der Ausstellung können Besucher*innen viele mögliche Zukünfte entdecken, im Forum gemeinsam diskutieren und im Futurium Lab eigene Ideen ausprobieren. Schon heute wissen wir: In der Zukunft müssen wir große Herausforderungen bewältigen. Wie können wir den Klimawandel in den Griff bekommen?

Welche Technologien wollen wir künftig nutzen? Dient uns die Technik – oder dienen wir ihr? Wie wollen wir als Gesellschaft zusammenleben – gibt es Alternativen zum „Höher-Schneller-Weiter“? Zukunft entsteht auch durch unsere Entscheidungen und unser Handeln in der Gegenwart. Das Futurium möchte deshalb alle Besucher*innen dazu ermutigen, sich mit Zukunft auseinanderzusetzen und Zukunft mitzugestalten.

Das Haus ist von Mittwoch bis Montag von 10:00–18:00 Uhr und donnerstags von 10:00–20:00 Uhr geöffnet.

Quelle und weitere Informationen: www.futurium.de

Jugendaktion im Wissenschaftsjahr 2019 – Künstliche Intelligenz

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiiert im Rahmen des diesjährigen Wissenschaftsjahres eine Jugendaktion zum Thema Maschinelles Lernen. Mit dem Spiel „Mensch, Maschine!“, das auf Grundzügen des traditionellen „Bauernschachs“ basiert, wird Kindern und Jugendlichen ab der 7. Klasse die Funktionsweise von Maschinellem Lernen erläutert. Im Schulunterricht oder in der Jugendgruppe können die Jugendlichen so einen Einblick in die Welt lernender Systeme gewinnen. Pädagogische Materialien gibt es viele, doch ein analoges Spiel, das Jugendlichen zeigt, wie Künstliche Intelligenz und Maschinelles Lernen funktionieren, das gab es bis jetzt noch nicht. Mit dem Spiel „Mensch, Maschine!“ können Schüler*innen und Jugendgruppen nun quasi dabei zuschauen, wie bei Maschinen Lernfortschritte entstehen – und so besser begreifen, was künstliches Denken ausmacht. Bis fünf

Spielende können erleben, wie der Lernfortschritt der Maschine immer größer wird, indem sie erfolgreiche Spielzüge einfach aus ihrem „Gedächtnis“ streicht. Ziel des innovativen Bildungsansatzes ist es, Jugendliche an die Funktionsweise und Bedeutung von Künstlicher Intelligenz heranzuführen.

Begleitend werden Lehrmaterialien sowie ein Aktionsheft für Jugendliche zur Verfügung gestellt, die neben praktischen Arbeitsblättern spannende Fakten über KI bieten. „Mensch, Maschine!“ ist ein gemeinsames Projekt des BMBF, der Universität Paderborn und der Deutsche Telekom Stiftung. Die Materialien können kostenlos bestellt werden.

Quelle, Bestellmöglichkeiten und weitere Informationen: www.wissenschaftsjahr.de/jugendaktion

Ein Jahr Fridays for Future – ipb working paper erschienen

Die Studie „Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland“, erstellt von Moritz Sommer, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak, ist als ipb working paper erschienen.

Am Freitag, den 20. August 2018 protestierte Greta Thunberg zum ersten Mal mit ihrem „Schulstreik für das Klima“-Schild vor dem schwedischen Parlament. Ein Jahr später ist Fridays for Future zu einer globalen Kampagne herangewachsen, die auch in Deutschland hunderttausende für eine Wende in der Klimapolitik auf die Straße bringt. Nach wie vor bestimmen die jugendlichen Protestierenden die mediale, politische und gesellschaftliche Debatte. Wie ist dieser Erfolg zu erklären? Wer sind die Protestierenden? Was denken sie über den Klimawandel und welche Lösungsansätze verfolgen sie?

Um mehr über die Demonstrierenden und ihre Motive zu erfahren, haben sich Forscher*innen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung am 15. März 2019 an einer europaweiten Befragung der globalen Klimademonstrationen beteiligt. Für die deutsche Teilstudie fanden die Befragungen in Berlin und Bremen statt. Auf dieser Basis legten die Autor*innen die erste umfassende, deutschsprachige Studie vor, die von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung finanziert wurde.

Hier einige Ergebnisse:

- Die FFF-Proteste werden von jungen, gut gebildeten Menschen und überraschend stark von jungen Frauen

getragen. Viele der demonstrierenden Schüler*innen, von denen sich die Mehrheit im linken Spektrum verortet, demonstrierten am 15. März 2019 zum ersten Mal.

- Bei der Mobilisierung zum Protest waren direkte persönliche Kontakte mit Freund*innen und Bekannten noch wichtiger als digitale soziale Medien.
- Die Demonstrierenden wollen die Politik unter Druck setzen, klimapolitische Versprechen einzulösen. Vor allem die jungen Demonstrierenden sind aber auch davon überzeugt, dass eine Veränderung der Lebensweise und des Konsums einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leistet.
- Die Demonstrierenden sind keineswegs hoffnungslos, sondern vielmehr handlungsbereit, politisiert und zuversichtlich, dass ihr Protest Veränderungen hervorrufen kann.
- Über die Hälfte der Schüler*innen geben an, dass Greta Thunberg ihr Interesse am Klimawandel verstärkt hat.
- Im europäischen Vergleich ist die Kampagne sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung der Teilnehmer*innen als auch in der Einschätzung von Lösungswegen heterogener als der gemeinsame Rahmen vermuten lässt.

Quelle, weitere Informationen und Download der Studie: www.boell.de/de/2019/08/19/fridays-future; www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studie-zu-fridays-for-future; <https://protestinstitut.eu/ein-jahr-fridays-for-future-studie>

Ausstellung „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“

Die Ausstellung „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“ widmet sich auf 20 Tafeln dem Alltag der deutschen Einheit seit 1990. Im Fokus stehen dabei die Umbrucherfahrungen der Ostdeutschen, die mit über 120 Fotos dokumentiert werden. Autor der Ausstellung ist der Historiker und Publizist Stefan Wolle, Herausgeber sind die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Die 20 Tafeln umfassende Ausstellung steht ab 18. März 2020 als Poster-Set im Format DIN A1 gegen eine Schutzgebühr von 30 Euro (zzgl. Versandkosten) für

die historisch-politische Bildungsarbeit zur Verfügung. Sie kann darüber hinaus in weiteren Formaten und Ausführungen bestellt werden.

Die Ausstellung schließt an die vom Ostbeauftragten und der Bundesstiftung herausgegebene Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ an, die seit Juli 2019 als Poster-Set lieferbar ist und die Jahre 1989/90 in den Blick nimmt.

Quelle, Vorbestellung und weitere Informationen: www.umbruch-ost.de

Bildungsmaterialien zu Frauen und „1989“ veröffentlicht

Aus Anlass von 30 Jahren „Wende“ bzw. „Revolution“ veröffentlicht weltgewandt. Institut für interkulturelle politische Bildung e. V. Materialien für die Bildungsarbeit zu diesem Thema. Unter dem Titel „Ohne Frauen ist keine Revolution zu machen. HERstory und Dynamiken des demokratischen Umbruchs von 1989 in der DDR“ wird das Augenmerk auf den oftmals übersehenen Beitrag von Frauen als Impulsgeberinnen und aktiv Engagierte dieser bewegten Monate gelegt. Die Publikation mit einer längeren Einführung ist für Erwachsenenbildner*innen sowie interessierte Bürger*innen in Europa verfasst worden. Sie ist unter Creative Commons lizenziert und über die Website von weltgewandt e. V. in deutscher und englischer Sprache frei zugänglich.

Bärbel Bohley, Katja Havemann, Ulrike Poppe – diese Namen des Herbstes 1989 sind einigermaßen bekannt. Viele andere jedoch nicht. Dabei waren es Frauen, die oftmals den Anstoß zur Veränderung gaben. In der Abhandlung werden einzelne von ihnen gewürdigt – u. a. mit Porträts von Erika Drees, Samirah Kenawi und Ingrid Köppe. Desgleichen wird auch auf Zusammenschlüsse wie den Unabhängigen Frauenverband Bezug genommen. Dessen politisch-feministisches Profil bietet auch heute zahlreiche Anregungen.

Die Darstellung von Einzelakteurinnen und Frauengruppen ist eingebettet in die Erörterung der Vorgeschichte von 1989. Warum konnten die so stabil anmutende DDR und ihre Führung derart schnell an Macht verlieren? Was geschah vor der Maueröffnung am 9. November 1989? Welche Rolle kommt dabei dem 9. Oktober 1989 zu? Da Erörterungen von Geschichte gewöhnlich auf den drei Zeitebenen Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft operieren, mündet die Abhandlung in die Reflexion erinnerungspolitischer Narrative der Gegenwart. Dies gilt insbesondere für die sogenannte „Einheits Erzählung“.

Die Materialien sind Ergebnis des Projekts „Connecting Memories. The Power of the Past and the Future of Europe“, das aus dem Programm Erasmus+ für Erwachsenenbildung gefördert wurde. Neben weltgewandt e. V. als koordinierender Einrichtung waren Organisationen aus Finnland, Frankreich, Polen und Spanien beteiligt. Entsprechend enthalten die Materialien auch europäische Perspektiven auf den demokratischen Umbruch von 1989 in der DDR. Der Methodenteil enthält Übungen für die Bildungsarbeit.

Quelle und weitere Informationen: www.weltgewandt-ev.de

Attac veröffentlicht Bildungsmaterial über globale Arbeitsverhältnisse

Schätzungen zufolge leben derzeit weltweit etwa 40 Millionen Menschen in sklavenähnlichen Verhältnissen – mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit. Grund genug für das globalisierungskritische Netzwerk Attac, ein neues Bildungsmaterial zum Thema „Moderne Sklaverei? Über globale Arbeitsverhältnisse“ zu veröffentlichen. Die Sammlung von Arbeitsblättern wurde für den Schulunterricht (Sekundarstufe I und II) und die außerschulische Bildung konzipiert. Es ist die fünfte Folge in der Reihe „Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“.

Das Material ist in drei Module gegliedert: Modul I thematisiert, wie Sklavenarbeit Eingang in alltägliche Konsumgüter findet. In diesem Zusammenhang wird auch die Auseinandersetzung um ein verbindliches UN-Abkommen zum Schutz der Menschenrechte in der Wirtschaft (Binding Treaty) behandelt. Modul II widmet sich ökonomischen Aspekten globaler Migration und beleuchtet unter anderem

die Situation von Arbeitskräften in der europäischen Landwirtschaft. Modul III schlägt dann den Bogen zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten.

Erarbeitet wurden die Materialien von einer weitgehend ehrenamtlichen Gruppe mit vielfältigen Erfahrungen in der Bildungsarbeit. Besonderen Wert legen die Verfasser*innen auf die Verknüpfung der Lehrgegenstände mit aktivierenden Methoden und kooperativen Lernformen.

Das Bildungsmaterial erscheint in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk (EPN) Hessen und wurde gefördert aus Mitteln von Engagement Global, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen.

Quelle, Download und weitere Informationen: www.attac.de/bima

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“

Anlässlich der 30sten Jahrestage von Mauerfall und deutscher Einheit haben die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer gemeinsam den Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, mehr Austausch und gegenseitiges Verständnis zwischen Menschen in Ost- und Westdeutschland, aber auch zwischen den Generationen zu schaffen.

Momentan vergeht kein Tag, an dem nicht eine Zeitung, eine Fernsehsendung oder ein Podcast über die Erfolge und Herausforderungen der deutschen Einheit berichten. Aber was weiß die junge Generation über diese Zeit? Jugendliche sollen für diese Thematik begeistert und auf die Spurensuche nach ganz konkreten Geschichten über Menschen und Orte geschickt werden.

Bis zum 1. März 2020 sind Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren dazu aufgerufen, sich in Gruppen auf die Spurensuche nach Geschichten zu begeben. Dies können Geschichten aus den Familien, aus dem Wohnort, aus Vereinen, von Begegnungen mit Menschen aus dem jeweils anderen Landesteil oder auch Erfahrungen mit Veränderungen sein, die seit 1989/90 eingetreten sind. Die Form der Beiträge ist frei wählbar und kann von Filmen, über Texte, Podcasts bis hin zu Comics reichen. Zu gewinnen gibt es bis zu 30 Preise in Höhe von je 500 bis 3.000 Euro sowie die Teilnahme an der Preisverleihung im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin.

Quelle und weitere Informationen: www.umbruchszeiten.de

Deutscher Kinder- und Jugendpreis 2020

Ab sofort können sich Kinder- und Jugendprojekte für den Deutschen Kinder- und Jugendpreis bewerben. Insgesamt werden 30.000 Euro an die Gewinnerprojekte vergeben. Die Bewerbung kann in den Kategorien Solidarisches Miteinander, Politisches Engagement und Kinder- und Jugendkultur erfolgen. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2020.

Alle Kinder und Jugendlichen, die bei einem Projekt maßgeblich mitwirken und mitbestimmen, können ihr Projekt bei einreichen. Sie können von einer volljährigen Person, durch Vereine und Bürgerinitiativen unterstützt werden. Die Projekte werden durch eine Fachjury nominiert. Danach ermittelt der Kinder- und Jugendbeirat des Deutschen Kinderhilfswerkes die Preisträger*innen. Die Preisverleihung findet am 27. April 2020 in Rust statt.

Seit über fünfzehn Jahren zeichnet das Deutsche Kinderhilfswerk Kinder und Jugendliche für ihr soziales und politisches Engagement aus. Gewürdigt werden Projekte, die sich im Sinne des Artikels 12 der UN-Kinderrechtskonvention – der Berücksichtigung des Kindeswillens – für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Fragen in beispielhafter Weise einsetzen.

Der Deutsche Kinder- und Jugendpreis wird 2020 erstmalig als Nachfolger des bisherigen Preises, der Goldenen Göre, verliehen. Der neue Name soll deutlich machen, wer die Hauptakteur*innen sind.

Weitere Informationen und Bewerbungsbogen: www.dkhw.de/aktionen/deutscher-kinder-und-jugendpreis

Veranstaltungen

3. bis 5. Februar 2020

Bergisch Gladbach

17. Bensberger Gespräche: 30 Jahre Deutsche Einheit – 30 Jahre Armee der Einheit

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/297752/17-bensberger-gespraechе-30-jahre-deutsche-einheit-30-jahre-armee-der-einheit-

5. bis 7. März 2020

Frankfurt am Main

Die Zukunft in der wir leben wollen?! Eine Konferenz zu digitalen Transformationen

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/292444/die-zukunft-in-der-wir-leben-wollen

24. bis 28. März 2020

Stuttgart

didacta – die Bildungsmesse

Veranstalter: Didacta-Verband der Bildungswirtschaft, Verband Bildungsmedien

www.messe-stuttgart.de/didacta

9. bis 14. April 2020

Weimar

Osterakademie: Berufsfeld Politische Jugendbildung Berufseinstieg und Förderung für Nachwuchskräfte

Veranstalter: Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“;
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.

www.ejbweimar.de/de/veranstaltungen/jahresprogramm

14. bis 17. April 2020

Kassel

Deutscher Präventionstag

Veranstalter: DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG gGmbH

www.praeventionstag.de

27. und 28. April 2020

Toulouse, Frankreich

Workshop „Citizenship Education and Challenges to Democracy: Exploring Educational Practices in the ‘Political Classroom’“; 48th Joint Sessions

Veranstalter: European Consortium für Political Research in Kooperation mit Sciences Po Toulouse bH
<https://ecpr.eu/Events/EventDetails.aspx?EventID=129>

18. bis 20. Mai 2021

Essen

Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag „Wir machen Zukunft – Jetzt!“

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)

www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfetag.html

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 33–34/2019 Schwerpunkt: Pflege

Heft 35–37/2019 Schwerpunkt: Das letzte Jahr der DDR

Heft 38–39/2019 Schwerpunkt: Venezuela

Heft 40–42/2019 Schwerpunkt: Deutsche Kolonialgeschichte

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 9/2019 Schwerpunkte z. B.: Die Chancen der US-Demokraten; Aufklärung gegen die Klimakrise; Das Scheitern des Linkspopulismus

Heft 10/2019 Schwerpunkte z. B.: Die rechte Wende: Der ganz normale Osten; Der Brexit und die Krise des britischen Parlamentarismus; Polen am Scheideweg

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

Debatte. Beiträge zur Erwachsenenbildung. Budrich

Journals, Heft 1/2019 Schwerpunkt: Erwachsenenbildung: Kategorial stillgelegt?

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; <https://budrich-journals.de>

deutsche jugend, Heft 9/2019 Schwerpunkt: Jugend und Sexualität

Heft 10/2019 Schwerpunkt: Auseinandersetzung mit Genderrollen

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2019** Schwerpunkt: Unsicherheit und Angst

Bezug: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen; www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

forum erwachsenenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut, **Heft 3/2019** Schwerpunkt: Politisierte Kultur – kulturalisierte Politik

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 3/2019 Schwerpunkte z. B.: Meinungsfreiheit, Populismusforschung, Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 3/2019** Schwerpunkt: Demokratiebildung II

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 3/2019** Schwerpunkt: Was ist Heimat?

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis

(KJug), hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 4/2019** Schwerpunkt: Rauchen 2.0 – (E-)Zigaretten, (E-)Shishas, Tabakerhitzer ...

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin;
www.kjug-zeitschrift.de

Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für

Forschung, Praxis und Diskurs, Heft 37/2019 Schwerpunkt:

Validierung und Anerkennung von Kompetenzen.
Konzepte, Erfahrungen, Herausforderungen

Bezug: www.erwachsenenbildung.at/magazin

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik,

Heft 4/2019 Schwerpunkt: Making und Medienpädagogik

Heft 5/2019 Schwerpunkte: Digitale Bildung inklusiv

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München;
www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 9/2019 Schwer-

punkt: Grundrecht Wohnen

Heft 10/2019 Schwerpunkte: Demokratie in digitalen
Zeiten

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Berlin;
<http://dietz-verlag.de>

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische

Bildung, Heft 3/2019 Schwerpunkt: Entpolitisierung und
Ökonomisierung von Bildung?

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50,
60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 3/2019

Schwerpunkt: Schattenpolitik

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50,
60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung,

Heft 3/2019 Schwerpunkt: Ästhetik

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld;
www.wbv.de

Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten,

Heft 5/2019 Schwerpunkt: Disziplinen des Politikunter-
richts (Sek. I+II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50,
60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

pd-digital

Deutschlandreise durch die Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Im neuen Lehrvideoportal der FernUniversität in Hagen nehmen Professor*innen unterschiedlicher Universitäten Studierende und Forschende mit auf eine Reise durch die Erziehungs- und Bildungswissenschaft. Besonderheit ist dabei das intermediale Zusammenspiel von Videos und einschlägigen Texten. Die ersten Videos stehen auf der Homepage des Zentrums für pädagogische Berufsgruppen- und Organisationsforschung (ZeBO Hagen) bereit.

„Was ist Beratungsforschung? Mit welchem grundlegenden Text informiere ich mich am besten über Genderforschung? Und mit welchen Methoden arbeitet die Demokratieforschung?“ Das Lehrvideoportal der FernUniversität in Hagen bietet Antworten auf diese Fragen, denn ausgewiesene Expert*innen unterschiedlicher Universitäten in ganz Deutschland geben einen Einblick in die Erziehungs- und Bildungswissenschaft. Themen der Bildungswissenschaft sollen möglichst breit abgebildet werden. Zentrale Grundbegriffe und Fragen der Disziplin werden erklärt. Das Portal ist damit für Studierende und Forschende interessant.

Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung eines stetig wachsenden Lehrvideoverzeichnisses, das sich aus einheitlich gestalteten Interviews zusammensetzt. Die Wissenschaftler*innen werden mit Hilfe von sechs Fragen durch die circa 20-minütigen Lehrvideos geleitet. Sie sprechen über ihre Forschungsfelder, disziplintragende Fragestellungen sowie deren methodologische und methodische Einordnungen. Darüber hinaus wird jeweils auf einen einschlägigen Text verwiesen, der wiederum in der Lehre aufgegriffen werden kann. Gleichzeitig archiviert das Lehrvideoportal erziehungswissenschaftliches Wissen über das Buch hinaus.

Rund 40 Professor*innen haben die Verantwortlichen, Julia Schütz und ihre Wissenschaftliche Mitarbeiterin Jana Viola Frings, bereits gewonnen. Für die Aufnahmen reisen sie durch Deutschland und setzen die Videos gemeinsam mit dem Zentrum für Medien und IT der FernUni um.

Quelle und weitere Informationen: www.fernuni-hagen.de/zebo/lehrvideos/index.shtml

Der Demokratische Salon – eine Plattform für Argumente zur historisch-politischen Bildung

Seit Sommer 2019 ist der Demokratische Salon online. Er versteht sich als Ort der Begegnung für Menschen, die sich für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat in Deutschland, in Europa und in der Welt engagieren. Der Salon ist ein virtueller Treffpunkt mit vielen engagierten Menschen und Institutionen, bietet jedoch auch konkrete Veranstaltungen mit unterschiedlichen Partnern. Er überschreitet mitunter mutwillig die Grenzen zwischen Literatur, Geschichte und Politik. Der Demokratische Salon enthält vier Rubriken: Die Rubrik *(Wieder-)Lesenswertes* bietet Rezensionen von aktuellen historisch oder politisch bedeutsamen Büchern und Aufsätzen, aber auch Texte aus nur scheinbar vergangenen Zeiten, die sich wieder neu zu entdecken lohnen. Die Rubrik *Bedenkenswertes* enthält Analysen, Meinungen, Statements zu mehr oder weniger aktuellen politischen Debatten. In der Rubrik *Begegnungen* gibt es Interviews mit engagierten Menschen, die sich für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat einsetzen. Die Rubrik *Besuchenswertes* berichtet über Veranstaltungen, die vom Demokratischen Salon organisiert oder mitgestaltet werden. Neue Beiträge gibt es in der Regel jede Woche.

www.demokratischer-salon.de

Neue Webvideoreihe zum Arabischen Frühling und seinen Folgen

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb veröffentlicht gemeinsam mit dem Magazin zenith und Younes Al-Amayra, Mitglied des Satirekollektivs „Die Datteltäter“, eine Webvideoreihe zum Arabischen Frühling. In zehn Videos werden die Geschehnisse und Entwicklungen der vergangenen Jahre in Tunesien, Libyen, Syrien, Ägypten und deren überregionale Folgen erfahrbar. Jeden Freitag zwischen dem 18. Oktober und dem 20. Dezember 2019 erscheint ein neues Video. Das Format ergänzt den 2016 erschienenen Atlas des Arabischen Frühlings der bpb und zenith. Fast zehn Jahre nach Beginn der Proteste und Umstürze in vielen arabischen Ländern ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen: Was ist in den Jahren des Arabischen Frühlings passiert, wie sieht es in Nordafrika und in Nahost in der Folge aus? Der Moderator Younes Al-Amayra und die Reporter von zenith sprechen mit Experten und Akteuren vor Ort und in Deutschland über die Entwicklungen in der Region und über die Region hinaus. Dabei geht es um Demokratisierung und Machtwechsel über Bürgerkriege bis hin zu Fluchtbewegungen. Die Veränderungen, die mit dem Arabischen Frühling ihren Anfang nahmen, haben tiefe Spuren hinterlassen. Und es zeigt sich auch, wie stark Europa mit der arabischen Welt in Verbindung steht. Das zenith-Team drehte unter anderem in Tunesien, Ägypten, Bahrain, Jordanien, Libanon; die Produktion enthält zum Teil unveröffentlichtes Material aus Syrien, Libyen und dem Irak. Finanziert wurde das Filmprojekt von der bpb.

www.bpb.de/adaf; www.youtube.com/bpbtv

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2019

50. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Wolfgang Pauls, Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder, Ulrike Steimann

Redaktions- und Bezugsanschrift:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements: jährlich 20 €

ab 4 Abonnements: jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten,

Referendare, Arbeitslose: jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de